
**Ludwig-Maximilians-Universität München
Historisches Seminar
Abteilung für Neuere und Neueste Geschichte**

**Masterarbeit für den Studiengang
Geschichte an der LMU München**

**Die Ernährungslage in Bayern 1945 -
1950 unter besonderer Berücksichtigung
des Landkreises Wasserburg a. Inn**

vorgelegt von: Manuel Schwanse
Adresse: Sprunerstraße 11
80637 München
Matrikelnummer: 10334373
Telefon: 089/66661132
E-Mail: manusch90@gmx.de

Betreuer: Prof. Dr. Andreas Wirsching
Adresse: Institut für Zeitgeschichte
Leonrodstraße 46b
80636 München
Telefon: 089/12688-152
E-Mail: wirsching@ifz-muenchen.de

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	3
2	Die Hungerkrise 1945 - 1950	10
2.1	Übergang vom Krieg zum Frieden - Das nationalsozialistische Versorgungssystem	10
2.2	Leben in der „Zusammenbruchgesellschaft“ 1945/1946	12
2.3	Das Katastrophenjahr 1947	21
2.4	Die Auswirkungen der Währungsreform 1948	29
2.5	Das Ende der Zwangswirtschaft 1949/1950.....	35
3	Die Ernährungslage im Landkreis Wasserburg a. Inn.....	37
3.1	„Den Menschen auf dem Land geht es doch viel besser“ - Die Versorgung der Wasserburger Bevölkerung.....	37
3.2	Die Perzeption der Ernährungslage bei der amerikanischen Militärregierung.....	47
4	Analyse zentraler Hungererfahrungen und ihrer Konsequenzen	50
4.1	Die Versorgung der Fremden	50
4.1.1	„Displaced Persons“	50
4.1.2	Evakuierte.....	56
4.1.3	Flüchtlinge und Vertriebene.....	60
4.2	Illegale Zusatzversorgung.....	65
4.2.1	Der Schwarzmarkt.....	65
4.2.2	Hamstern, Diebstahl, Lebensmittelkartenfälschung und andere Auswüchse des illegalen Kompensationssystems	74
4.3	Bürokratische Erfahrung.....	82
4.4	Vergleichsmentalität und Selbstwahrnehmung als Opfer	87
5	Kampf gegen Hunger und Elend: Der Einsatz der Arbeiterwohlfahrt Wasserburg a. Inn.....	93
6	Fazit und Ausblick.....	96
	Quellen	100
	Literaturverzeichnis.....	103

1 Einleitung

„Wir sehen uns der tödlichen Erkenntnis gegenüber: Nicht Parteien oder Gewerkschaften bestimmen unser Leben, nicht die junge demokratische Regierung oder die Besatzungsmacht, sondern einfach der Hunger, nichts als Hunger. Er ist zum schlimmsten Diktator geworden, es gelten nicht mehr Gesetz, Moral oder gar Vernunft.“¹

Solche aus der Kölnischen Rundschau stammenden Zeilen konnte man zwischen Mai 1945 und Ende 1947, in einigen Gebieten Deutschlands sogar bis ins Jahr 1948 hinein, in vielen Zeitungen lesen. Nicht nur im dicht besiedelten Ruhrgebiet, auch im ländlich geprägten oberbayerischen Landkreis Wasserburg a. Inn² sorgten sich die Menschen vor allem um die Herausforderungen des Alltags. So hielt die für den Landkreis zuständige amerikanische Militärregierung in einem Vierteljahresbericht fest: „As indicated above, the main interest of the 54,000 people of the Landkreis is not politics. Manure, food, and fuel, in the order given, are the main topics of conversation and concern of the people.“³

Dass die Probleme des täglichen Überlebens, wozu neben dem Hunger auch Wohnungsnot, Mangel an Kohle, Wasser und Elektrizität und andere Entbehrungen gehörten, zu einer prägenden und kollektiven Grunderfahrung eines großen Teils der deutschen Bevölkerung gehörten, ist in der neueren Forschung zur deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts und der Nachkriegszeit im Speziellen weitgehender Konsens.⁴ Die Hunger-Erfahrungen in der Nachkriegszeit waren jedoch kein spezifisch deutsches Problem. In ganz Europa brach nach dem Zweiten Weltkrieg eine

¹ M. Bestler: Was werden wir eigentlich essen? In: Kölnische Rundschau Nr. 63/1947 vom 15.8.1947, Zit. bei Edgar Wolfrum: Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. Stuttgart 2006, S. 30f.

² Der Landkreis Wasserburg a. Inn wurde am 1. Juli 1972 im Zuge der Gebietsreform in Bayern aufgelöst und sein Gebiet den Landkreisen Rosenheim, Mühldorf a. Inn, Erding und Ebersberg zugeteilt. Zur Gebietsreform in Bayern vgl.: Philipp Hamann: Gemeindegebietsreform in Bayern. Entwicklungsgeschichte, Bilanz und Perspektiven. München 2005.

³ Quarterly Historical Report Landkreis Wasserburg a. Inn 1.10.1946 - 31.12.1946, undatiert (Archiv des Instituts für Zeitgeschichte (im Folgenden: IfZ) RG 260, 10/78-2/5)

⁴ Wolfrum: Die geglückte Demokratie, S. 30-33; Eckart Conze: Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart. München 2009, S. 25; Andreas Wirsching: Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert. München ³2011, S. 87; Dierk Hoffmann: Nachkriegszeit. Deutschland 1945-1949. Darmstadt 2011, S. 68; Peter Jakob Kock/Manfred Treml: Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Manfred Treml (Hrsg.): Geschichte des modernen Bayern. Königreich und Freistaat. München ³2006, S. 391-515, hier: S. 410f.; Alice Weinreb: Matters of Taste: The politics of food in divided Germany, 1945-1971. In: Bulletin of the German Historical Institute, Washington, DC 48 (2011), S. 59-82, hier: S. 69.

Hungerkatastrophe aus. Da die Deutschen während des Krieges auf Kosten der besetzten und ausgebeuteten Länder relativ gut leben konnten, empfanden sie ihre Situation in der Nachkriegszeit als besonders schlimm, da die einheimische Produktion bei weitem nicht ausreichte, um das während des Krieges noch gewährleistete - wenn auch niedrige - Versorgungsniveau aufrecht zu erhalten.⁵ Die Ernährungskrise kam nach dem Krieg und den damit verbundenen Menschenverlusten, Zerstörungen und Vertreibungen obendrein noch dazu.

Ziel dieser Arbeit wird es sein, die Ernährungslage exemplarisch am Beispiel des Landkreises Wasserburg am Inn darzustellen und zu analysieren. Das Erkenntnisinteresse bezieht sich dabei in erster Linie auf die persönlichen und sozialen Folgen der Hungerkrise für die Wasserburger Bevölkerung. Im Kern geht es also vor allem um alltagsgeschichtliche Fragestellungen nach Erfahrungen und Mentalitäten. Nicht ohne Kontroversen konnte sich die Alltagsgeschichte in den 1980er Jahren als neuer Zugang zu historischen Fragestellungen etablieren.⁶ Möglicherweise gab es einen Zusammenhang zur Geschichtswerkstätten-Bewegung, die ebenfalls in den 1980er Jahren aufkam und die sich auf die Idee einer „Geschichte von unten“ berief.⁷ Der Fokus auf den historischen Alltag hat nach Alf Lüdtke den Vorteil, dass man den historischen Akteuren durch die Annäherung an die Lebenswelten der „kleinen Leute“ näher rückt.⁸ Eine eindeutige Abgrenzung zwischen Erfahrungs⁹- und Alltagsgeschichte ist nicht möglich. In der Forschung werden beide Begriffe meist synonym verwendet.¹⁰

⁵ Wolfrum: Die geglückte Demokratie, S. 31f.

⁶ Alf Lüdtke: Alltag: Der blinde Fleck? In: Deutschland Archiv 39, 5 (2006), S. 894-901, hier: S. 895f.; Jürgen Kocka: Sozialgeschichte zwischen Strukturgeschichte und Erfahrungsgeschichte. In: Wolfgang Schieder/Volker Sellin (Hrsg.): Sozialgeschichte in Deutschland. Entwicklungen und Perspektiven im internationalen Zusammenhang. Band I: Die Sozialgeschichte innerhalb der Geschichtswissenschaft. Göttingen 1986, S. 67-88, hier: S. 67.

⁷ Vgl. dazu: Etta Grotrian: Geschichtswerkstätten und alternative Geschichtspraxis in den achtziger Jahren. In: Wolfgang Hardtwig/Alexander Schug (Hrsg.): History Sells! Angewandte Geschichte als Wissenschaft und Markt. Stuttgart 2009, S. 243-253.

⁸ Lüdtke: Alltag, S. 901.

⁹ Zum Erfahrungsbegriff und zur Erfahrungsgeschichte vgl.: Karin Hartewig: „Wer sich in Gefahr begibt, kommt [nicht] darin um“, sondern macht eine Erfahrung! Erfahrungsgeschichte als Beitrag zu einer historischen Sozialwissenschaft der Interpretation. In: Berliner Geschichtswerkstatt (Hrsg.): Alltagskultur, Subjektivität und Geschichte. Zur Theorie und Praxis von Alltagsgeschichte. Münster 1994, S. 110-124; Nikolaus Buschmann/Horst Carl: Zugänge zur Erfahrungsgeschichte des Krieges. Forschung, Theorie, Fragestellung. In: Dies. (Hrsg.): Die Erfahrung des Krieges. Erfahrungsgeschichtliche Perspektiven von der Französischen Revolution bis zum Zweiten Weltkrieg. Paderborn u.a. 2001, S. 11-26.

¹⁰ Kocka: Sozialgeschichte, S. 76; Anselm Doering-Manteuffel: Die Erfahrungsgeschichte des Krieges und neue Herausforderungen. Thesen zur Verschränkung von Zeitgeschehen und historischer Problemwahrnehmung. In: Georg Schild/Anton Schindling (Hrsg.): Kriegserfahrungen - Krieg und Gesellschaft in der Neuzeit. Neue Horizonte der Forschung. Paderborn u.a. 2009, S. 273-288, hier: S. 278; Hartewig: Erfahrungsgeschichte, S. 110, 115.

Ebenso schwer ist es, die Grenzen zwischen Mentalitätsgeschichte sowie der Alltags- und Erfahrungsgeschichte abzustecken.¹¹ Nach Martina Kessel möchte die Mentalitätsgeschichte¹² „kollektive Einstellungen zu Lebenssituationen, Institutionen und Machtverhältnissen, unbewußte und bewußte Weltbilder, Sinnstrukturen und Logik kollektiven Verhaltens bei spezifischen Ereignissen und in der alltäglichen Lebenswelt“ erforschen.¹³ Dies soll im begrenzten Rahmen dieser Arbeit für die Menschen des Landkreises Wasserburg a. Inn zwischen 1945 und 1950 unternommen werden.

In der Forschung hat sich die - durchaus logische und nachvollziehbare - Ansicht durchgesetzt, dass die Versorgungslage in ländlich geprägten Gebieten besser war als in den großstädtischen Ballungszentren.¹⁴ Auch um dies zu überprüfen wurde mit dem Landkreis Wasserburg a. Inn ein ländlich geprägtes Gebiet für diese Studie ausgesucht. Verglichen mit anderen oberbayerischen Landkreisen ist die Überlieferungslage für Wasserburg sehr gut. Zudem lassen sich die dramatischen sozialökonomischen Kriegsfolgen am besten aus lokaler Perspektive beschreiben. Im Bezug auf die Hungerproblematik hatten die Städte bzw. Landkreise mit den Ernährungsämtern die engste Verbindung mit der Bevölkerung. Aus diesem Grund kannten sie deren Bedürfnisse am besten.¹⁵ Wie später am Beispiel des Ernährungsamtes Abteilung B des Landkreises Wasserburg aufgezeigt werden soll, verspürten die lokalen Dienststellen die Stimmungen der Bevölkerung am unmittelbarsten und waren diesen Stimmungen auch am stärksten ausgesetzt. Diese Arbeit bezieht sich mit dem Landkreis auf eine staatlich-administrative Einheit und versucht auf diesem Wege Besonderheiten des Landkreises herauszuarbeiten. Gleichzeitig ist die vorliegende Untersuchung in ihrer Analyse nicht auf die Verwaltung, sondern auf die Gesellschaft ausgerichtet. Im Optimalfall lassen sich auf diese Weise Ergebnisse herausarbeiten, die nicht nur für den Landkreis Wasserburg a. Inn, sondern für sämtliche ländlich geprägte Landkreise im Oberbayern der Nachkriegszeit gelten.

¹¹ Doering-Manteuffel: Erfahrungsgeschichte, S. 275; Martina Kessel: Mentalitätsgeschichte. In: Christoph Cornelißen (Hrsg.): Geschichtswissenschaften. Eine Einführung. Frankfurt a. Main ⁴2009, S. 235-246, hier: S. 237f., 242f.

¹² Zum Mentalitätsbegriff vgl. Kessel: Mentalitätsgeschichte, S. 240f.

¹³ Ebd., S. 235.

¹⁴ Conze: Die Suche nach Sicherheit, S. 26; Rolf Steininger: Deutsche Geschichte. Darstellung und Dokumente in vier Bänden, Band 1: 1945-1947. Frankfurt a. Main 2002, S. 66.

¹⁵ Rainer Gries: Die Rationen-Gesellschaft. Versorgungskampf und Vergleichsmentalität: Leipzig, München und Köln nach dem Kriege. Münster 1991, S. 11f.

Daher werden sich in dieser Studie zur Problematik der Ernährungslage nicht nur alltags-, erfahrungs- und mentalitätsgeschichtliche, sondern auch lokal- und mikrogeschichtliche Ansätze finden. Die fließenden Grenzen dieser Methoden wurden bereits angesprochen und gerade die Grenzziehung zwischen Mikro- und Alltagsgeschichte ist für Otto Ulbricht nicht unproblematisch.¹⁶ Unvermeidlich ist bei einer mikrohistorischen Studie die Frage nach dem Verhältnis zur Makrogeschichte. Für Hans Medick, dessen Arbeit über die Kleinstadt Laichingen¹⁷ Peter Burke 2001 als wahrscheinlich wichtigste mikrohistorische Studie bezeichnete¹⁸, stellt sich diese Frage in gewisser Weise nicht: Schließlich sei Lokal- bzw. Mikrogeschichte weniger ein historischer Blick auf das Kleine, als ein „Blick im Kleinen“ auf vielfältige und übergreifende historische Zusammenhänge.¹⁹ Kennzeichen der Mikrogeschichte sind die Verkleinerung der Untersuchungseinheit und das besondere Interesse für das Individuum. Damit ist für Giovanni Levi die Hoffnung verknüpft, „that microscopic observation will reveal factors previously unobserved.“²⁰

So waren es auch Regional- und Lokalstudien, die sich während der 1980er Jahre erstmals mit der Thematik „Versorgung in der Nachkriegszeit“ beschäftigt haben.²¹ In den 1990er Jahren folgten größer angelegte, makrogeschichtliche Untersuchungen. Einschlägig für die Ernährungslage in der Nachkriegszeit in Bayern sind die Arbeiten von Günter Trittel²², Paul Erker²³ und Rainer Gries²⁴. Interessanterweise ist in den 2000er Jahren noch keine vergleichbare Studie zu diesem Thema erschienen. Die Ergebnisse dieser und anderer Untersuchungen sollen in der vorliegenden, stark quellengestützten, Arbeit berücksichtigt werden, um der Gefahr eines Tunnelblicks

¹⁶ Otto Ulbricht: Mikrogeschichte: Versuch einer Vorstellung. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 45, 4 (1994), S. 347-367, hier: S. 349.

¹⁷ Hans Medick: Weben und Überleben in Laichingen 1650-1900. Lokalgeschichte als Allgemeine Geschichte. Göttingen 1996.

¹⁸ Giovanni Levi: On Microhistory. In: Peter Burke (Hrsg.): New Perspectives on Historical Writing. Cambridge 2001, S. 97-119, hier: S. 115.

¹⁹ Medick: Lokalgeschichte, S. 11.

²⁰ Levi: Microhistory, S. 101.

²¹ Gries: Die Rationen-Gesellschaft, S. 12; Vgl. z.B.: Karl-Heinz Rothenberger: Die Hungerjahre nach dem Zweiten Weltkrieg. Ernährungs- und Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz 1945-1950. Boppard 1980; Gabriele Stüber: Der Kampf gegen den Hunger 1945-1950. Die Ernährungslage in der britischen Zone Deutschlands, insbesondere in Schleswig-Holstein und Hamburg. Kiel, Neumünster 1984; Michael Wildt: Der Traum vom Sattwerden. Hunger und Protest, Schwarzmarkt und Selbsthilfe in Hamburg 1945-1948. Hamburg 1986.

²² Günter J. Trittel: Hunger und Politik. Die Ernährungskrise in der Bizone (1945-1949). Frankfurt, New York 1990.

²³ Paul Erker: Ernährungskrise und Nachkriegsgesellschaft. Bauern und Arbeiterschaft in Bayern 1943-1953. Stuttgart 1990.

²⁴ Gries: Die Rationen-Gesellschaft.

entgegenzuwirken und die Situation im Landkreis Wasserburg a. Inn in den Gesamtkontext einordnen zu können. Zur Nachkriegszeit im Kreis Wasserburg gibt es lediglich eine Arbeit von Jaromír Balcar²⁵, wobei diese eher politikgeschichtlich geprägt ist. Eine Analyse der Ernährungslage in der Region um Wasserburg a. Inn in der unmittelbaren Nachkriegszeit ist ein Desiderat der Forschung.

Im Gegensatz zum lückenhaften Forschungsstand ist die Quellenlage für den hier zu untersuchenden Gegenstand reichhaltig. Die wichtigste gedruckte Quelle ist die Schrift von Hans Schlange-Schöningen.²⁶ Schlange-Schöningen war von 1947 bis 1949 Direktor der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Vereinigten Wirtschaftsgebiet. Trotz ihres Alters ist diese Arbeit immer noch grundlegend zur Entwicklung der Ernährungslage und Ernährungspolitik. Was die ungedruckten Quellen anbelangt, ist der Bestand der Ernährungsämter einschlägig. In der Regel gab es in den Landkreisen bis zum Jahr 1950 jeweils zwei Ernährungsämter, das Ernährungsamt Abteilung A und das Ernährungsamt Abteilung B. Das Ernährungsamt Abt. A war für die Erzeugung und Erfassung von Lebensmitteln zuständig, während sich das Ernährungsamt Abt. B mit der Verteilung der Lebensmittel befasste. In den Unterlagen des Amtes A finden sich zahlreiche Statistiken über Lebensmittelabgaben sowie agrarpolitische Ausführungen, die die für diese Untersuchung relevante alltagsgeschichtliche Ebene weniger tangieren. Daher wird der Fokus auf den Akten des Ernährungsamtes Abt. B liegen, die für die hier zu diskutierende Fragestellung mehr Gewicht besitzen.

Neben den Unterlagen der Ernährungsämter, die größtenteils im Staatsarchiv München (StAM), teilweise im Stadtarchiv Wasserburg (StadtAWS) zu finden sind, wurden für diese Arbeit weitere relevante Bestände aus vier Archiven ausgewertet. Ebenfalls im Staatsarchiv München befinden sich die Bestände des Wirtschaftsamtes Wasserburg sowie des Polizeipräsidiums Oberbayern. Letzterer ist vor allem für die Frage des Schwarzhandels von Bedeutung, der eine unmittelbare Folge der katastrophalen Ernährungslage war. Um die Dokumente der Ernährungsämter mit den Berichten der amerikanischen Militärregierung zu kontrastieren, wurden einige der über das Archiv

²⁵ Jaromír Balcar: Politik auf dem Land. Studien zur bayerischen Provinz 1945 bis 1972. München 2004.

²⁶ Hans Schlange-Schöningen (Hrsg.): Im Schatten des Hungers. Dokumentarisches zur Ernährungspolitik und Ernährungswirtschaft in den Jahren 1945-1949, bearb. v. Justus Rohrbach. Hamburg, Berlin 1955.

des Instituts für Zeitgeschichte (IfZ) zugänglichen OMGUS²⁷-Akten in die Untersuchung einbezogen. Konkret handelt es sich um jährliche, vierteljährliche und monatliche Berichte der Militärregierung über die Entwicklungen im Landkreis Wasserburg a. Inn. Im Bayerischen Hauptstaatsarchiv (BayHStA) ist der Bestand des Landesernährungsamtes beim Ministerium für Landwirtschaft einschlägig. Das Landesernährungsamt Bayern, Abteilung B, wurde 1939 beim Bayerischen Wirtschaftsministerium als Mittelstelle unter dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft eingerichtet. Ihm oblag die Bedarfsermittlung bei Lebensmitteln und die Leitung der Ware vom Verteilerapparat zum Verbraucher. Da es 1946 als Abteilung an das neue Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten überging, gehen die Unterlagen dieses Bestandes nicht über Anfang 1946 hinaus. Für die Zeit danach ist der Bestand des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten einschlägig. Auf die Einbeziehung dieses Bestandes wurde bei der vorliegenden Arbeit bewusst verzichtet. Sein gewaltiger Umfang würde den Rahmen einer Untersuchung sprengen, welche die Ernährungslage in Bayern 1945 - 1950 exemplarisch anhand des Landkreises Wasserburg a. Inn analysieren möchte. Freilich muss diese Lokalstudie auch im gesamt-bayerischen Zusammenhang kontextualisiert werden. Doch ist dafür der Bestand des Landesernährungsamtes zusammen mit anderen Quellen und der Sekundärliteratur allemal ausreichend. Beim letzten ausgewerteten Bestand handelt es sich um die im Stadtarchiv Wasserburg befindlichen Unterlagen des Arbeiterwohlfahrt Ortsvereins Wasserburg a. Inn.

Bevor es um die Ernährungslage in der Nachkriegszeit gehen wird, ist es notwendig, sich kurz mit dem nationalsozialistischen Versorgungssystem auseinanderzusetzen. Dieses wurde, wie gleich gezeigt werden soll, nach Kriegsende im Wesentlichen beibehalten. In einem nächsten Schritt wird die Hungerkrise beschrieben und analysiert. Die Ernährungslage vom Mai 1945 bis zum Ende der Zwangsbewirtschaftung 1950 umfassend zu untersuchen, ist in dieser Studie unmöglich. Daher soll die Entwicklung der Versorgungslage anhand einiger zeitlicher Schwerpunkte nachgezeichnet werden. Zunächst werden Voraussetzungen und Kontext der Ernährungskrise aufgezeigt. In diesem Unterkapitel soll das ernährungswirtschaftliche Verteilungssystem beleuchtet, die Grundzüge der westalliierten Ernährungspolitik beschrieben und ein Überblick über die Versorgungslage im ersten Nachkriegsjahr gegeben werden. Anschließend wird es

²⁷ Office of Military Government for Germany, US

um das Jahr 1947 gehen, das in der Literatur häufig als Katastrophenjahr bezeichnet wird. Weitere Unterkapitel beschäftigen sich mit den Auswirkungen der Währungsreform 1948 auf die Ernährungslage und schließlich dem Ende der Zwangswirtschaft 1949/1950. Ging es bisher um den gesamt-bayerischen Kontext, so rückt im nächsten Kapitel der oberbayerische Landkreis Wasserburg a. Inn in den Fokus. Die Ernährungslage im Landkreis wird vor allem mithilfe der Unterlagen des Ernährungsamtes Abteilung B Wasserburg a. Inn analysiert. Aber auch die Akten der Abteilung A des Ernährungsamtes sowie des Wirtschaftsamtes liefern wertvolle Informationen. Im Anschluss sollen den Dokumenten der Wasserburger Behörden die Berichte der örtlichen amerikanischen Militärregierung gegenübergestellt werden. Dabei erscheint vor allem die Frage interessant, ob die Ernährungslage in den amerikanischen Unterlagen ebenso dramatisch dargestellt wird wie in den Deutschen.

Wurde die Hungerkrise in Bayern und dem Landkreis Wasserburg a. Inn in den bisherigen Kapiteln chronologisch beleuchtet, werden im Anschluss einige mit der Ernährungslage zusammenhängende thematische Schwerpunkte unterhalb der Makroebene analysiert. Konkret sollen typische Hungererfahrungen der im Landkreis Wasserburg bzw. in Bayern lebenden Menschen untersucht und deren Alltagswirkungen beschrieben werden. Es ist offensichtlich, dass die sozialökonomischen Kriegsfolgen durch die Versorgung und Unterbringung der Fremden massiv verschärft wurden. Neben dem bereits im Land befindlichen Evakuierten und „Displaced Persons“ strömten Million Flüchtlinge und Vertriebene in die von den Westalliierten besetzten Landesteile, wobei gerade die ländlichen Gebiete Ober- und Niederbayerns bevorzugt aufgesucht wurden. Die Versorgung der Fremden und die Reaktion der Einheimischen darauf soll in diesem Unterkapitel untersucht werden. Eine weitere typische Hungererfahrung ist die mit dem Schwarzmarkt, an dem, so behaupten es die Quellen, fast jeder Deutsche in irgendeiner Form beteiligt war. Neben dem Schwarzmarkt sollen auch andere Möglichkeiten der illegalen Zusatzversorgung sowie die generell gestiegene Kriminalität analysiert werden. Weitere Unterkapitel beschäftigen sich mit der bürokratischen Erfahrung und der Vergleichsmentalität.

Bevor die wichtigsten Ergebnisse dieser Arbeit zusammengefasst werden und ein Ausblick gewagt wird, soll mit dem Arbeiterwohlfahrt Ortsverein Wasserburg a. Inn exemplarisch eine der vielen in- und ausländischen Initiativen, die sich die Linderung der Ernährungsnot zur Aufgabe gemacht haben, vorgestellt werden.

2 Die Hungerkrise 1945 - 1950

2.1 Übergang vom Krieg zum Frieden - Das nationalsozialistische Versorgungssystem

Hitler lernte aus den Fehlern, die das Deutsche Kaiserreich vor und während des Ersten Weltkrieges gemacht hatte. Deutschland sollte für einen zukünftigen Krieg besser gerüstet sein als vor 1914.²⁸ Unabdingbar dafür war eine ausreichende Ernährungs- und Versorgungslage. So wurde anders als 1914 bereits in der Phase der Mobilisierung Ende August 1939 ein komplexes Rationierungssystem eingeführt.²⁹ Schon mit der Errichtung des Reichsnährstandes am 13. September 1933 war die gesamte Ernährungswirtschaft nach dem Führerprinzip durchorganisiert.³⁰ Kurz vor dem Überfall auf Polen gaben die neu auf jeder Ebene der Verwaltung eingerichteten Ernährungsämter mit den beiden Abteilungen A und B die ersten Lebensmittelkarten aus. Das gut durchdachte Rationierungssystem wurde von weiten Teilen der Bevölkerung als gerecht befunden und funktionierte fast bis zum letzten Kriegstag.³¹ Von Anfang an wurden die Bürger in verschiedene Kategorien von Zuteilungsempfängern eingeteilt: Neben den Normalverbrauchermarken gab es Zulagen für Kinder, Kranke, werdende und stillende Mütter sowie Schwer- und Schwerstarbeiter.

Trotz der strengen Bewirtschaftung blieb ein Mangel, den die Nationalsozialisten, anders als im Ersten Weltkrieg, auf die Menschen besetzter Länder, auf verfolgte Minderheiten und sowjetische Kriegsgefangene verlagerten.³² Im Frühjahr 1942 kündigte das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wegen der ersten Lage an, die Lebensmittelrationen für die deutsche Bevölkerung zu kürzen.³³ Bis Ende August 1942 konnte die Abwärtsspirale bei der Ernährungslage durch die Ausbeutung Europas und die Ausgliederung ganzer Volksgruppen aus der Nahrungskette

²⁸ Vgl. dazu: Lothar Burchardt: Die Auswirkungen der Kriegswirtschaft auf die deutsche Zivilbevölkerung im Ersten und Zweiten Weltkrieg. In: Militärgeschichtliche Mitteilungen 15 (1974), S. 65-97; Gries: Die Rationen-Gesellschaft, S. 22.

²⁹ Götz Aly: Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus. Frankfurt a. Main ⁴2005, S. 196.

³⁰ Gries: Die Rationen-Gesellschaft, S. 23f.

³¹ Aly: Hitlers Volksstaat, S. 196.

³² Ebd., S. 197; Margot Fuchs: „Zucker, wer hat? Öl, wer kauft?“. Ernährungslage und Schwarzmarkt in München 1945-1948. In: Friedrich Prinz (Hrsg.): Trümmerzeit in München. Kultur und Gesellschaft einer deutschen Großstadt im Aufbruch 1945-1949. München 1984, S. 312-319, hier: S. 312.

³³ Adam Tooze: Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus. München 2007, S. 622.

abgewendet werden.³⁴ Millionen Hungertote wie während der zweieinhalbjährigen deutschen Belagerung Leningrads wurden dafür billigend in Kauf genommen.³⁵ Hermann Göring erklärte im Sinne einer solchen Ernährungspolitik mehrmals: „Wenn gehungert wird, dann hungert nicht der Deutsche, sondern andere.“³⁶ Die Schwierigkeiten bei dem Bestreben der deutschen Regierung, die eigene Bevölkerung auf einem möglichst hohen Niveau zu ernähren, beschleunigten den Mord an den europäischen Juden, wie Christian Gerlach in seinen Forschungen zur deutschen Vernichtungspolitik belegt.³⁷ Doch nicht nur die deutschen Besatzungsgebiete in Osteuropa wurden rücksichtslos ausgebeutet. Die norwegische Fischwirtschaft beispielsweise wurde vollständig auf den Export nach Deutschland ausgerichtet. 1943 gingen 99% der norwegischen Fischexporte ins Deutsche Reich.³⁸ Vor diesem Hintergrund ist Robert Bohn zuzustimmen, wenn er in seiner Untersuchung zu dem Schluss kommt, dass Norwegen „fischwirtschaftlich gesehen ganz und gar zu einer Kolonie des Reiches“ wurde.³⁹

Bis Herbst 1944 konnte die verhältnismäßig gute Ernährung der deutschen Bevölkerung aufrechterhalten werden, danach ging es dramatisch bergab.⁴⁰ Mit der bedingungslosen Kapitulation im Mai 1945 brach das Ernährungs- und Versorgungssystem in Deutschland vollends zusammen. Als die Importe aus den besetzten Gebieten nach Kriegsende stoppten und zudem die landwirtschaftlichen Überschussgebiete in der sowjetischen Zone und den Gebieten östlich von Oder und Neiße verloren gingen, nahm die Hungerkrise in der amerikanischen, britischen und französischen Zone ihren Lauf.⁴¹ Letztendlich - und so lässt sich dieser Prolog abschließend zusammenfassen - wurde die nationalsozialistische Versorgungspolitik, deren primäres Ziel es war, durch eine ausreichende Versorgung die politische Ruhe im Reich zu sichern, nur durch die Ausbeutung Europas ermöglicht.

³⁴ Ebd., S. 622-631.

³⁵ Aly: Hitlers Volksstaat, S. 198f.

³⁶ Ebd., S. 197.

³⁷ Christian Gerlach: Krieg, Ernährung, Völkermord. Forschungen zur deutschen Vernichtungspolitik im Zweiten Weltkrieg. Hamburg 1998, S. 13-30, 170-257.

³⁸ Robert Bohn: Reichskommissariat Norwegen. „Nationalsozialistische Neuordnung“ und Kriegswirtschaft. München 2000, S. 278.

³⁹ Ebd., S. 279.

⁴⁰ Tooze: Ökonomie der Zerstörung, S. 771.

⁴¹ Schlange-Schöningen: Im Schatten des Hungers, S. 23.

2.2 Leben in der „Zusammenbruchgesellschaft“ 1945/1946

Im Bereich der Versorgungsverwaltung griff man in der amerikanischen wie in der britischen Zone auf die Strukturen des von den Nationalsozialisten aufgebauten Versorgungssystems zurück.⁴² Die Ernährungswirtschaft wurde zwischen 1939 und 1950 im Wesentlichen von zwei Säulen getragen: Dem Bewirtschaftungssystem, welches die Landwirtschaft reglementierte, und dem Rationierungssystem, das die Verbraucher mit Lebensmitteln versorgte.⁴³ Dabei wurden Lebensmittel mit Hilfe von Bezugsscheinen aufs Gramm genau an die Menschen verteilt.⁴⁴ Die Höhe der ausgegebenen Rationen wurde vom Frankfurter Wirtschaftsrat auf Weisung der Alliierten festgesetzt.⁴⁵ Der von Rainer Gries geprägte Begriff der „Rationen-Gesellschaft“ hat sich in der neueren Forschung für die unmittelbare Nachkriegszeit durchgesetzt, da er die Ausgangslage der Deutschen in allen vier Besatzungszonen beschreibt. Neben dem offiziellen ernährungswirtschaftlichen Verteilungssystem gab es ein zweites, illegales Kompensationssystem, dem Maßnahmen wie Schwarzmarkthandel, Diebstähle, Fälschung von Lebensmittelmarken und Hamstern zuzurechnen sind (vgl. Kapitel 4.2).⁴⁶ Diese Zusatzversorgung wurde zwar von den Behörden verfolgt, wie später mit Hilfe der Akten des Polizeipräsidiums Oberbayern dargelegt werden soll, doch war sie für die meisten Menschen lebensnotwendig und für Günter Trittel neben der Importhilfe der Westalliierten der Grund dafür, dass es trotz der katastrophalen Versorgungslage relativ wenig Hungertote gab.⁴⁷

Innerhalb der „Rationen-Gesellschaft“ kann eine Differenzierung vorgenommen werden. So gab es die Selbstversorger, deren Anteil in ländlichen Regionen wie dem Landkreis Wasserburg a. Inn größer war als beispielsweise im Raum München und die in der Regel den besten Lebensstandard hatten, da sie dem staatlichen Zuteilungssystem

⁴² Gries: Die Rationen-Gesellschaft, S. 21-28; Erker: Ernährungskrise und Nachkriegsgesellschaft, S. 36-40; Schlange-Schöningen: Im Schatten des Hungers, S. 57f.

⁴³ Wolfgang Protzner: Vom Hungerwinter bis zum Beginn der „Freßwelle“. In: Ders. (Hrsg.): Vom Hungerwinter zum kulinarischen Schlaraffenland. Aspekte einer Kulturgeschichte des Essens in der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden 1987, S. 11-30, hier: S. 15.

⁴⁴ Für die genauen in der US-Zone ausgegebenen Lebensmittelrationen zwischen Kriegsende und der 90. Zuteilungsperiode (24.6.-21.7.1946) vgl.: Lebensmittelrationierung für die Zuteilungsperioden 51-70 und 81-90 1943-1946 (Bayerisches Hauptstaatsarchiv (im Folgenden: BayHStA) Landesernährungsamt Bayern, Abteilung B (im Folgenden: LEA B) 58

⁴⁵ Fuchs: Ernährungslage und Schwarzmarkt, S. 312.

⁴⁶ Paul Erker: Revolution des Dorfes? Ländliche Bevölkerung zwischen Flüchtlingszustrom und landwirtschaftlichem Strukturwandel. In: Martin Broszat/Klaus-Dietmar Henke/Hans Woller (Hrsg.): Vom Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland. München 1989, S. 367-425, hier: S. 393.

⁴⁷ Trittel: Hunger und Politik, S. 222.

nicht unmittelbar unterworfen waren. Insgesamt gehörten zu dieser Gruppe der Landwirte und ihrer Familienangehörigen etwa 14% der deutschen Bevölkerung.⁴⁸ Im Agrarland Bayern war ihr Anteil mit 25% deutlich größer.⁴⁹ Innerhalb der schlechter versorgten Gruppe der Normalverbraucher gab es eine Altersstaffelung, die mehrmals reformiert wurde. Die am 7. Januar 1946 geänderte Einteilung kreierte sechs Verbraucherguppen (Säuglinge, Kleinstkinder, Kleinkinder, Kinder, Jugendliche und Erwachsene)⁵⁰ und galt bis 1948.⁵¹ Das komplexe Verteilungssystem wurde durch Zulagekarten für bestimmte Gruppen weiter ausdifferenziert: Arbeiter⁵², die wiederum als Normal-, Teilschwer-, Schwer- oder Schwerstarbeiter eingestuft wurden, Kranke⁵³, Alte und Schwerbeschädigte, werdende und stillende Mütter⁵⁴, politisch Verfolgte und ehemalige KZ-Häftlinge⁵⁵ erhielten Lebensmittelzulagen.⁵⁶ Die Zugehörigkeit zu den unterschiedlichen Konsumentenklassen hatte einen erheblichen Einfluss auf den Lebensstandard der Menschen. So bestanden zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen teils deutliche Versorgungsunterschiede.⁵⁷ Aber auch innerhalb der Arbeiterschaft wurden durch die genannte Ausdifferenzierung je nach Industriebranche und Schwere der Arbeit verschiedene Versorgungsgruppen geschaffen⁵⁸, die nicht selten Neid und Missgunst hervorriefen (vgl. Kapitel 4.4). Die während des Krieges von den nationalsozialistischen Ämtern ausgegebenen Zulagen konnten nach Kriegsende nicht aufrechterhalten werden. So wurden beispielsweise die Krankenzulagen wegen der schwierigen Ernährungslage auf Schwerstkranke beschränkt.⁵⁹

⁴⁸ Protzner: Vom Hungerwinter bis zum Beginn der „Freßwelle“, S. 13.

⁴⁹ Paul Erker: Solidarität und Selbsthilfe. Die Arbeiterschaft in der Ernährungskrise. In: Wolfgang Benz (Hrsg.): Neuanfang in Bayern 1945-1949. Politik und Gesellschaft in der Nachkriegszeit. München 1998, S. 82-102, hier: S. 85.

⁵⁰ Entschließung des Bayer. Staatsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft Abt. B v. 10.12.1945 an sämtliche Ernährungsämter Abt. B (BayHStA LEA B 27)

⁵¹ Gries: Die Rationen-Gesellschaft, S. 195.

⁵² Entschließung des Amtes für Ernährung und Landwirtschaft in Bayern v. 11.6.1945 an die Ernährungsämter Abt. B in Bayern (BayHStA LEA B 26)

⁵³ Entschließung des Amtes für Ernährung und Landwirtschaft in Bayern Abt. B v. 18.6.1945 an sämtliche Ernährungsämter Abt. B (BayHStA LEA B 26)

⁵⁴ Entschließung des Amtes für Ernährung und Landwirtschaft in Bayern v. 15.6.1945 an sämtliche Ernährungsämter Abt. B (BayHStA LEA B 26)

⁵⁵ Vgl. Verpflegung für Ausländer und ehemalige KZ-Häftlinge 1944-1945 (BayHStA LEA B 53); Verpflegung für Ausländer und ehemalige KZ-Häftlinge 1945-1946 (BayHStA LEA B 54)

⁵⁶ Gries: Die Rationen-Gesellschaft, S. 195.

⁵⁷ Ebd., S. 198f.; Schlange-Schöningen: Im Schatten des Hungers, S. 64.

⁵⁸ Erker: Solidarität und Selbsthilfe, S. 86.

⁵⁹ Entschließung des Amtes für Ernährung und Landwirtschaft in Bayern Abt. B v. 18.6.1945 an sämtliche Ernährungsämter Abt. B (BayHStA LEA B 26)

Generell zeichnen die Akten des Landesernährungsamtes Bayern ein katastrophales Bild von der Versorgungslage in den ersten Monaten nach dem Zusammenbruch des „Dritten Reiches“. Der bayerische Ministerpräsident Fritz Schäffer wandte sich im Juni 1945 in einem dramatischen Hilferuf an den Schweizer Konsul Dr. Frei, um für eine Notstandshilfe aus der Schweiz für bayerische Bevölkerungsteile zu werben. Laut Schäffer würden zwar die äußersten Anstrengungen unternommen, „um die unmittelbar bevorstehenden Monate einer schweren Ernährungs Krise aus eigenen Kräften [...] zu überbrücken.“ Doch sei die aktuelle Lage so prekär, dass „die Möglichkeiten des bayerischen Landes nicht ausreichen.“ „Die seit langer Zeit bestehende Unterernährung der Bevölkerung“ habe sich durch die „in der letzten Zeit notwendig gewordenen weiteren Rationskürzungen mit einem jetzt erreichten Tiefstand von 1043 Kalorien pro Tag“ weiter verschärft. Die bereits deutlich spürbaren Folgen seien „Erscheinungen des Kräfteverfalls körperlicher und seelischer Art, der Widerstandslosigkeit gegen Infektionen und der Entwicklungsstörung bei Jugendlichen“. Tatsächlich waren die gesundheitlichen Folgen der Hungersnot erheblich. Aufgrund fehlender vitaminreicher Nahrung waren typische Mangelkrankheiten wie Typhus, Tuberkulose und Hungerödeme keine Seltenheit.⁶⁰ Der außerordentliche Bevölkerungszuwachs durch Vertriebene, Flüchtlinge und Evakuierte habe die Situation nach Ansicht des bayerischen Ministerpräsidenten weiter verschlimmert. Aus diesem Grund bat er den Schweizer Konsul, „die Möglichkeiten einer Einbeziehung bayerischer Bevölkerungsteile in die philanthropischen Maßnahmen der Schweiz zu erwägen.“ Fritz Schäffer dachte dabei insbesondere an „Kinder und Jugendliche in dem für Rachitisrückfälle und Tuberkulose gefährdeten Entwicklungsalter, an werdende und stillende Mütter, an Blutspender und Milchspenderinnen und an die jetzt jeder Zusatzernährung entbehrenden Kranken und Gebrechlichen“.⁶¹

Im Kontext der Besprechungen über die Möglichkeiten einer Notstandshilfe wurden der Schweiz statistische Unterlagen zur Beurteilung der gegenwärtigen Ernährungslage in Bayern übermittelt. Diese belegen die Ausführungen des Ministerpräsidenten und zeigen beispielsweise, wie der Kalorienwert der Lebensmittelzuteilung im Juni 1945 im Vergleich zu November 1944 abgesunken war und dass die eigene Kohlenhydrate-,

⁶⁰ Wolfrum: Die gegläuckte Demokratie, S. 33.

⁶¹ Brief des Bayer. Ministerpräsidenten Fritz Schäffer v. 7.6.1945 an den Schweizer Konsul Dr. Frei (BayHStA LEA B 41)

Fett- und Eiweiß-Erzeugung den Bedarf bei weitem nicht decken konnte.⁶² Wie von Ministerpräsident Schäffer angedeutet, waren es vor allem die Alten, Kranken, Schwachen und Kinder, die besonders unter der katastrophalen Ernährungslage in der zweiten Jahreshälfte 1945 zu leiden hatten. So war es wegen der Versorgungslage nicht möglich, alten Leuten über 70 Jahren dringend benötigte Vollmilch auszugeben. Vollmilchzuweisungen konnten nur im Rahmen von Krankenzulagen gewährt werden. Alle anderen mussten sich mit entrahmter Magermilch begnügen.⁶³ Starke Einschnitte im Vergleich zu den Kriegsjahren gab es auch bei der Versorgung von Krankenanstalten, Lazaretten, Heil- und Pflegeanstalten und ähnlichen Einrichtungen.⁶⁴ Die während des Krieges sehr hoch angesetzten Verpflegssätze für Lazarette konnten „ob der einschneidenden Kürzung der Sätze für die Zivilbevölkerung nicht aufrechterhalten werden.“⁶⁵ Bitten um bescheidene Lebensmittelzuteilungen zu Weihnachtsfeiern wurden vom Bayerischen Staatsministerium für Ernährung und Landwirtschaft und den ihm unterstehenden Ernährungsämtern meist mit Rücksicht auf die zahllos zu erwartenden Berufungen abgelehnt. Auch wenn es sich bei den Bittstellern wie im Lazarett Kloster St. Anna in Riedenburg um schwer verwundete Soldaten der Wehrmacht handelte, die zu einem großen Teil „bettlägerig“, „stark gehbehindert“ und in einem „sehr schlechten seelischen Zustand“ waren.⁶⁶ Problematisch für die vielen Schwerkranken, Verwundeten und Operierten war ferner der Mangel an dem für die Schmerzlinderung unbedingt notwendigen Weinbrand.⁶⁷

Zur Gruppe der Benachteiligten gehörten auch die alleinstehenden Berufstätigen, da sich lange Warte- und kurze Öffnungszeiten in den Lebensmittelläden schwer mit einer Vollzeittätigkeit vereinbaren ließen. Nach einem Bericht der Münchnerin Frau Schempp könne es „einem Berufstätigen wohl auf die Dauer ohne Beeinträchtigung der Gesundheit und Arbeitsleistung nicht zugemutet werden, daß er täglich vor seinem Dienst stundenlang und dann oftmals ins Ungewisse hinein wartet, ob er etwas bekommt oder nicht, oder am Ende gar gezwungen ist, ganz auf das Gemüse zu

⁶² Vgl. Lebensmittelversorgung 1944-1945 (BayHStA LEA B 41)

⁶³ Entschließung des Amtes für Ernährung und Landwirtschaft in Bayern Abt. B v. 24.9.1945 an sämtliche Ernährungsämter Abt. B (BayHStA LEA B 27)

⁶⁴ Vgl. Lebensmittelversorgung von Krankenanstalten 1944-1946 (BayHStA LEA B 47)

⁶⁵ Brief des Landrats Bad Tölz v. 28.5.1945 an das Amt für Ernährung und Landwirtschaft in Bayern (BayHStA LEA B 47)

⁶⁶ Brief des Landrats Riedenburg v. 20.12.1945 an das Bayer. Staatsministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BayHStA LEA B 47)

⁶⁷ Brief des Bayer. Staatsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft v. 5.11.1945 an die Verwaltung des Staatl. Luitpold Krankenhauses Würzburg (BayHStA LEA B 56)

verzichten oder sich Beschimpfungen des schlangestehenden Publikums auszusetzen.“ Zur Abhilfe des Problems schlägt die Bürgerin vor, dass Obst und Gemüse zu bestimmten Zeiten in der Früh und abends nur an Berufstätige mit Ausweis abgegeben werden sollen.⁶⁸ Weniger pflichtbewusste Berufstätige umgingen dieses Problem, indem sie nicht zur Arbeit gingen oder sich zumindest lange Pausen nahmen und während der Arbeitszeit den Lebensmitteleinkauf erledigten.⁶⁹ Das Bayerische Arbeitsministerium stellte Anfang 1947 resignierend fest, dass „ein Verlassen der Arbeitsplätze wegen Hungers und Entkräftung oder um durch das Hamstern zusätzliche Lebensmittel zu erwerben“, ebenso „eine alltägliche Erscheinung geworden“ war⁷⁰, wie stundenlanges Schlange stehen in Lebensmittelläden oder Ernährungsämtern.⁷¹ Neben den sozialen und gesundheitlichen Folgen der Hungerkrise wird hier ein weiteres ernährungsbedingtes Problemfeld angedeutet: die Ökonomie. Nach Ansicht von Günter Trittel war die über einen Zeitraum von mehreren Jahren andauernde Mangelernährung eine ganz wesentliche, wenn nicht die entscheidende Ursache für die wirtschaftliche Stagnation in den ersten drei Nachkriegsjahren.⁷² Die schlechte Ernährung und die daraus resultierende niedrige Arbeitsleistung hätten entschieden dazu beigetragen, dass die westdeutsche Wirtschaft bis zum Sommer 1948 in einem Zustand von 30-50% der Vorkriegsproduktion verharrte.⁷³

Obst, Gemüse, Honig und ähnliche Lebensmittel gehörten zu den sogenannten Mangelwaren, das heißt zu denjenigen Waren, die nur in so geringem Umfang zur Verfügung standen, dass eine Verteilung an sämtliche Verbraucher nicht möglich war.⁷⁴ Das erklärt, warum die Menschen stundenlang Schlange standen, um die begehrten Lebensmittel zu bekommen. Dass Lebensmittelzulagen für den hauswirtschaftlichen Unterricht in öffentlichen und privaten Schulen sowie in Kochkursen und ähnlichen Einrichtungen mit Rücksicht auf die allgemeine Versorgungslage nicht gewährt werden konnten⁷⁵, mag nach den bisherigen Ausführungen kaum mehr verwundern. Auch die Verlagsleitung der Süddeutschen Zeitung bekam zu spüren, dass die staatlichen

⁶⁸ Brief von F. Schempp v. 16.8.1945 an das Amt für Ernährung und Landwirtschaft in München (BayHStA LEA B 31)

⁶⁹ Schlange-Schönigen: Im Schatten des Hungers, S. 145.

⁷⁰ Erker: Solidarität und Selbsthilfe, S. 87.

⁷¹ Wolfrum: Die geglückte Demokratie, S. 33; Gries: Die Rationen-Gesellschaft, S. 224.

⁷² Trittel: Hunger und Politik, S. 270.

⁷³ Ebd., S. 268.

⁷⁴ Entschließung des Amtes für Ernährung und Landwirtschaft Bayern Abt. B v. 2.9.1945 an sämtliche Ernährungsämter Abt. B (BayHStA LEA B 27)

⁷⁵ Entschließung des Bayer. Staatsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft Abt. B v. 7.11.1945 an sämtliche Ernährungsämter Abt. A und B (BayHStA LEA B 27)

Verwaltungen wegen der allgemeinen Notlage Prioritäten setzen mussten. Eine Feier für die gesamte Betriebsbelegschaft anlässlich der Lizenzübergabe durch die Amerikaner im Oktober 1945 war nicht lebensnotwendig. Daher wurde eine Bitte um Zuweisung von Lebensmitteln zur Festgestaltung abgelehnt.⁷⁶ Immerhin durften Blutspender und Milchspenderinnen für ihren wichtigen Dienst mit Lebensmittelzulagen rechnen.⁷⁷

Einen Einblick in die Probleme des täglichen Überlebens der bayerischen Bevölkerung in der unmittelbaren Nachkriegszeit liefert eine Zusammenfassung der Monatsberichte der Landwirtschaftsstellen. Demnach sei „die allgemeine Lage in der Landwirtschaft [...] noch weitgehend beherrscht von einer sehr stark gedrückten Stimmung der Bevölkerung, von Fehlen jeden inneren Auftriebs, von Unsicherheit, von starker Beunruhigung oder zu erwartender Gleichgültigkeit.“ Es folgt eine lange Aufzählung der zahlreichen Ursachen für die angespannte Situation: Die „Ungewissheit über die Zukunft des Volkes“, das „Fehlen der dringend erforderlichen Arbeitskräfte“ und Schwierigkeiten bei der „Beschaffung von Bedarfsgegenständen aller Art“ werden ebenso genannt wie die „Unsicherheit über die Entwicklung der Währung“, die „Sorge über erwartende Maßnahmen gegen Parteiangehörige in der Landwirtschaft“ und die Belastung des Landes durch „meist nicht arbeitende“ Evakuierte und Flüchtlinge.⁷⁸ Interessanterweise findet sich in der noch einige weitere Punkte umfassenden Aufzählung über die Belastungen der Landbevölkerung kein Hinweis auf die Ernährungslage. Dies könnte ein erster Hinweis für die These sein, dass es den Menschen auf dem Land - zumindest Ende 1945 - ernährungsmäßig besser ging als der Stadtbevölkerung.

Nicht nur für die deutsche Bevölkerung, auch für die Westalliierten wurde die Ernährungskrise zu einem Schlüsselproblem der Nachkriegszeit. Günter Trittel kommt zu dem Schluss, dass von der Ernährungslage erhebliche Rückwirkungen auf die westalliierte Deutschlandpolitik ausgingen und sich diese zeitweise sogar auf bloße Ernährungspolitik verengte.⁷⁹ In der Direktive der amerikanischen Stabschefs an den

⁷⁶ Brief des Amtes für Ernährung und Landwirtschaft v. 27.10.1945 an die Verlagsleitung der Süddeutschen Zeitung (BayHStA LEA B 55)

⁷⁷ Entschließung des Amtes für Ernährung und Landwirtschaft Bayern Abt. B v. 18.6.1945 an sämtliche Ernährungsämter Abt. B (BayHStA LEA B 26)

⁷⁸ Zusammenfassung und Auszüge der Monatsberichte der Landwirtschaftsstellen und -ausstellen für den Monat Oktober 1945, undatiert (Staatsarchiv München (im Folgenden: StAM) Polizeipräsidium Oberbayern (im Folgenden: PPO) 851)

⁷⁹ Trittel: Hunger und Politik, S. 224.

Oberbefehlshaber der US Besatzungstruppen in Deutschland (JCS 1067), die am 10. Mai 1945 von US-Präsident Harry S. Truman gebilligt wurde und die Richtlinien für die gegen Deutschland einzuschlagende Politik vorgab, wurde das deutsche Ernährungsproblem noch in Abhängigkeit der sicherheitspolitischen Interessen der Westalliierten gesehen.⁸⁰ Demnach solle „Hungersnot oder Krankheiten und Unruhen“ vorgebeugt werden, da diese eine Gefährdung der Besatzungsstreitkräfte darstellen würden.⁸¹ Zugleich aber dürften die Lebensbedingungen in Deutschland nicht höher als in einem benachbarten Mitgliedsstaat der Vereinten Nationen sein. Der Verbrauch an Lebensmitteln solle auf dem Mindestmaß gehalten werden, „damit die Einfuhren streng begrenzt und Überschüsse für die Besatzungsstreitkräfte, verschleppte Personen und Kriegsgefangene der Vereinten Nationen sowie für Reparationszwecke verfügbar gemacht werden können.“⁸² Im Zuge einer sich fast täglich verschärfenden Ernährungslage, der Allgegenwärtigkeit von Not, Elend und Hoffnungslosigkeit sowie dem immer deutlicher zu Tage tretenden Ost-West-Gegensatz veränderte sich auch die westalliierte Deutschlandpolitik. So machte der britische Außenminister Ernest Bevin in einer Kabinettsvorlage vom 3. Mai 1946 deutlich, dass es ihm vor allen Dingen darum ging, „einen einigermaßen hohen Lebensstandard in Westdeutschland aufrechtzuerhalten, um die Kommunisten daran zu hindern, daß sie die wirtschaftliche Not, die die Bevölkerung leidet, zu ihrem Vorteil ausnutzen.“⁸³ Die Lebensmittelrationen müssten auf dem gegenwärtigen Stand gehalten und, wenn möglich, erhöht werden.

Die Forderung, die Rationen auf dem gegenwärtigen Stand zu halten, musste den meisten Deutschen im Sommer 1946 wie blanker Hohn vorkommen. So wurde zum Beispiel in München die unterste Grenze der Lebensmittelzuteilung im Sommer 1946 mit 920 Kalorien pro Kopf erreicht.⁸⁴ Auch in vielen anderen urbanen Regionen Deutschlands beliefen sich die Rationen in den Sommermonaten auf weniger als 1000 Kalorien pro Tag.⁸⁵ Im Dezember 1945 versprachen die Amerikaner und Briten dem Länderrat, 1550 Kalorien sicherzustellen.⁸⁶ Für Schlange-Schöningen war das ein sachlicher und psychologischer Fehler, da dieser Kaloriensatz nicht eingehalten werden

⁸⁰ Steininger: Deutsche Geschichte, S. 46-52.

⁸¹ Ebd., S. 47; Tooze: Ökonomie der Zerstörung, S. 771.

⁸² Steininger: Deutsche Geschichte, S. 52.

⁸³ Ebd., S. 232.

⁸⁴ Kock/Treml: Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 430.

⁸⁵ Tooze: Ökonomie der Zerstörung, S. 771.

⁸⁶ Gries: Die Rationen-Gesellschaft, S. 196; Erker: Solidarität und Selbsthilfe, S. 83.

konnte.⁸⁷ Rainer Gries konnte für München nachweisen, dass der versprochene Kalorienwert mit den Versorgungsrealitäten wenig zu tun hatte.⁸⁸ Bis ins Jahr 1948 hinein lässt sich ein deutliches Auseinanderklaffen zwischen der auf dem Papier versprochenen und der tatsächlichen Lebensmittelzuteilung konstatieren. Tatsächlich ausgegeben wurden nach Schätzung von Günter Trittel in der britischen und amerikanischen Besatzungszone bis Ende 1946 täglich zwischen 1000 und maximal 1580 Kalorien für den durchschnittlichen Normalverbraucher.⁸⁹ Insgesamt war die Versorgung im amerikanischen Besatzungsgebiet etwas besser als in der britischen Zone, da Bayern und Württemberg-Baden über relativ günstige Voraussetzungen zur Selbstversorgung verfügten.⁹⁰ Zudem profitierte die US-Zone eher von der wirtschaftlichen Macht der Vereinigten Staaten als das britische Besatzungsgebiet, waren die Engländer doch selbst auf große Zuschüsse aus den USA angewiesen.

Auf dem Höhepunkt der Versorgungskrise 1946 wurde im Juni die Hamburger Ernährungskonferenz einberufen, bei der sich deutsche Ernährungspolitiker mit den Militärgouverneuren trafen. Die Zusammenkunft war von den deutschen Forderungen nach größeren Getreideimporten und der Vorbereitung des wirtschaftlichen Zusammenschlusses der Zonen geprägt.⁹¹ General Lucius D. Clay, damals stellvertretender Militärgouverneur der amerikanischen Besatzungszone, versprach den Deutschen zu helfen, schließlich könne Hunger nicht Teil der Politik der Amerikaner sein.⁹² Mit Verweis auf die kritische Welternährungssituation konnte man sich aber zu keinen konkreten Versprechen durchringen. Hans Schlange-Schöningh wies in seiner Rede auf die Gefahren der Hungerkrise hin. Bezug nehmend auf die Denazifizierung befürchtete er, „daß die Hungerrationen von 1000 Kalorien pro Tag mehr neue Nationalsozialisten schaffen, als 1000 Polizisten pro Tag verhaften können.“⁹³ Abgesehen von einigen wichtigen Weichenstellungen bei der Planung einer bizonalen Ausrichtung der Ernährungswirtschaft und Agrarpolitik wurden in Hamburg keine konstruktiven Maßnahmen zur Lösung des Ernährungsproblems geschlossen.⁹⁴ So kam es, dass sich die Ernährungslage in den folgenden Monaten eher verschlechtert als

⁸⁷ Schlange-Schöningh: Im Schatten des Hungers, S. 65.

⁸⁸ Gries: Die Rationen-Gesellschaft, S. 197.

⁸⁹ Trittel: Hunger und Politik, S. 216.

⁹⁰ Schlange-Schöningh: Im Schatten des Hungers, S. 71.

⁹¹ Ebd., S. 75.

⁹² Ebd.

⁹³ Ebd., S. 79f.

⁹⁴ Ebd., S. 81.

gebessert hatte. Dass das Verhältnis zur Militärregierung von Misstrauen geprägt war und diese den Deutschen schlechten Willen, mangelnde Pflichterfüllung und die Neigung, sich zu sehr auf die Hilfe von außen zu verlassen, vorwarf, kam obendrein noch hinzu.⁹⁵

Bei Schlange-Schöningen finden sich Übersichten zu Kartenrationen und dem Kaloriengehalt der Tagesrationssätze des Normalverbrauchers vom Mai 1945 bis Ende 1949.⁹⁶ Der Direktor der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Vereinigten Wirtschaftsgebiet gestand allerdings ein, dass die Statistiken nur den Rationsanspruch, nicht aber die tatsächlichen Zuteilungen erkennen lassen. Diese seien oft niedriger gewesen.⁹⁷ Vor diesem Hintergrund sind die bloßen Durchschnittskalorienwerte kaum geeignet, um die Versorgungsrealitäten im Deutschland der Nachkriegszeit zu beschreiben. Hilfreicher sind Veranschaulichungen wie die von Peter Jakob Kock und Manfred Treml. Demnach musste der Normalverbraucher in der US-Zone „mit einer durchschnittlichen Tagesration von einem halben Teelöffel Zucker, einem fingernagelgroßen Stück Fett, Fleisch in der Größe eines Radiergummis, zwei Kartoffeln, einer Prise Kaffee-Ersatz und einem Schluck Magermilch auskommen“.⁹⁸ Noch schlimmer stellte sich die Ernährungslage im Ruhrgebiet oder auch in Leipzig dar, wo bisweilen „Friedhofsrationen“ um 800 Kalorien pro Tag verteilt wurden.⁹⁹ Das lag weit unter der 1936 vom Völkerbund als lebensnotwendig festgelegten Grenze von 1600 Kalorien, die ein Mensch bei völliger Ruhe brauchte.¹⁰⁰ Bei einer Tagesarbeitszeit von 8 Stunden seien demnach sogar 3000 Kalorien zum Leben erforderlich. Ein amerikanischer Arzt empfahl in einem Gutachten ein tägliches Nahrungssoll von 2600 Kalorien für den erwachsenen Normalverbraucher.¹⁰¹ Dieser Wert wurde in München - und sicherlich auch in anderen deutschen Großstädten - zwischen 1945 und 1948 nie erreicht.¹⁰² Die deutsche Nachkriegsgesellschaft war eine „Zusammenbruchgesellschaft“.¹⁰³ Dabei war die Ernährung nur einer von vielen betroffenen Lebensbereichen. Andere Probleme und

⁹⁵ Ebd., S. 86f.

⁹⁶ Ebd., S. 302-308.

⁹⁷ Ebd., S. 64.

⁹⁸ Kock/Treml: Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 411.

⁹⁹ Trittel: Hunger und Politik, S. 216; Gries: Die Rationen-Gesellschaft, S. 325.

¹⁰⁰ Steininger: Deutsche Geschichte, S. 66.

¹⁰¹ Fuchs: Ernährungslage und Schwarzmarkt, S. 313.

¹⁰² Ebd.

¹⁰³ Christoph Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955. 5., überarb. und erw. Aufl. Göttingen 1991, hier: S. 37-65.

Herausforderungen der Zeit wurden auf den letzten Seiten zumindest angedeutet. Wie die hier ausgewerteten archivischen Quellen und andere neuere Studien bestätigen, beschreibt der von Christoph Kleßmann geprägte Begriff der „Zusammenbruchgesellschaft“ über 30 Jahre nach seiner erstmaligen Verwendung immer noch treffend die Realität der unmittelbaren Nachkriegszeit in Deutschland.

2.3 Das Katastrophenjahr 1947

In der Forschung zur Ernährungslage nach dem Zweiten Weltkrieg ist es Konsens, dass das Jahr 1947 den Höhepunkt der Hungerkrise darstellte.¹⁰⁴ Verantwortlich dafür war vor allem der Winter 1946/47, der als einer der härtesten des gesamten Jahrhunderts gilt, bereits Mitte Dezember einsetzte und bis Mitte März 1947 andauerte.¹⁰⁵ Gerade vor dem Hintergrund der nach wie vor akuten Wohnungsnot sowie dem Mangel an Heizmaterial und Strom wurde die eisige Kälte für die Menschen zu einer harten Bewährungsprobe. Problematisch war auch, dass bei Temperaturen von teilweise minus 15-20 Grad viele Lokomotiven ausfielen, wodurch der Transport von Lebensmitteln und anderen Gütern erheblich eingeschränkt wurde.¹⁰⁶ Hinzu kam der Mangel an Kohle und Waggons sowie das nach wie vor weitgehend zerstörte Schienennetz.¹⁰⁷ Da Reifen und Treibstoff fehlten, mussten überdies tausende Lastzüge stillstehen. Obwohl die Amerikaner beim Transport halfen, endete die Verteilung der Winterkartoffeln 1946/47 in einem Debakel, da die lebensnotwendigen Nahrungsmittellieferungen, wenn überhaupt, nur noch unregelmäßig eintrafen.¹⁰⁸ Konrad Adenauer schrieb am 10. Dezember 1946 in einem Privatbrief: „Ich hoffe, daß der größte Teil des deutschen Volkes diesen Winter übersteht. Aber die Verhältnisse sind sehr ernst und sehr traurig...“¹⁰⁹ Tatsächlich überstand der größte Teil der Bevölkerung den Winter 1946/47. Doch hatten nicht alle so viel Glück: Knapp 20.000 durch den Hunger entkräftete Menschen erfroren in allen Besatzungszonen vor allem in den kargen Notunterkünften.¹¹⁰

¹⁰⁴ Gries: Die Rationen-Gesellschaft, S. 236; Steininger: Deutsche Geschichte, S. 72.

¹⁰⁵ Wolfrum: Die geglückte Demokratie, S. 31; Trittel: Hunger und Politik, S. 90.

¹⁰⁶ Protzner: Vom Hungerwinter bis zum Beginn der „Freßwelle“, S. 20f.; Schlange-Schöningen: Im Schatten des Hungers, S. 114.

¹⁰⁷ Gries: Die Rationen-Gesellschaft, S. 186f.

¹⁰⁸ Ebd., S. 188.

¹⁰⁹ Zit. bei Trittel: Hunger und Politik, S. 81.

¹¹⁰ Protzner: Vom Hungerwinter bis zum Beginn der „Freßwelle“, S. 21.

Mitten im Hungerwinter am 1. Januar 1947 kam es zum wirtschaftlichen Zusammenschluss der amerikanischen und britischen Besatzungszone. Kern der amerikanischen Versorgungspolitik war es jetzt nicht mehr, Seuchen und Unruhen zu verhindern, sondern ein ökonomisch starkes Westdeutschland zu schaffen, welches der sowjetisch besetzten Zone in puncto Lebenshaltungsniveau überlegen sein sollte.¹¹¹ Die Rationen sollten schnellstmöglich auf 1800 Kalorien angehoben werden, um den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands zu fördern.¹¹² Dieser Kalorienwert sollte sich bald als vollkommen utopisch erweisen. Mitte März 1947 mussten die Länder der US-Zone zugunsten des Ruhrgebietes auf einen Teil der eigentlich für die süddeutschen Gebiete bestimmten Getreideimporte verzichten.¹¹³ Die Brotversorgung in Bayern drohte in der Folge zusammenzubrechen, weswegen man sich gezwungen sah, die Brotrationen deutlich zu senken. Bereits Ende März war die eigene Getreideernte in den Ländern der Bizone wegen ausbleibender Importe größtenteils verbraucht.¹¹⁴ Lieferungen aus dem Ausland wurden von den Alliierten wegen der Getreide- und Fettknappheit in aller Welt untersagt.¹¹⁵ Demzufolge sanken die Rationen für den erwachsenen Normalverbraucher in Bayern in den Monaten April und Mai laut offizieller Statistik auf knapp über 1000 Tageskalorien.¹¹⁶

Die tatsächlich ausgegebenen Rationen lagen laut Günter Trittel darunter: So hätte es zwischen April und Juni 1947 in fast allen Teilen der Bizone nur zwischen 850 und 1050 Kalorien pro Tag gegeben.¹¹⁷ Der Mai habe für eben jene Zone den absoluten Tiefstand in der Nachkriegsernährung gebracht.¹¹⁸ Im Frühjahr 1947 führte die Deutsche Ärzteschaft eine Untersuchung über den Gesundheitszustand der westdeutschen Bevölkerung durch. Demnach lagen die im Ruhrgebiet tatsächlich ausgegebenen Rationen für den Normalverbraucher von April bis Juni bei nur 800 Kalorien. Derlei Rationen könnten nur ein Drittel des Bedarfs decken und in der Zeit von einigen Monaten zum Tode führen. Die Lebenserhaltung sei nur mit äußersten Anstrengungen, der Verwendung von Ersparnissen und der Missachtung von Gesetzen

¹¹¹ Gries: Die Rationen-Gesellschaft, S. 163f.

¹¹² Trittel: Hunger und Politik, S. 62.

¹¹³ Ebd., S. 92.

¹¹⁴ Ebd., S. 93.

¹¹⁵ Schlange-Schöningen: Im Schatten des Hungers, S. 115f.

¹¹⁶ Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch für Bayern. München 1947, S. 25.

¹¹⁷ Trittel: Hunger und Politik, S. 95.

¹¹⁸ Ebd.

und behördlichen Bestimmungen möglich.¹¹⁹ Nicht ganz so katastrophal wie im Ruhrgebiet, aber ebenfalls sehr kritisch, stellte sich die Situation in der bayerischen Landeshauptstadt München dar. Zwei Tage vor Beginn der 100. Zuteilungsperiode am 31. März 1947 musste der Ernährungsreferent Münchens, Stadtrat Weiß, in der Süddeutschen Zeitung einräumen, dass die „Jubiläumszuteilungen“ die schlechtesten seit Beginn der Bewirtschaftung in München seien. Beim Beobachten der Hausfrauen in den Läden würde er nicht selten „Tränen der Verzweiflung“ sehen.¹²⁰ Die von Rainer Gries ausgewerteten Akten des Stadtarchivs München gaben für die 100. Zuteilungsperiode eine tägliche Ration von 1075 Kalorien an, die im folgenden, vor allem den Monat Mai umfassenden, Versorgungsabschnitt auf 909 Tageskalorien fiel.¹²¹

Bei der Frage der Verantwortlichkeit für die Versorgungskatastrophe im Frühjahr 1947 wiesen sich Alliierte und Deutsche gegenseitig die Schuld zu.¹²² Obwohl innerdeutsche Streitigkeiten, wie die zwischen Bayern und Nordrhein-Westfalen um den Fett- und Fleischausgleich, die zentrale Verwaltung praktisch lähmten, lag für Günter Trittel die größere Verantwortung für den Versorgungseinbruch bei den Alliierten.¹²³ Trittel begründete seine These mit der übereilten und unverantwortlichen Rationserhöhung vom Herbst 1946 und dem deutlichen Verfehlen der versprochenen Importleistung im ersten Halbjahr 1947. Das ökonomische Modell der Bizone wurde dadurch bei der westdeutschen Bevölkerung, für die uneingelöste Versprechen in dieser Zeit eine prägende Alltagserfahrung waren, nachhaltig diskreditiert.¹²⁴ In diesem gereizten und angsterfüllten Hungerklima wurden Gerüchte gerne aufgenommen, da sie Orientierung vortäuschten.¹²⁵ Das bemerkte auch die amerikanische Militärregierung im Landkreis Wasserburg a. Inn: „In Wasserburg public opinion is largely fed on rumors.“¹²⁶ Für die Militärregierung war diese Tendenz nicht unproblematisch, denn besonders virulent war das Gerücht, die Amerikaner würden mit ihrer Versorgungspolitik als Strafe für die Naziverbrechen eine Dezimierung des deutschen Volkes anstreben.¹²⁷

¹¹⁹ Schlange-Schönungen: Im Schatten des Hungers, S. 126.

¹²⁰ Hundertmal zu wenig. In: Süddeutsche Zeitung Nr. 30/1947 vom 29.3.1947, Zit. bei Gries: Die Rationen-Gesellschaft, S. 195.

¹²¹ Gries: Die Rationen-Gesellschaft, S. 196.

¹²² Trittel: Hunger und Politik, S. 96.

¹²³ Ebd., S. 100f.

¹²⁴ Gries: Die Rationen-Gesellschaft, S. 197.

¹²⁵ Ebd., S. 224-226.

¹²⁶ Monthly Historical Report Landkreis Wasserburg a. Inn September 1946, undatiert (IfZ RG 260, 10/78-3/1)

¹²⁷ Gries: Die Rationen-Gesellschaft, S. 226; Karl-Heinz Willenborg: Bayerns Wirtschaft in den Nachkriegsjahren. Industrialisierungsschub als Kriegsfolge. In: Wolfgang Benz (Hrsg.): Neuanfang in

Bei aller berechtigten Kritik an der amerikanischen Versorgungspolitik darf die wesentliche Hilfe, die von den Vereinigten Staaten geleistet wurde, nicht unterschlagen werden. Hier müssen vor allem die Bemühungen des ehemaligen US-amerikanischen Präsidenten Herbert Hoover (1929-1933) genannt werden. Hoover, der bereits nach dem Ersten Weltkrieg eine Ernährungshilfskation für Deutschland einleitete, arbeitete 1947 im Auftrag des amtierenden Präsidenten Harry Truman ein spezielles Hilfsprogramm für Westdeutschland aus.¹²⁸ Hoovers Bemühungen, die einen entscheidenden Einfluss auf die Konzeption des Marshall-Plans haben sollten, führten unter anderem zur Sonderhilfe der Kinderspeisung. In der ganzen Bizone wurden vom April 1947 an etwa dreieinhalb Millionen Schulkinder täglich mit einer zusätzlichen Mahlzeit von 350 Kalorien versorgt.¹²⁹ Die dafür notwendigen Nahrungsmittel stammten fast ausschließlich aus alliierten Verpflegungslagern und Importen. Insofern bildete die Schulspeisung ein wichtiges moralisches Gegengewicht zu den Enttäuschungen, die die Fehler bei der Versorgungspolitik und uneingelöste Versprechen bei der deutschen Bevölkerung wachriefen.¹³⁰

Wegen der katastrophalen Ernährungslage kam es im Mai 1947 in mehreren bayerischen Betrieben zu Hungerstreiks.¹³¹ Die deutliche Senkung der Brotrationen entgegen den vorherigen Versprechungen des bayerischen Landwirtschaftsministers Joseph Baumgartner brachte das Fass zum Überlaufen. Eine spontane Arbeitsniederlegung der Belegschaft von MAN in Augsburg wurde zum Ausgangspunkt einer großen Streikwelle in Bayern.¹³² Zu allem Überfluss folgte auf den Jahrhundertwinter ein Jahrhundertsommer. Der August 1947 galt als trockenster Monat der vergangenen hundert Jahre.¹³³ Aussaat und Ernte wurden durch die klimatischen Bedingungen massiv beeinträchtigt, die bayerischen Bauern konnten nur ungefähr die Hälfte des Getreides des Vorjahres einfahren und die ohnehin schon prekäre Lage verschlimmerte sich weiter.¹³⁴ Eine Graphik des Bayerischen Statistischen Landesamtes zeigt, wie die Getreide- und Kartoffelerträge seit 1945 zurückgingen und 1947 „einen

Bayern 1945-1949. Politik und Gesellschaft in der Nachkriegszeit. München 1998, S. 121-142, hier: S. 123.

¹²⁸ Schlange-Schöningen: Im Schatten des Hungers, S. 118f.

¹²⁹ Ebd., S. 121.

¹³⁰ Ebd., S. 122.

¹³¹ Kock/Treml: Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 430; Erker: Ernährungskrise und Nachkriegsgesellschaft, S. 199.

¹³² Erker: Solidarität und Selbsthilfe, S. 94.

¹³³ Gries: Die Rationen-Gesellschaft, S. 179.

¹³⁴ Protzner: Vom Hungerwinter bis zum Beginn der „Freßwelle“, S. 20f.; Gries: Die Rationen-Gesellschaft, S. 179.

bisher nicht gekannten Tiefstand“ erreichten.¹³⁵ Nicht viel besser sah es bei der Viehzucht aus. „Das katastrophale Dürrejahr 1947“ habe „den seit 1945 erkennbaren Ansatz zu einem Wiederaufbau des Schweinebestandes zunächst zunichte gemacht und auch den Rindviehbestand infolge der Futternot bedenklich vermindert.“¹³⁶ Das Jahr 1947 brachte den (großstädtischen) Normalverbrauchern insofern erstmals eine lebensbedrohliche Versorgungserfahrung, als es sich bei den fehlenden Nahrungsmitteln Brot und Kartoffeln um die beiden hauptsächlichen Kalorienträger handelte.¹³⁷ Darüber hinaus wurde auch die Fettzuteilung immer weniger. Im Sommer und Herbst 1947 dürfte sich der tatsächlich ausgegebene Rationssatz in Bayern zwischen 1000 und 1200 Kalorien bewegt haben.¹³⁸

Zwischen Überschuss- und Zuschussgebieten, zwischen Haben- und Soll-Ländern gab es in Deutschland in der Nachkriegszeit fast permanent Auseinandersetzungen. Die Fehden erreichten im Herbst 1947 ihren Höhepunkt und gingen als „Kartoffelkrieg“ in die Geschichte ein. Im Rahmen dieser Untersuchung kann der Konflikt nur grob umrissen werden. Eine ausführliche Analyse des „Kartoffelkrieges“, der sich zu einer innenpolitischen Krise der Bizone ausweitete, findet sich in der einschlägigen Literatur.¹³⁹ Im Kern war der „Kartoffelkrieg“ eine Auseinandersetzung zwischen Bayern, der Bizonenverwaltung und der Militärregierung.¹⁴⁰ Im Zentrum des Konflikts stand der bayerische Landwirtschaftsminister Joseph Baumgartner, der sich der Anweisung der Verwaltung für Ernährung und Landwirtschaft verweigerte, eine große Menge Kartoffeln von Bayern nach Württemberg und Hessen zu liefern.¹⁴¹ Baumgartner sah darin sein Vorhaben in Gefahr, jedem bayerischen Haushalt einen Zentner Kartoffeln zum Einkellern zu geben. Aufgrund des Egoismus der Erzeugerländer brach der übergebietliche Ausgleich zusammen, worunter das Ruhrgebiet am meisten zu leiden hatte.¹⁴² Gerade für Bayern ging es neben dem offensichtlich ernährungspolitischen Konflikt auch um die Souveränität der Länder, die es unter allen Umständen zu verteidigen galt.¹⁴³ Dementsprechend opponierte man

¹³⁵ Bayerisches Statistisches Landesamt: Statistisches Jahrbuch für Bayern, S. 86.

¹³⁶ Ebd., S. 96.

¹³⁷ Gries: Die Rationen-Gesellschaft, S. 154.

¹³⁸ Schlange-Schöningen: Im Schatten des Hungers, S. 141.

¹³⁹ Ebd., S. 163-187; Trittel: Hunger und Politik, S. 138-154; Gries: Die Rationen-Gesellschaft, S. 181-186.

¹⁴⁰ Kock/Treml: Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 430.

¹⁴¹ Ebd.

¹⁴² Trittel: Hunger und Politik, S. 141.

¹⁴³ Ebd., S. 147.

vehement gegen die Forderung Schlange-Schöningens, die Kartoffelbewirtschaftung der Länder dem Direktor der bizonalen Verwaltung unmittelbar zu unterstellen, um die Kartoffelernte zu erfassen und gerecht zu verteilen. Die geplante Anordnung sei verfassungswidrig.¹⁴⁴ In der Folge übten auch die Amerikaner deutliche Kritik an der egoistischen Weigerung Bayerns, die auferlegten Kartoffellieferungen zu erfüllen¹⁴⁵ und drohten damit, den Brotgetreidezuschuss zu streichen.¹⁴⁶

Der Konflikt eskalierte, als Schlange-Schöningens Mitarbeiter in der Frankfurter Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Hans Carl Podeyn, Bayern und den süddeutschen Ländern vorwarf, „die wirtschaftliche Einheitlichkeit und das geforderte Gleichmaß der Entwicklung“ in der Bizone zu gefährden.¹⁴⁷ Bayern war nach eigener Einschätzung wegen der Dürre selbst zu einem unterstützungsbedürftigen Zuschussgebiet geworden. In diesem Sinne wies Joseph Baumgartner die Kritik der Zentralverwaltung als „Faustschlag in das Gesicht der amerikanischen Zone“ zurück. Schließlich habe man anders als andere Länder bislang alle Verpflichtungen gegenüber dem Ruhrgebiet erfüllt, ohne ausreichend Kohle und Strom als Gegenleistung erhalten zu haben.¹⁴⁸ Trotz dürrebedingter Ernteauffälle ließ es sich für Bayern schwer leugnen, dass es als Agrarstaat im Gegensatz zu anderen deutschen Ländern Überschüsse an Vieh, Eiern, Milcherzeugnissen, Speisefetten, Malz und Kartoffeln produzierte.¹⁴⁹ Letztlich wurde der „Kartoffelkrieg“ auf dem Rücken der deutschen Bevölkerung ausgetragen. Die größten Opfer des ernährungspolitischen Verteilungskonfliktes waren die Normalverbraucher Nordrhein-Westfalens, von denen nur 50% einen Zentner Kartoffeln zum Einkellern bekamen und 20% ganz leer ausgingen.¹⁵⁰ So notierte Heinrich Troeger, von 1947 bis 1949 Generalsekretär des Länderrats des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, am 20. September 1947 konsterniert in sein Tagebuch: „Es ist Chaos, es droht eine Hungerkatastrophe. Jeder meint: rette sich, wer kann; so gehen Landräte und Bürgermeister zu Ausfuhrverboten über.“¹⁵¹ Auch wenn grundlegende Differenzen zwischen Bayern, den anderen Ländern und der Frankfurter Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten nicht ausgeräumt waren, konnte man den

¹⁴⁴ Heinrich Troeger: Interregnum. Tagebuch des Generalsekretärs des Länderrates der Bizone 1947-1949, hrsg. von W. Benz und C. Goschler. München 1985, S. 40.

¹⁴⁵ Trittel: Hunger und Politik, S. 144.

¹⁴⁶ Kock/Treml: Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 430.

¹⁴⁷ Trittel: Hunger und Politik, S. 147.

¹⁴⁸ Ebd.

¹⁴⁹ Gries: Die Rationen-Gesellschaft, S. 184.

¹⁵⁰ Trittel: Hunger und Politik, S. 150.

¹⁵¹ Troeger: Interregnum, S. 40.

„Kartoffelkrieg“ am 17. November 1947 mit einem Kompromiss beenden: Die bayerischen Verbraucher erhielten ein Zentner Kartoffeln zum Einkellern. Die darüber hinausgehenden Erträge mussten abgeliefert werden.¹⁵²

De facto brachte der Konflikt keine Gewinner, sondern nur Verlierer hervor. Hans Schlange-Schöningh hielt einige Tage nach der Einigung eine Rede über die Missstände in der Ernährungswirtschaft, die er auf die Weigerung der Länderregierungen, sich im Sinne der Bizone auf ihre Pflichten zu konzentrieren und entsprechend zu handeln, zurückführte.¹⁵³ Das Kompetenzwirrwarr zwischen den deutschen Verwaltungsbehörden und den Besatzungsmächten erschwerte überdies den Versuch, die Ernährungskrise organisatorisch in den Griff zu bekommen.¹⁵⁴ Neben den psychischen und physischen Belastungen für die Bevölkerung hatten das Jahr 1947 und insbesondere der „Kartoffelkrieg“ auch politische Konsequenzen: Dass das Hungerjahr 1947 gerade auf das erste Jahr der Bizone fiel, brandmarkte die neugeschaffenen bizonalen Institutionen nachhaltig. Die Frankfurter Verwaltung musste einen enormen Autoritätsverlust hinnehmen und wurde in den Augen aller zum Sündenbock für die gescheiterte Kartoffelversorgung.¹⁵⁵ Doch waren die Möglichkeiten der bizonalen Institutionen ob des Egoismus der Länder und des gerade in Bayern stark ausgeprägten Antizentralismus begrenzt. Das änderte nichts daran, dass die Bizone im Katastrophenjahr 1947 in den Augen und Mägen der Normalverbraucher in der britischen und amerikanischen Zone versagte.¹⁵⁶ Große Teile der bayerischen Bevölkerung verbanden mit der Bizone nur Nachteile: „Vor der Vereinigung hatten wir keine Kohlen, aber doch eine etwas bessere Versorgung mit Lebensmitteln, insbesondere Fett, heute haben wir weniger Fett und trotzdem keine Kohlen“.¹⁵⁷ Befeuert wurde die Attitüde, sich als „Melkkuh“ für andere Länder zu stilisieren, vor allen vom bayerischen Landwirtschaftsminister Baumgartner, der die Bizone ausschließlich negativ bewertete und für den Bayern das Opfer des Zonenzusammenschlusses war.¹⁵⁸ So war es nur folgerichtig, dass sich der kurz vor Weihnachten 1947 als Landwirtschaftsminister zurückgetretene Joseph Baumgartner im

¹⁵² Kock/Treml: Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 431.

¹⁵³ Troeger: Interregnum, S. 51f.

¹⁵⁴ Fuchs: Ernährungslage und Schwarzmarkt, S. 315.

¹⁵⁵ Trittel: Hunger und Politik, S. 151.

¹⁵⁶ Gries: Die Rationen-Gesellschaft, S. 236.

¹⁵⁷ Ebd., S. 234.

¹⁵⁸ Ebd., S. 235; Schlange-Schöningh: Im Schatten des Hungers, S. 175f.

Januar 1948 der Ende 1946 gegründeten Bayernpartei anschloss. Der Partei, die am meisten von der antizentralistischen bayerischen Stimmung profitierte.¹⁵⁹

Für die meisten in Deutschland lebenden Menschen endete das Jahr 1947 genauso hoffnungslos wie die vergangenen Jahre. Die dramatische Ernährungslage verdarb den Deutschen die Freude am Weihnachtsfest. Schenkt man dem Tagebucheintrag von Heinrich Troeger Glauben, musste auch bei hohen Politikern an den Weihnachtstagen sehr mit dem Essen gespart werden.¹⁶⁰ Außer man hatte das Glück, in den Genuss von Lebensmittelpaketen aus dem Ausland zu kommen. Doch auch zu Hause ein festes Dach über dem Kopf zu haben war an Weihnachten und generell in den Nachkriegsjahren nicht selbstverständlich. Als großes soziales Problem galt die Verwahrlosung der sogenannten „wandernden“ oder „streunenden“ Jugendlichen. Gegen diese heimatlosen Jugendlichen, die ohne festen Aufenthaltsort waren und nicht unter der Aufsicht erwachsener Angehöriger standen, ging die Landpolizei Bayern Ende 1947, Anfang 1948 massiv vor.¹⁶¹

Da das nächste Kapitel erst mit der Währungsreform vom Juni 1948 einsetzt, soll an dieser Stelle noch ein kurzer Ausblick auf die erste Jahreshälfte 1948 gegeben werden. Nach Heinrich Troeger kam es in den ersten Wochen des neuen Jahres zur „Ernährungskatastrophe“. Es gäbe kein Fett, viel zu wenig Fleisch, eine unzureichende Kartoffelversorgung und herabgesetzte Brotrationen. Während die Deutschen uneins seien und die Militärregierung die schlechte Lebensmittelerfassung der deutschen Verwaltung desavouierte, würde der Kommunismus von der Situation profitieren.¹⁶² Der Frust der Bevölkerung über die anhaltende Versorgungskrise entlud sich in einer neuen Streik- und Protestwelle, die praktisch die gesamte Bizone umfasste und in ihrem Ausmaß die des Frühjahrs 1947 deutlich übertraf.¹⁶³ So befanden sich in Bayern am 22. und 23. Januar 1948 etwa eine Million Arbeiter im Generalstreik.¹⁶⁴ Die ersten Arbeitsniederlegungen hatten bei dieser Streikwelle in München, unter anderem bei BMW, stattgefunden.¹⁶⁵ Die Demonstrationswelle seit Kriegsende erreichte im Mai 1948 ihren Höhepunkt, als neben den Arbeitern auch die Normalverbraucher wegen

¹⁵⁹ Gries: Die Rationen-Gesellschaft, S. 235.

¹⁶⁰ Troeger: Interregnum, S. 56.

¹⁶¹ Vgl. Vorgehen gegen streunende Jugendliche und Minderjährige (Generalakt) 1947-1948 (StAM PPO 631)

¹⁶² Troeger: Interregnum, S. 60f.

¹⁶³ Trittel: Hunger und Politik, S. 155.

¹⁶⁴ Ebd., S. 158.

¹⁶⁵ Erker: Solidarität und Selbsthilfe, S. 95.

bevorstehender Rationskürzungen auf die Straße gingen.¹⁶⁶ Um die von der Militärregierung angeprangerte schlechte Erfassung zu verbessern, wurde am 23. Januar 1948 das „Nothilfegesetz zur Ermittlung, Erfassung und Verteilung von Lebensmittelbeständen“ erlassen.¹⁶⁷ Die Ernährungsnot habe den Wirtschaftsrat des Vereinigten Wirtschaftsgebietes zu diesen „außergewöhnlichen Maßnahmen“ gezwungen.¹⁶⁸ Um möglichst alle Lebensmittelbestände zu ermitteln, wurde Straffreiheit bei der Anmeldung bisher verschwiegener Bestände versprochen. Bei Verstoß gegen das sogenannte „Speisekammergesetz“ wurden drakonische Strafen angedroht: Neben Geldstrafen bis zu 100.000 Reichsmark und mehrjährigem Freiheitsentzug wurden in besonders schweren Fällen auch Betriebsschließungen und Zwangsverpachtungen verhängt. Trotz dieser Strafen brachte die erfolglose Maßnahme keine spürbare Verbesserung der Versorgung des Normalverbrauchers.¹⁶⁹ Die in der Bizone ausgegebenen Normalverbraucherrationen hatten sich in der ersten Jahreshälfte 1948 bei rund 1300 Kalorien pro Tag eingependelt.¹⁷⁰ In diesen Monaten wurden mit dem Gesetz über die Auflösung des Reichsnährstands vom 21. Januar 1948, dem Gesetz zur Neuordnung des Veranlagungs- und Ablieferungswesens in der Landwirtschaft vom 23. Januar 1948 und der im Anbauplan 1948/49 beabsichtigten Produktionsumstellung, die eine Ausdehnung der Anbaufläche vorsah, einige ernährungswirtschaftliche Maßnahmen getroffen.¹⁷¹ Dass sich die Ernährungslage und die Agrarproduktion 1948/49 besserten, lag nicht an den genannten zwangswirtschaftlichen Bestimmungen, sondern an Marshallplan, Währungsreform und der günstigen Witterung.¹⁷²

2.4 Die Auswirkungen der Währungsreform 1948

Während die Deutschen in der Frühjahrskrise 1947 Hunger litten, formulierte der amerikanische Präsident Harry S. Truman im März 1947 die „Truman-Doktrin“, deren Kern die Eindämmung („containment“) der Sowjetunion war. Politisch umgesetzt

¹⁶⁶ Ebd., S. 97.

¹⁶⁷ Vgl. Ermittlung, Erfassung und Verteilung von Lebensmittelbeständen (Nothilfegesetz) 1948 (StAM Ernährungsämter (im Folgenden: EÄ) B 357)

¹⁶⁸ Gesetz- und Verordnungsblatt des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes v. 30.1.1948 (StAM EÄ B 357)

¹⁶⁹ Fuchs: Ernährungslage und Schwarzmarkt, S. 316; Schlange-Schöningen: Im Schatten des Hungers, S. 182.

¹⁷⁰ Trittel: Hunger und Politik, S. 159.

¹⁷¹ Schlange-Schöningen: Im Schatten des Hungers, S. 184-186.

¹⁷² Ebd., S. 186f.; Wirsching: Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert, S. 87; Hoffmann: Nachkriegszeit, S. 97.

wurde die Doktrin im Marshall-Plan, der am 5. Juni 1947 vom amerikanischen Außenminister George C. Marshall verkündet wurde.¹⁷³ Im Rahmen des Marshall-Plans, offiziell das European Recovery Program (ERP), leisteten die Amerikaner umfassende Wirtschaftshilfe zum Wiederaufbau der europäischen Staaten. Westeuropa sollte in das von den USA dominierte Welthandels- und Weltwährungssystem integriert und gleichzeitig vor sowjetischen Durchdringungsversuchen geschützt werden.¹⁷⁴ Im Bezug auf Westdeutschland erhoffte man sich, es fest in die westeuropäische Gemeinschaft einbinden zu können. So wurde die Marshall-Plan-Politik der USA eine wichtige Grundlage der europäischen Integration.¹⁷⁵ Die im Herbst 1948 einsetzende Wirtschaftshilfe bestand zu mehr als einem Drittel aus Nahrungs- und Futtermittelimporten. Um das Ziel einer Anhebung der Rationen zu erreichen, wurden die Getreideimporte in die Bizone im zweiten Halbjahr 1948 gegenüber der ersten Jahreshälfte um 50% gesteigert.¹⁷⁶

Für die Absicht, aus Westdeutschland eine handlungsfähige wirtschaftliche Einheit zu machen, die vom ERP profitieren konnte, war die wertlose Reichsmark ein Hindernis. Da es dafür eine funktionierende Währung brauchte, kam es am 20. Juni 1948 in den Westzonen zur Währungsreform.¹⁷⁷ An diesem Tag erhielt jeder Bürger ein „Kopfgeld“ von 40 D-Mark. Bargeld und Bankguthaben wurde im Verhältnis 100 Reichsmark zu 6,50 D-Mark umgetauscht. Für die Auszahlung des Kopfbetrages waren in erster Linie die Kartenstellen der Ernährungsämter zuständig, die von den Landeszentralbanken oder den von diesen beauftragten Geldinstituten über die unteren Verwaltungsbehörden (Landräte und Oberbürgermeister) mit den erforderlichen Geldmitteln ausgestattet wurden. Der Kreis der Empfänger des Kopfgeldes war derselbe wie der Kreis der Empfänger der Lebensmittelkarten. Personen aber, „die lebensmittelkartenmäßig nicht gemeldet sind (z.B. asoziale Elemente, die keiner geordneten Arbeit nachgehen), sind von der Möglichkeit zum Bezuge des Kopfbetrages ausgeschlossen.“¹⁷⁸ Im NS-Sprachgebrauch wurden Individuen oder soziale Gruppen, meist aus gesellschaftlichen

¹⁷³ Zum Marshallplan vgl.: Othmar Nikola Haberl/Lutz Niethammer (Hrsg.): Der Marshall-Plan und die europäische Linke. Frankfurt a. Main 1986; Hans-Jürgen Schröder (Hrsg.): Marshallplan und westdeutscher Wiederaufstieg. Positionen - Kontroversen. Stuttgart 1990.

¹⁷⁴ Conze: Die Suche nach Sicherheit, S. 36.

¹⁷⁵ Ebd., S. 37.

¹⁷⁶ Trittel: Hunger und Politik, S. 183; Schlange-Schöningen: Im Schatten des Hungers, S. 191f.

¹⁷⁷ Zur Währungsreform 1948 vgl.: Michael Brackmann: Vom totalen Krieg zum Wirtschaftswunder: Die Vorgeschichte der westdeutschen Währungsreform 1948. Essen 1993; Siegfried Freick: Die Währungsreform 1948 in Westdeutschland. Weichenstellung für ein halbes Jahrhundert. Schkeuditz 2001.

¹⁷⁸ Anlage zum Erlass der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Vereinigten Wirtschaftsgebietes v. 29.5.1948 (StAM EÄ B 356)

Unterschichten, als „asozial“ diffamiert, wenn sie nach Anschauung der Nationalsozialisten unwillig oder unfähig zur geforderten Einordnung in die „Volksgemeinschaft“ waren.¹⁷⁹ Offenbar blieb dieser Begriff auch nach 1945 ein selbstverständlicher Bestandteil des stereotypen Alltagsdenkens der Deutschen. Dass in der unmittelbaren Nachkriegszeit häufig auf nationalsozialistische Feindbilder zurückgegriffen wurde, ist durch die Studie von Stefan Mörchen¹⁸⁰ belegt und soll auch in dieser Untersuchung noch thematisiert werden.

Nach Ansicht der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Vereinigten Wirtschaftsgebietes waren die Ernährungsämter mithilfe der von ihnen für die Ausgabe der Lebensmittelkarten geführten Kartei am besten in der Lage zu gewährleisten, dass der Kopfbetrag für jede Person nur einmal ausgezahlt wird.¹⁸¹ Dennoch ließ es sich nicht vermeiden, dass einzelne Bürger das Kopfgeld doppelt empfangen. Die Beschuldigten versuchten sich häufig mit dem Vorwand zu rechtfertigen, die Durchführungsverordnungen zur Währungsreform nicht im Einzelnen gekannt zu haben.¹⁸² Doch waren häufig auch schlichtweg Missverständnisse, zum Beispiel Namens- oder Kontoverwechslung, für die Doppelauszahlung verantwortlich und keine betrügerischen Absichten. Dass die Auszahlung des Kopfgeldes für die Bevölkerung im Großen und Ganzen erfolgreich ablief, belegt ein Brief des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten an die Oberbürgermeister, Landräte und Ernährungsämter, in dem allen Beteiligten Dank und Anerkennung für die reibungslose und zufriedenstellende Durchführung ausgesprochen wurde.¹⁸³ Von den meisten Zeitgenossen wurde die Währungsreform überwiegend positiv beurteilt: Die Schaufenster waren plötzlich wieder voll, gehortete Waren wurden endlich verkauft, die Produktion angeregt und die Nahrungsmittelversorgung verbessert. Tatsächlich stieg das Versorgungsniveau in der Bizone dank Währungsreform, ERP-Hilfsmaßnahmen und einer unerwartet guten einheimischen Ernte fast sprunghaft an: Konnten im Juni 1948 noch 1535 Tageskalorien ausgegeben werden, waren es im

¹⁷⁹ Vgl. dazu: Wolfgang Ayaß: „Asoziale“ im Nationalsozialismus. Stuttgart 1995.

¹⁸⁰ Stefan Mörchen: „Echte Kriminelle“ und „zeitbedingte Rechtsbrecher“. Schwarzer Markt und Konstruktionen des Kriminellen in der Nachkriegszeit. In: Werkstatt Geschichte 42 (2006), S. 57-76.

¹⁸¹ Brief der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Vereinigten Wirtschaftsgebietes v. 29.5.1948 an die Ernährungsministerien und Landesernährungsämter Abt. B des Vereinigten Wirtschaftsgebietes (StAM EÄ B 356)

¹⁸² Vgl. Währungsreform; Doppelempfang der zweiten Kopfgeldrate 1948-1949 (StAM EÄ B 354)

¹⁸³ Brief des Bayer. Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten v. 24.6.1948 an die Oberbürgermeister, Landräte und Ernährungsämter Abt. B und A (StAM EÄ B 356)

September immerhin 1845 und im Mai 1949 gar 2350.¹⁸⁴ Doch dürfen die positiven Entwicklungen nicht den Blick auf die negativen Begleitumstände der Währungsreform vernebeln. So war es kaum zu übersehen, dass die getroffene Maßnahme Ungerechtigkeiten und soziale Härten hervorbrachte. Diese bekamen vor allem sozial schwache Bevölkerungsteile zu spüren, da der Handel die erste Euphorie und Kaufwut der Verbraucher zu massiven Preiserhöhungen nutzte.¹⁸⁵ So wich die Freude über die vollen Schaufenster bei vielen Bevölkerungsteilen rasch der Ernüchterung, denn es fehlte schlichtweg das Geld, um die lange gehorteten Waren zu kaufen. Soziale Unterschiede, die in den vorherigen drei Jahren wegen der gemeinsamen Not der „Rationen-Gesellschaft“ in den Hintergrund gerückt waren, traten nun wieder hervor.¹⁸⁶ Opfer des neuen durch die Währungsreform geschaffenen sozialen Ernährungsgefälles waren vor allem die Arbeiterhaushalte, die durch die einsetzende Teuerung stark belastet wurden. Die für Paul Erker unmittelbar nach der Währungsreform zunächst verschärfte gesamtgesellschaftliche Konfliktlage habe sich in gegen die steigenden Lebensmittelpreise gerichteten Proteststreiks und Demonstrationen manifestiert.¹⁸⁷ Die Massenproteste fanden Anfang August 1948 vorwiegend in Süddeutschland mit Schwerpunkt in München statt.¹⁸⁸

Weitere Schlussfolgerungen über die Auswirkungen der Währungsreform lassen sich mithilfe der Akten des Polizeipräsidiums Oberbayern ziehen. Bereits wenige Tage nach Durchführung der Währungsreform wurde die Bewirtschaftung von Obst und Gemüse aufgehoben.¹⁸⁹ Genauso erging es Trockenfrüchten, Wild, Honig, Eiern und weiteren weniger bedeutenden Erzeugnissen der Land- und Ernährungswirtschaft.¹⁹⁰ Außerdem wurden die Landpolizeidienststellen Ende Juni 1948 angehalten, etwaige Schwarzmarktaktivitäten genauestens zu überwachen, da man nach der Währungsreform mit einem starken Anwachsen der Kriminalität rechnete.¹⁹¹

¹⁸⁴ Trittel: Hunger und Politik, S. 185f.

¹⁸⁵ Fuchs: Ernährungslage und Schwarzmarkt, S. 319; Schlange-Schöningen: Im Schatten des Hungers, S. 215.

¹⁸⁶ Protzner: Vom Hungerwinter bis zum Beginn der „Freßwelle“, S. 27; Trittel: Hunger und Politik, S. 192.

¹⁸⁷ Erker: Solidarität und Selbsthilfe, S. 101f.

¹⁸⁸ Trittel: Hunger und Politik, S. 192.

¹⁸⁹ Brief des Präsidiums der Landpolizei von Bayern v. 25.6.1948 an die Chefdienststelle Oberbayern, Niederbayern/Oberpfalz, Oberfranken/Mittelfranken, Unterfranken, Schwaben (StAM PPO 607)

¹⁹⁰ Schlange-Schöningen: Im Schatten des Hungers, S. 210.

¹⁹¹ Brief des Präsidiums der Landpolizei von Bayern v. 22.6.1948 an die Chefdienststelle der Landpolizei im Reg.-Bezirk Oberbayern, Niederbayern/Oberpfalz, Oberfranken/Mittelfranken, Unterfranken, Schwaben (StAM PPO 608)

Schließlich könne „die Neuordnung der Geldverhältnisse durch die Währungsreform“ nach Ansicht des bayerischen Innenministeriums „nur dann eine nachhaltige Gesundung des Wirtschaftslebens herbeiführen, wenn mit allen zu Gebote stehenden Mitteln ein Wiederaufleben des schwarzen Marktes verhindert wird.“¹⁹² Tatsächlich scheint der Schwarzmarkt unmittelbar nach der Währungsreform zunächst eingedämmt worden zu sein. Das belegen Erfahrungsberichte der Bezirksinspektionen Mühldorf a. Inn¹⁹³, Freising¹⁹⁴ und Traunstein. Letztere führte den Rückgang der Kriminalität auf „die Erhöhung der allgemeinen Lebenslage gegenüber dem Vorjahr und [...] die Folgen der Währungsreform“ zurück.¹⁹⁵ Insgesamt sind die Darstellungen in den Akten des Polizeipräsidiums Oberbayern zu Ernährungslage und Kriminalität, gerade im Monat Oktober, sehr widersprüchlich. Am 16. Oktober ist von einer „ernsten Versorgungslage“, die „eine öffentliche Bewirtschaftung von Nutz- und Zuchtvieh in vollem Umfang erforderlich“ mache, die Rede.¹⁹⁶ Eine Woche später zwang „die ernste Ernährungslage [...] zu einer verschärften Bekämpfung des Schwarzhandels und sonstiger Verstöße gegen die Bewirtschaftungsvorschriften im Ernährungssektor.“¹⁹⁷ Dem gegenüber steht der angeblich starke Rückgang bei der verbotenen Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte aus Bayern seit der Währungsreform, der unter anderem mit der „bessere[n] Versorgungslage“ erklärt wurde.¹⁹⁸

Weitere ausgewertete Akten¹⁹⁹ legen den Schluss nahe, dass sich der Schwarzmarkt zwar in den ersten zwei bis drei Monaten nach der Währungsreform verringert hatte, es aber ab September/Oktober 1948 wieder zu einer leicht anwachsenden Wiederbelebung des unerlaubten Handels mit bezugsbeschränkten Waren kam. Der Grund für das neuerliche Aufblühen des Schwarzhandels ist darin zu suchen, dass auch nach der Währungsreform Lebensmittel nicht in ausreichender Menge vorhanden waren. Infolge

¹⁹² Brief des Bayer. Staatsministeriums des Innern v. 23.7.1948 an die Regierungen, das Präsidium der Landpolizei Bayern, die Bayer. Landesgrenzpolizeidirektion (StAM PPO 608)

¹⁹³ Brief der Landpolizei Oberbayern Bez.-Inspektion Mühldorf v. 30.7.1948 an die Landpolizei Oberbayern Chefdienststelle Oberbayern (StAM PPO 611)

¹⁹⁴ Brief der Landpolizei Oberbayern Bez.-Inspektion Freising v. 13.10.1948 an die Landpolizei Bayern Chefdienststelle Oberbayern (StAM PPO 612)

¹⁹⁵ Brief der Landpolizei Oberbayern Bez.-Inspektion Traunstein v. 12.10.1948 an die Landpolizei Bayern Chefdienststelle Oberbayern (StAM PPO 612)

¹⁹⁶ Brief des Präsidiums der Landpolizei Bayern v. 16.10.1948 an alle Bezirksinspektionen der Landpolizei im Reg.-Bez. Oberbayern (StAM PPO 615)

¹⁹⁷ Brief des Präsidiums der Landpolizei Bayern Chefdienststelle Oberbayern v. 23.10.1948 die Chefdienststelle Niederbayern/Oberpfalz, Oberfranken/Mittelfranken, Unterfranken, Schwaben (StAM PPO 615)

¹⁹⁸ Brief der Landpolizei Bayern Chefdienststelle Oberbayern v. 28.10.1948 an das Präsidium der Landpolizei von Bayern (StAM PPO 615)

¹⁹⁹ Vgl. Bekämpfung des Schwarzmarktes 1947-1948 (StAM PPO 616)

der großen Not und des dringenden Bedarfes war der größte Teil der Bevölkerung gezwungen, sich für das Kopfgeld die unbedingt notwendigsten Gebrauchsgegenstände zu kaufen. Dadurch gelangten Geschäftsleute, die die Waren zuvor gehortet hatten, schnell wieder in den Besitz größerer Mengen D-Mark. So waren diese bald wieder in der Lage, zusätzliche Lebensmittel zu Überpreisen einzukaufen. Die weniger gut situierten Bevölkerungsschichten waren hingegen weiterhin auf die illegale Zusatzversorgung angewiesen. Insofern ist es zu kurzfristig gedacht, wenn Eckart Conze von einem Zusammenbrechen des Schwarzmarktes nach der Währungsreform schreibt.²⁰⁰ Mit den Auswirkungen der Einführung der neuen Währung auf den Schwarzhandel müsste man sich in Zukunft differenzierter auseinandersetzen.

In den Monaten nach der Währungsreform wurden die Bewirtschaftungsvorschriften langsam gelockert und einige Lebensmittel von der rationierten Verteilung befreit. Neben Obst, Gemüse und anderen minder wichtigen Erzeugnissen wurden ab Oktober 1948 als Folge der Rekordernte auch Kartoffeln nicht mehr bewirtschaftet.²⁰¹ Die offiziell zugeteilten Rationen entsprachen nun noch weniger als zuvor den Versorgungsrealitäten. Die wirkliche Versorgung wurde ab Sommer 1948 wieder mehr und mehr von der Kaufkraft bestimmt.²⁰² Dementsprechend war Hunger immer weniger durch den allgemeinen Mangel als vielmehr durch den hohen Preis der Lebensmittel bedingt. Im Herbst 1948 kam es zur sogenannten „Schlange-Krise“, die im Kern ein Konflikt zwischen den Verfechtern einer freien Wirtschaft und denjenigen Kräften, die für die Beibehaltung der Nahrungsmittelbewirtschaftung kämpften, war.²⁰³ Gerade im bürgerlichen Lager forderten viele die Übertragung der marktwirtschaftlichen Politik Ludwig Erhards auf den Agrarsektor. Hans Schlange-Schöningh, der Direktor der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Vereinigten Wirtschaftsgebiet, wollte hingegen die Bewirtschaftung bis zur Beendigung der Mangellage durchhalten, wofür er heftig kritisiert und vor allem von der CSU zum Rücktritt gedrängt wurde.²⁰⁴ Von den Militärregierungen und der Mehrheit des Länderrats gab es dagegen Unterstützung für Schlange-Schöninghs Sichtweise.²⁰⁵ Neben der Frage der Aufrechterhaltung der Zwangsbewirtschaftung der

²⁰⁰ Conze: Die Suche nach Sicherheit, S. 39.

²⁰¹ Trittel: Hunger und Politik, S. 192; Schlange-Schöningh: Im Schatten des Hungers, S. 234.

²⁰² Schlange-Schöningh: Im Schatten des Hungers, S. 207.

²⁰³ Trittel: Hunger und Politik, S. 196.

²⁰⁴ Schlange-Schöningh: Im Schatten des Hungers, S. 238f.; Trittel: Hunger und Politik, S. 199.

²⁰⁵ Schlange-Schöningh: Im Schatten des Hungers, S. 240; Trittel: Hunger und Politik, S. 199.

Hauptnahrungsmittel stand die Höhe der Agrarpreise im Mittelpunkt der Auseinandersetzung.²⁰⁶ Hier standen sich die Interessen der Verbraucher, eine ausreichende Versorgung zu erschwinglichen Preisen zu erhalten, und die Interessen der Landwirte, die durch den starken Preisauftrieb im industriellen Sektor schwer erwerbbaaren aber notwendigen landwirtschaftlichen Betriebsmittel durch eine Erhöhung der Agrarpreise zu finanzieren, gegenüber. Ihren Abschluss fand die „Schlange-Krise“ am 3. Dezember 1948 nach einer Rede Schlange-Schöningens vor dem Wirtschaftsrat. Entscheidend war, dass der CDU-Politiker neben weiten Teilen seiner eigenen Partei auch die Sozialdemokraten hinter sich hatte. Eindeutig gegen ihn war nur die CSU. Da aus Bayern keine besseren Vorschläge für die weitere Ernährungspolitik kamen, kein Kandidat für Schlange-Schöningens Nachfolgerschaft präsentiert wurde und wohl keiner bestreiten konnte, dass der Ernährungsdirektor das unter den gegebenen Umständen bestmögliche für den Verbraucher herausholte, blieb Schlange-Schöningens im Amt. Doch wurden auf Dauer die überzeugenden Argumente für die Beibehaltung des aufwändigen und teuren Rationierungssystems immer weniger.

2.5 Das Ende der Zwangswirtschaft 1949/1950

Da sich die Ernährungslage um die Jahreswende 1948/49 stabilisiert hatte, konnte für die Normalverbraucher ein erträglicher Versorgungsstandard gewährleistet werden.²⁰⁷ Vorausgesetzt ihr Einkommen reichte zur Bezahlung der Lebensmittelrationen aus. Im Durchschnitt standen dem Normalverbraucher 2100-2200 Tageskalorien zur Verfügung. Auch wenn die eigene landwirtschaftliche Erzeugung 1948/49 im Vergleich zu den vorherigen Jahren erheblich gesteigert werden konnte, war Bayern immer noch in hohem Maße auf amerikanische Importe angewiesen. Mit einem Aufklärungstext auf der Rückseite der Lebensmittelkarten machte das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten die Verbraucher im Februar 1949 auf den Anteil der USA-Hilfe an den wichtigsten Nahrungsmitteln aufmerksam. Bei der monatlichen Brotration von 10.000 Gramm kamen 64% aus den USA, bei Fett (625 Gramm pro Monat) lag der Anteil bei 34% und zur monatlichen Zuckerration von 1500 Gramm steuerten die Amerikaner 44% bei. Zum einen wollte man mit dieser Maßnahme die Bedeutung der Amerikaner bei der Lösung der Hungerkrise hervorheben. Zum anderen

²⁰⁶ Trittel: Hunger und Politik, S. 204.

²⁰⁷ Schlange-Schöningens: Im Schatten des Hungers, S. 251.

ging es darum, die deutsche Bevölkerung zu eigener Anstrengung zu motivieren, denn: „Nur durch vermehrte Ausfuhr und gesteigerte Eigenerzeugung können wir unsere Ernährung verbessern!“²⁰⁸ Die innerhalb eines Jahres erzielten Fortschritte bei der Ernährungslage spiegeln sich auch in den Berichten der Bezirksinspektionen der oberbayerischen Landpolizei wider. So hatte die Hamsterer- und Schwarzhandelstätigkeit auf dem Land stark nachgelassen, da sich die Großstadtbevölkerung ihre Lebensmittel auch legal ohne Marken in Geschäften und Gasthäusern kaufen konnte.²⁰⁹

Im Frühsommer 1949 konnte in der Tat ein großer Teil der Lebensmittel frei und ohne Marken gekauft werden. Doch faktisch konnten die sozial Schwächeren, also vor allem die Erwerbsunfähigen, Flüchtlinge und Rentner, nicht an dem Konsum teilhaben, da sie die teuren Lebensmittel wegen der stark angestiegenen Lebenshaltungskosten bei gleichzeitig stagnierenden Löhnen nicht bezahlen konnten.²¹⁰ Das Bewirtschaftungssystem drohte zusammenzubrechen, doch war die Rationierung aus sozialpolitischen Gründen zunächst noch unentbehrlich. Immerhin konnte die Zwangsrationierung rund zehn Jahre lang die Gegensätze und das Ernährungsgefälle erträglich halten. Doch nach dem Ausscheiden Schlange-Schöningens als Direktor der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vollzog sich eine Wende in der Ernährungspolitik.²¹¹ Im September 1949 ging die Tätigkeit der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Vereinigten Wirtschaftsgebietes zusammen mit der bizonalen Ära zu Ende. Das neu gegründete Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten übernahm ihre Aufgaben und einen großen Teil der Angestellten.²¹² Da vor allem die den Bauernverbänden angehörenden Mitglieder der CDU nicht hinter Hans Schlange-Schöningens standen, lehnte er die Übernahme des ihm von Kanzler Adenauer angebotenen Ernährungsministeriums ab.²¹³ Erster bundesdeutscher Ernährungsminister wurde Schlanges bisheriger Stellvertreter Wilhelm Niklas. Das vor dem Hintergrund der ökonomischen Entwicklung nicht mehr zeitgemäße Bewirtschaftungssystem wurde von der Marktwirtschaft abgelöst. An die

²⁰⁸ Brief des Bayer. Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten v. 2.2.1949 an die Ernährungsämter Abt. B (StAM EÄ B 344)

²⁰⁹ Brief der Landpolizei Oberbayern Bez.-Inspektion Mühldorf v. 1.3.1949 an die Landpolizei Bayern Chefdienststelle Oberbayern (StAM PPO 611)

²¹⁰ Schlange-Schöningens: Im Schatten des Hungers, S. 257; Trittel: Hunger und Politik, S. 207f.

²¹¹ Trittel: Hunger und Politik, S. 209.

²¹² Schlange-Schöningens: Im Schatten des Hungers, S. 287.

²¹³ Ebd., S. 290.

Stelle der Zwangswirtschaft mit ihrer Lebensmittelrationierung und der Ablieferungspflicht für die Erzeuger traten neue, am Ziel der Produktionssteigerung orientierte, Marktordnungen.²¹⁴ Ab dem 1. Januar 1950 konnten Brot und Nahrungsmittel wieder frei eingekauft werden.²¹⁵ Die letzten Lebensmittelmarken wurden im Februar 1950 ausgegeben, ab März 1950 wurde nur noch Zucker bewirtschaftet.²¹⁶ Am 30. April 1950 endete in der Bundesrepublik Deutschland nach elf Jahren endgültig das Rationierungssystem. Die Ernährungsämter waren obsolet geworden und wurden aufgelöst.²¹⁷ Auf die Hungerjahre folgte die sogenannte „Fresswelle“, in der die ausgemergelten Menschen scheinbar all das nachholen wollten, auf was sie während der Ernährungskrise verzichten mussten.²¹⁸ Die 1950er Jahre waren von einem Überfluss an Nahrungsmitteln geprägt.

3 Die Ernährungslage im Landkreis Wasserburg a. Inn

3.1 „Den Menschen auf dem Land geht es doch viel besser“ - Die Versorgung der Wasserburger Bevölkerung

Die Stadt und der Landkreis Wasserburg a. Inn blieben von unmittelbaren Kriegseinwirkungen weitgehend verschont.²¹⁹ Neben Garmisch-Partenkirchen war Wasserburg der einzige Landkreis im Regierungsbezirk Oberbayern, in dem laut Nachweis des Bayerischen Statistischen Landesamtes keine Wohnung zerstört wurde.²²⁰ Der Mangel an Versorgungsgütern, das Flüchtlingselend und die weiteren sozialökonomischen Kriegsfolgen betrafen Wasserburg hingegen ebenso wie die anderen deutschen Gebiete. Daher mussten sich nach Martin Geiger die Behörden der Stadt Wasserburg und des Landes Bayern weitgehend auf die Verwaltung des Mangels beschränken.²²¹ Die Bevölkerungszahl im Landkreis erhöhte sich kontinuierlich von

²¹⁴ Trittel: Hunger und Politik, S. 209.

²¹⁵ Gries: Die Rationen-Gesellschaft, S. 332.

²¹⁶ Trittel: Hunger und Politik, S. 209.

²¹⁷ Protzner: Vom Hungerwinter bis zum Beginn der „Fresswelle“, S. 28.

²¹⁸ Ebd., S. 30; Vgl. zur „Fresswelle“ außerdem: Michael Wildt: Abschied von der ‚Fresswelle‘ oder: die Pluralisierung des Geschmacks. Essen in der Bundesrepublik Deutschland der fünfziger Jahre. In: Alois Wierlacher (Hrsg.): Kulturthema Essen: Ansichten und Problemfelder. Berlin 1993, S. 211-225.

²¹⁹ Annual Historical Report Landkreis Wasserburg a. Inn 1945-1946, 30.6.1946 (IfZ RG 260, 10/78-2/5); Martin Geiger: Wasserburg a. Inn. Ein geschichtlicher Abriß. In: Heimat am Inn: Beiträge zur Geschichte, Kunst und Kultur des Wasserburger Landes 1 (1980), S. 48; Josef Kirmayer: Wasserburg a. Inn. In: Erich Keyser/Heinz Stob (Hrsg.): Bayerisches Städtebuch. Teil 2. Stuttgart u.a. 1974, S. 718-722, hier: S. 719.

²²⁰ Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Statistisches Handbuch für Bayern. München 1946, S. 149.

²²¹ Geiger: Wasserburg a. Inn, S. 49.

39.000 vor dem Krieg²²² über 51.000 im Dezember 1945²²³ auf mehr als 54.000 im Oktober 1946²²⁴. Im September 1947 wurden gar 59.415 Menschen gezählt.²²⁵ Trotz ausbleibender Kriegszerstörungen machte die allgemeine Wohnungsnot auch vor der Kreisstadt Wasserburg, dem wirtschaftlichen und administrativen Zentrum der Region, nicht halt. Durch Evakuierte, Flüchtlinge und Vertriebene war die Bevölkerung bei gleichem Gebäudebestand von etwa 4000 auf annähernd 7000 angewachsen.²²⁶ In dem ländlich geprägten Landkreis dominierte nach wie vor der primäre Sektor das Wirtschaftsleben.²²⁷ Dieses war, wie die Monatsberichte der Betriebe an das Wirtschaftsamt Wasserburg a. Inn belegen, in der unmittelbaren Nachkriegszeit stark eingeschränkt.²²⁸ Ursachen für die prekäre Wirtschaftslage waren nach übereinstimmenden Berichten der landwirtschaftlichen und industriellen Betriebe sinkende Arbeitslust infolge der Ernährungsschwierigkeiten und Arbeitskräftemangel, sowie fehlende Rohstoffe, Kunstdünger, landwirtschaftliche Geräte und Maschinen, Maschinenersatzteile, Arbeitskleidung, Arbeitsschuhe, Fahrräder, Bereifung und Schreibmaschinen. Gerade die landwirtschaftlichen Betriebe hatten zudem unter der hohen Kriminalität der Nachkriegszeit zu leiden, die sich im Landkreis Wasserburg a. Inn in Diebstählen, Einbrüchen, Raubüberfällen und Mordtaten manifestierte.²²⁹

Im Folgenden soll untersucht werden, ob die, im Titel dieses Unterkapitels aufgegriffene, weit verbreitete Sichtweise, dass es den Menschen auf dem Land ernährungsmäßig viel besser ging als der Bevölkerung in den großstädtischen Ballungszentren²³⁰, für den Landkreis Wasserburg a. Inn zutrifft. Einen ersten Überblick ermöglichen die Berichte über die Ernährungslage, die der Leiter des Ernährungsamtes Abt. B ab Januar 1946 monatlich an den Landrat des Kreises Wasserburg a. Inn schickte.²³¹ So wird der Landrat im ersten Monatsbericht darüber informiert, dass die von der amerikanischen Militärregierung festgesetzten Rationssätze

²²² Balcar: Politik auf dem Land, S. 134.

²²³ Bayerisches Statistisches Landesamt: Statistisches Handbuch für Bayern, S. 144.

²²⁴ Bayerisches Statistisches Landesamt: Statistisches Jahrbuch für Bayern, S. 370.

²²⁵ Ebd., S. 372.

²²⁶ Geiger: Wasserburg a. Inn, S. 48.

²²⁷ Balcar: Politik auf dem Land, S. 134.

²²⁸ Vgl. Monatsberichte des Wirtschaftsamtes an das Regierungswirtschaftsamt München 1945-1946 (StAM Wirtschaftsämter (im Folgenden: WirtÄ) 154)

²²⁹ Auszug aus den Monatsberichten der Landwirtschaftsstellen für September 1945, undatiert (StAM PPO 851)

²³⁰ Trittel: Hunger und Politik, S. 284; Conze: Die Suche nach Sicherheit, S. 26.

²³¹ Vgl. Allgemeiner Schriftwechsel des EA B mit dem Landrat (Berichte über die Ernährungslage) und sonstigen Dienststellen 1945-1950 (StAM EÄ B 365)

für alle Verbrauchergruppen mit Ausnahme von Marmelade ausgegeben werden konnten.²³² Abgesehen vom Zucker scheint es in den ersten vier Monaten des Jahres 1946 im Kreis Wasserburg a. Inn keine Nahrungsmittellengpässe gegeben zu haben. Im Mai 1946 ist einem Bericht über die Erfassung landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu entnehmen, dass die Getreideablieferung in diesem Jahr infolge einer unterdurchschnittlichen Ernte und der Kriegsereignisse um etwa 22% zurücklag.²³³ So kam es, dass die festgelegten Rationssätze für Weißbrot im Mai 1946 nicht verteilt werden konnten.²³⁴ In den nächsten Monaten war zwar von einem Mangel an Weißbrot keine Rede mehr, dafür wird das Fehlen von Nahrungsmitteln, Trockenei, Trockenmilch und Marmelade beklagt.

Insgesamt entsteht der Eindruck, dass die Ernährungslage im Landkreis Wasserburg im Jahr 1946 deutlich entspannter war als beispielsweise in München. Dafür spricht auch die Aussage des Ernährungsamtes im Oktober 1946, dass ein regelrechter schwarzer Markt im Landkreis Wasserburg a. Inn noch nicht festgestellt werden konnte.²³⁵ Offenbar waren die meisten Menschen auf eine illegale Zusatzversorgung (noch) nicht angewiesen. Ein Grund dafür ist sicherlich der hohe Anteil an Selbstversorgern im agrarisch geprägten Landkreis Wasserburg a. Inn. Von 54.000 im Landkreis lebenden Personen waren im August 1946 23.000 als Selbstversorger eingestuft.²³⁶ Diese Quote an Selbstversorgern (43%) übertrifft den zuvor in dieser Arbeit genannten Anteil an der gesamtdeutschen (14%) und auch an der bayerischen (25%) Bevölkerung deutlich. Da die Gesamtbevölkerung im Landkreis durch den anhaltenden Zustrom von Vertriebenen und Flüchtlingen im Jahr 1947 weiter anstieg und die Anzahl der Selbstversorger gleich blieb, sank deren Anteil zwar leicht auf ca. 39%, lag damit aber immer noch deutlich über dem gesamtdeutschen Durchschnitt.²³⁷ Bei der Korrespondenz des Ernährungsamtes Abt. B mit der Bevölkerung²³⁸, in der die Sorgen und Ängste der einfachen Bürger sichtbar werden, ist ein eindeutiger Schwerpunkt auf den Jahren 1947

²³² Brief des Ernährungsamtes Abt. B Wasserburg/Inn v. 24.1.1946 an den Landrat Wasserburg/Inn (StAM EÄ B 365)

²³³ Bericht über die Erfassung landwirtschaftlicher Erzeugnisse v. 17.5.1946 (StAM EÄ B 365)

²³⁴ Brief des Ernährungsamtes Abt. B Wasserburg/Inn v. 25.5.1946 an den Landrat Wasserburg/Inn (StAM EÄ B 365)

²³⁵ Brief des Ernährungsamtes Abt. B Wasserburg/Inn v. 3.10.1946 an den Landrat Wasserburg/Inn (StAM EÄ B 365)

²³⁶ Brief des Landrats Wasserburg/Inn v. 19.8.1946 an den Regierungspräsidenten in München (StAM EÄ B 365)

²³⁷ Bayerisches Statistisches Landesamt: Statistisches Jahrbuch für Bayern, S. 372.

²³⁸ Vgl. Zuteilung von Lebensmittelkarten an Kranke, Flüchtlingslager usw.; Ordnungsstrafen wegen Schwarzschlachtungen u.a. (alphabetisch nach Namen) 1945-1949 (StAM EÄ B 343)

und 1948 zu erkennen. Die geringe Anzahl der Briefe aus dem Jahr 1946 spricht ebenfalls dafür, dass man - soweit aus den für diese Arbeit untersuchten Akten ersichtlich - im Jahr 1946 im Landkreis Wasserburg a. Inn nicht von einer flächendeckenden Hungerkrise sprechen kann. Wenn etwas über mehrere Monate im Landkreis fehlte, dann vor allem minder wichtige Erzeugnisse wie Marmelade, Gemüse oder Fruchtsäfte.²³⁹ Auch die Monatsberichte des Wasserburger Wirtschaftsamtes, mit denen die amerikanische Militärregierung über die wirtschaftliche Entwicklung im Landkreis informiert wurde, deuten darauf hin, dass die von Amerikanern und Briten versprochene tägliche Kalorienzufuhr von 1550 Kalorien - zumindest im Jahr 1946 - tatsächlich ausgegeben wurde.²⁴⁰ Nichtsdestotrotz gab es natürlich auch im Landkreis Wasserburg a. Inn Bevölkerungsschichten, die von der noch ausreichenden Versorgungslage nicht profitieren konnten. Das bereits angesprochene Problem der wandernden Jugendlichen findet sich auch hier wieder. Aus einem Brief des Wasserburger Landrats erfahren wir, dass die Wanderungen unterbunden, die Aushändigung von Lebensmittelkarten gestoppt und die Jugendlichen vorläufig in Anstalten eingewiesen werden sollten.²⁴¹

Wie auch schon im Vorjahr waren die ersten drei Monate des Jahres 1947 im Landkreis Wasserburg a. Inn von einem Mangel an Zucker und Marmelade geprägt. Die von Rainer Gries für München festgestellte „Kartoffeltragödie“ Ende 1946/Anfang 1947²⁴² lässt sich für den Zuständigkeitsbereich des Ernährungsamtes Abt. B Wasserburg hingegen nicht nachweisen. Auf heftigen Widerstand stieß im Februar 1947 die Forderung des Bayerischen Ernährungsministeriums, aus Wasserburg ein Nachtragskontingent an Brotgetreide und Hafer zu liefern. Die Stadt sollte ihren Beitrag dazu leisten, „die hungernden Massen in den Großstädten einigermaßen zu sättigen“ und „die Not zu lindern.“²⁴³ Im April 1947, der 100. Zuteilungsperiode, verschärfte sich die Situation auch im Landkreis Wasserburg a. Inn. Neben Zucker konnten die Rationssätze für Brot und Nahrungsmittel nicht voll ausgegeben werden.²⁴⁴

²³⁹ Brief des Ernährungsamtes Abt. B Wasserburg/Inn v. 21.12.1946 an den Landrat Wasserburg/Inn (StAM EÄ B 365)

²⁴⁰ Vgl. Monatsberichte in englischer Sprache 1946 (StAM WirtÄ 157)

²⁴¹ Brief des Landrats Wasserburg/Inn v. 29.7.1946 an das Ernährungsamt Abt. B Wasserburg/Inn (StAM EÄ B 365)

²⁴² Gries: Die Rationen-Gesellschaft, S. 152.

²⁴³ Brief des Ernährungsamtes Abt. A Mühldorf/Inn v. 7.2.1947 an den Gemeinderat der Gemeinde Wasserburg (Stadtarchiv Wasserburg (im Folgenden: StadtAWS) II362)

²⁴⁴ Brief des Ernährungsamtes Abt. B Wasserburg/Inn v. 23.4.1947 an den Landrat Wasserburg/Inn (StAM EÄ B 365)

Erwachsene Normalverbraucher erhielten von der festgelegten Brotration nur etwas mehr als die Hälfte, bei den Nahrungsmitteln wurde nicht einmal die Hälfte ausgegeben. An die Normalverbraucher wurden in der 100. Zuteilungsperiode sechs Kilogramm Brot verteilt.²⁴⁵ Damit standen pro Tag gerade einmal 200 Gramm Brot zur Verfügung. Es ist folglich davon auszugehen, dass die „Jubiläumsperiode“ auch im Landkreis Wasserburg a. Inn - zumindest für die Normalverbraucher - zu einem „Denkmal des Hungers“²⁴⁶ wurde. Gerade in diesem Monat wurden bei einer Tanzveranstaltung des TSV Haag Lebensmittel und Gebrauchsartikel verlost und versteigert. Der Bürgermeister des Marktes Haag in Oberbayern echauffierte sich darüber beim zuständigen Wasserburger Ernährungsamt, schließlich würde gleichzeitig die notleidende Bevölkerung Schlange am Wirtschaftsamt stehen. Daher forderte der Haager Bürgermeister: „Gerade in der gegenwärtigen ersten Notzeit müssen solche Vorkommnisse ausgeschaltet und beseitigt werden, denn die Zahl der Notleidenden ist groß.“²⁴⁷

Im Mai 1947 spitzte sich die Lage weiter zu, wie dem Bericht über die Ernährungslage des Ernährungsamtes Abt. B zu entnehmen ist.²⁴⁸ In der 101. Zuteilungsperiode wurden an erwachsene Normalverbraucher nur noch fünf Kilogramm Brot, also 167 Gramm pro Tag, verteilt. Hinzu kam, dass es in diesem Monat nach wie vor an Nahrungsmitteln und Zucker sowie zusätzlich an Fett mangelte. Neben Weißbrot und Nahrungsmitteln konnten in der nächsten Zuteilungsperiode auch die festgesetzten Rationssätze für Kartoffeln nicht ausgegeben werden.²⁴⁹ Dies war insofern höchst problematisch, als Brot und Kartoffeln die beiden hauptsächlichen Kalorienträger waren.²⁵⁰ Zumindest konnte die Getreide- und Brotkrise in Wasserburg wie in ganz Bayern in der zweiten Jahreshälfte dank hoher amerikanischer Lebensmittelimporte überwunden werden. Allerdings bestand ein großer Teil des verteilten Brotes aus dem in Deutschland unbekanntem und schlecht zubereitetem Maisbrot, was die Bevölkerung laut Günter Trittel zusätzlich demoralisierte.²⁵¹ Die Kartoffeltragödie indes nahm im Landkreis Wasserburg a. Inn kein Ende. Anfang Juni 1947 sah das Ernährungsamt Abt. A die Gefahr, dass sich „die

²⁴⁵ Brief des Ernährungsamtes Abt. B Wasserburg/Inn v. 23.4.1947 an den Landrat Wasserburg/Inn (StAM EÄ B 365)

²⁴⁶ Gries: Die Rationen-Gesellschaft, S. 196.

²⁴⁷ Brief des Bürgermeisteramtes Markt Haag i. Obb. v. 30.4.1947 an das Ernährungsamt Abt. B Wasserburg/Inn (StAM EÄ B 365)

²⁴⁸ Brief des Ernährungsamtes Abt. B Wasserburg/Inn v. 21.5.1947 an den Landrat Wasserburg/Inn (StAM EÄ B 365)

²⁴⁹ Brief des Ernährungsamtes Abt. B Wasserburg/Inn v. 20.6.1947 an den Landrat Wasserburg/Inn (StAM EÄ B 365)

²⁵⁰ Gries: Die Rationen-Gesellschaft, S. 324.

²⁵¹ Trittel: Hunger und Politik, S. 96.

Kartoffelversorgung [...] zu einer Katastrophe zu entwickeln“ drohte und forderte die sofortige restlose Erfassung aller Kartoffelbestände.²⁵² Im Juli beschwerte sich das Ernährungsamt Abt. B darüber, dass die Kartoffelablieferung „im Landkreis Wasserburg/I äusserst gering“ sei. Daher wäre „eine Kartoffelzuweisung aus Überschussgebieten [...] dringend erforderlich.“²⁵³

Die Ablieferung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen an das Ernährungsamt Abt. A war genau geregelt.²⁵⁴ Es gab festgelegte Ablieferungskontingente, die die Gemeinden bzw. Landkreise abführen mussten. Die Bürgermeister bzw. Landräte hatten die Aufgabe, die Kontingente auf die Erzeugerbetriebe entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit umzulegen. Die Lage im Sommer 1947 verschärfte sich zusätzlich dadurch, dass neben der Getreide- und Kartoffelablieferung auch die Viehablieferung „katastrophal“ war.²⁵⁵ Die Schuld für die Nichteinhaltung des Schlachtviehkontingents wurde von den Ernährungsämtern auf die Bürgermeister und Gemeinderäte und von diesen wiederum auf die Erzeuger abgeschoben. Sogenannte Hofbegehungskommissionen sollten überprüfen, ob die Betriebe ihrer Ablieferungspflicht nachkamen. Nicht selten fanden die Kontrolleure bei den Durchsuchungen versteckt gehaltenes Getreide oder andere Erzeugnisse vor, die dann auch beschlagnahmt wurden.²⁵⁶ Noch im März 1948 drängte der Wasserburger Landrat darauf, bei der Schlachtviehablieferung Fortschritte zu erzielen, denn mit der Ernährung der Bevölkerung könne nicht gewartet werden.²⁵⁷ Eine Auflistung von Ordnungsstrafen wegen Schwarzschlachtungen und anderen Straftaten auf dem Gebiet der Ernährungswirtschaft zeigt einen sprunghaften Anstieg der Delikte im Jahr 1947. 1945 und 1946 wurden so gut wie gar keine Strafen verhängt. 1948 sank die Zahl der Straftaten nur leicht ab, ehe es dann 1949 kaum noch Vorfälle gab.²⁵⁸ Nach den bisherigen Erkenntnissen scheint sich in dieser Statistik die Ernährungslage im

²⁵² Brief des Ernährungsamtes Abt. A Mühldorf/Inn v. 3.6.1947 an sämtliche Gemeinderäte der Landkreise Altötting - Mühldorf - Wasserburg (StAM EÄ B 365)

²⁵³ Brief des Ernährungsamtes Abt. B Wasserburg/Inn v. 21.7.1947 an den Landrat Wasserburg/Inn (StAM EÄ B 365)

²⁵⁴ Vgl. Ablieferung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen an das Ernährungsamt A 1945-1947 (StadtAWS II347)

²⁵⁵ Brief des Ernährungsamtes Abt. A Mühldorf/Inn v. 28.4.1947 an die Gemeinderäte der Gemeinden der Landkreise Altötting, Mühldorf und Wasserburg (StadtAWS II347)

²⁵⁶ Brief des Ernährungsamtes Abt. B Wasserburg/Inn v. 16.6.1947 an das Ernährungsamt Abt. A Mühldorf/Inn (StAM EÄ B 365)

²⁵⁷ Brief des Landratsamtes Wasserburg/Inn v. 23.3.1948 an den Bürgermeister von Wasserburg (StadtAWS II362)

²⁵⁸ Vgl. Ordnungsstrafen wegen Schwarzschlachtungen u.a. 1945-1949 (StAM EÄ B 347)

Landkreis Wasserburg a. Inn zu spiegeln. Im August 1947 konnten im Landkreis Wasserburg a. Inn neben Kochmehl auch die Rationssätze für Kartoffeln weiterhin nicht voll verteilt werden.²⁵⁹ Gerade „die Tatsache, dass Lebensmittel aufgerufen und somit kalorisch angerechnet werden, die dann aber wegen ungenügender Anlieferung nicht an alle Bezugsberechtigten abgegeben werden können“ führte nach Ansicht des Ernährungsamtes Abt. B zu Missstimmungen in Normalverbraucherkreisen. Ohnehin würden „die in den vergangenen Perioden vom Ernährungs- und Landwirtschaftsrat festgesetzten und vom OMGUS genehmigten Rationssätze ein Minimum darstellen, das nicht geeignet ist, einen arbeitenden Menschen überhaupt lebensfähig zu erhalten“. Den Mangel an Kartoffeln führte das Ernährungsamt „zu einem Teil auf das schlechte Erntergebnis [zurück], zu einem anderen Teil auf die Tatsache [...], dass in den Landkreis Wasserburg aus Übergebieten keine Kartoffeln zugeführt werden.“²⁶⁰

Exemplarisch für viele andere besorgte und entkräftete Wasserburger Bürger steht der Kaufmann Karl Gottwald aus Rott am Inn, der sich im Juni 1947 mit der Bitte an das Ernährungsamt Abt. B wandte, ihm eine Bezugsquelle für Kartoffeln bekannt zu geben. Zwar besitze er Marken für 35 Kilogramm Kartoffeln, doch wüsste er nicht, wie er diese bekommen und seine sechsköpfige Familie ernähren könnte. Die Verzweiflung wird offensichtlich, wenn man die nächsten Zeilen liest: „Der Kartoffelvorrat bei uns dürfte nur noch für wenige Tage reichen und was dann? Dabei sind doch die andern Zuteilungen an Brot, Fett, Nährmittel udgl. so gering, dass man ein Hungerkünstler sein muss, um davon leben zu können.“²⁶¹ Die Antwort des Wasserburger Ernährungsamtes fiel für Karl Gottwald enttäuschend aus: Zwar habe man sich für ihn bemüht, doch musste man feststellen, dass bei Erfassungsbetrieben und Verteilern keine Kartoffeln mehr vorhanden waren. Die Lage auf dem Kartoffelmarkt im Landkreis Wasserburg a. Inn sei gegenwärtig katastrophal.²⁶² Die große Not im Sommer 1947 wird auch in einem Brief des Bezirksfürsorgeverbandes Wasserburg a. Inn deutlich. Darin befürchtete der Verband, dass die Mittel der öffentlichen Fürsorge nicht reichen könnten, um die immer größer werdende Gruppe der Fürsorgeempfänger zu unterstützen.²⁶³

²⁵⁹ Brief des Ernährungsamtes Abt. B Wasserburg/Inn v. 21.8.1947 an den Landrat Wasserburg/Inn (StAM EÄ B 365)

²⁶⁰ Ebd.

²⁶¹ Brief von Karl Gottwald v. 16.6.1947 an das Ernährungsamt Abt. B Wasserburg/Inn (StAM EÄ B 343)

²⁶² Brief des Ernährungsamtes Abt. B Wasserburg/Inn v. 2.7.1947 an Karl Gottwald (StAM EÄ B 343)

²⁶³ Brief des Bezirksfürsorgeverbandes v. 9.6.1947 an sämtliche Gemeindeverwaltungen des Landkreises Wasserburg/Inn (StadtAWS II376)

Dank einer frühzeitigen Kartoffelernte besserte sich die Ernährungslage im Landkreis im September 1947.²⁶⁴ Dass die Versorgungssituation aber weiterhin schwierig war, zeigt sich beispielsweise in der Weisung der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, in den Ländern der Bizone keine Lebensmittelzulagen bei Dienstreisen mehr zu gewähren.²⁶⁵ Die große Bestürzung und Unzufriedenheit über die Rationskürzungen bei wichtigen Lebensmitteln wie Brot, Fleisch und Fett, die sich im Januar 1948 in Bayern in einer großen Demonstrationswelle entlud, stellte das Wasserburger Ernährungsamt ebenso bei der einheimischen Bevölkerung fest.²⁶⁶ Auch das „Speisekammergesetz“ vom Januar 1948 fand bei den Bewohnern des Landkreises wenig Anklang und wurde vielfach als ein „Gesetz für Denunzianten“ bezeichnet.²⁶⁷ Noch im Februar 1948 war die Fleischnot so groß, dass über die Verwendung von Pferdefleisch für die menschliche Ernährung diskutiert wurde.²⁶⁸ In den folgenden Monaten besserte sich die Lage und die festgelegten Rationen konnten meist voll ausgegeben werden. Allerdings war das Getreide aus innergebietlicher Erzeugung bereits im Mai 1948 restlos aufgebraucht, weswegen man bei der Brotversorgung weiterhin stark auf amerikanische Getreideimporte angewiesen war.²⁶⁹ Im Juli kam es, wohl ausgelöst durch die Freigabe der vor der Währungsreform noch gehorteten Lebensmittel, gar zu Überangeboten bei Fleisch und Frühkartoffeln.²⁷⁰

Nach Martin Geiger besserten sich die wirtschaftlichen Verhältnisse nach der Währungsreform.²⁷¹ In den Viehablieferungsmeldungen des Landratsamtes ist von einer durch die Geldumstellung verursachten günstigen Ablieferung von Schlachtvieh die Rede.²⁷² Ein Indiz dafür, dass sich die Lage durch die Währungsumstellung gebessert hatte. Doch gab es, wie in Kapitel 2.4 ausgeführt, mit den sozial schwächeren Schichten

²⁶⁴ Brief des Ernährungsamtes Abt. B Wasserburg/Inn v. 22.9.1947 an den Landrat Wasserburg/Inn (StAM EÄ B 365)

²⁶⁵ Brief des Ernährungsamtes Abt. B Wasserburg/Inn v. 14.10.1947 an den Landrat Wasserburg/Inn (StAM EÄ B 365)

²⁶⁶ Brief des Ernährungsamtes Abt. B Wasserburg/Inn v. 21.1.1948 an den Landrat Wasserburg/Inn (StAM EÄ B 365)

²⁶⁷ Brief des Ernährungsamtes Abt. B Wasserburg/Inn v. 23.2.1948 an den Landrat Wasserburg/Inn (StAM EÄ B 365)

²⁶⁸ Brief der Firma Johannes Syländer v. 20.2.1948 an das Ernährungsamt Abt. A Mühldorf/Inn (StAM EÄ B 365)

²⁶⁹ Brief des Ernährungsamtes Abt. B Wasserburg/Inn v. 20.5.1948 an den Landrat Wasserburg/Inn (StAM EÄ B 365)

²⁷⁰ Brief des Ernährungsamtes Abt. B Wasserburg/Inn v. 19.7.1948 an den Landrat Wasserburg/Inn (StAM EÄ B 365)

²⁷¹ Geiger: Wasserburg a. Inn, S. 49.

²⁷² Brief des Landratsamtes Abt. Kreisstatistik v. 6.8.1948 an die Gemeindeverwaltung Wasserburg (StadtAWS II362)

zunächst auch Verlierer der Währungsumstellung. So finden sich in den Akten auch nach Juni 1948 noch zahlreiche Fälle von Hungerkriminalität. Häufig kam es zu Überfällen auf Lebensmittelkartenstellen. Die Aufbewahrung der Lebensmittelmarken hatte in Tresoren oder Stahlschränken der Ernährungsämter und Kartenstellen zu erfolgen.²⁷³ Die Kartenausgabestellen wurden regelmäßig im Hinblick auf die sichere Verwahrung der Lebensmittelkarten vom Kreisprüfer kontrolliert.²⁷⁴ In kleineren Orten wie der Gemeinde Bachmehring wurden die Lebensmittelkarten im Schlafzimmer des Bürgermeisters aufbewahrt, da in manchen Gemeinden die Möglichkeit einer Aufbewahrung in einem Stahlschrank oder bei einem Landpolizeiposten nicht gegeben war. Nichtsdestotrotz gelang es einem Dieb in Bachmehring, einige Lebensmittelkarten zu entwenden.²⁷⁵

In den Monatsberichten an den Landrat des Kreises Wasserburg a. Inn werden die Auswirkungen der Währungsreform auf die Ernährungslage nur insofern erwähnt, als nun zunehmend über die Lockerung der Bewirtschaftungsvorschriften diskutiert wurde. So sei die Aufhebung der Eierbewirtschaftung nach Ansicht der ärmeren Verbraucher und der Landwirtschaft zu früh erfolgt.²⁷⁶ Außerdem beschwerte sich das Wasserburger Ernährungsamt Abt. B über den „nicht wieder gutzumachenden Schaden“, der der ordnungsgemäßen Bewirtschaftung von Lebensmitteln durch die Propagierung eines schnellen Abbaus des „überflüssigen ‚Bewirtschaftungsapparates‘“ durch übergeordnete Verwaltungsbehörden, Presse und Rundfunk zugefügt wurde.²⁷⁷ Die Abneigung der Erzeugerschaft und des Handels gegen die notwendige Zwangsbewirtschaftung habe sich dadurch vervielfacht. Schenkt man den vom Ernährungsamt an den Landrat gerichteten Berichten über die Ernährungslage Glauben, so war die Hungerkrise im Landkreis Wasserburg a. Inn ab der zweiten Jahreshälfte 1948 endgültig überwunden. Bis auf wenige Ausnahmen konnten die festgelegten Rationssätze immer voll ausgegeben werden. Wenn es kurzfristigen Mangel gab, dann nur bei minder wichtigen Erzeugnissen wie Trockenfrüchten oder Rohrohrzucker. Ein eindeutiger Beleg für die

²⁷³ Brief des Bayer. Staatsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft Abt. B v. 19.11.1945 an sämtliche Ernährungsämter Abt. B (StAM EÄ B 344)

²⁷⁴ Vgl. Berichte über Prüfungen der Kartenstellen des Ernährungsamtes B Wasserburg 1945-1949 (StAM EÄ B 340-342)

²⁷⁵ Brief des Ernährungsamtes Abt. B Wasserburg/Inn v. 20.1.1949 an das Bayer. Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (StAM EÄ B 365)

²⁷⁶ Brief des Ernährungsamtes Abt. B Wasserburg/Inn v. 19.7.1948 an den Landrat Wasserburg/Inn (StAM EÄ B 365)

²⁷⁷ Brief des Ernährungsamtes Abt. B Wasserburg/Inn v. 21.10.1948 an den Landrat Wasserburg/Inn (StAM EÄ B 365)

signifikante Besserung der Ernährungssituation im Jahr 1949 ist der freiwillige Verzicht von etwa 40% der früheren Zulagekartenempfänger der Gruppe „Teilschwerarbeiter“ auf ihre Lebensmittelzulagen.²⁷⁸ Im November 1949 wandte sich das Wasserburger Ernährungsamt mit der Bitte an das ihm überstehende Bayerische Staatsministerium, Wohlfahrtsverbänden Lebensmittelberechtigungsscheine zur Abhaltung von Kinderbescherungen und Weihnachtsfeiern gewähren zu dürfen. „In Anbetracht der derzeitigen Verhältnisse auf dem Gebiete der Lebensmittelbewirtschaftung wäre es heuer, im Gegensatz zu den vergangenen Jahren, sehr angebracht, Berechtigungsscheine zum Bezug der [...] Lebensmittel [...] abzugeben.“²⁷⁹ Das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten war einverstanden.²⁸⁰ Die verbesserte Versorgungslage ermöglichte es ab 1949 auch wieder, Brennstoff- und Winterkartoffelbeihilfe für Fürsorgeempfänger zu gewähren.²⁸¹

So war es kurz vor Weihnachten 1949 nicht mehr die Ernährungslage, die dem Wasserburger Ernährungsamt Sorgen machte, sondern die absehbare Auflösung desselben. Der Mehrzahl der Angestellten werde nach Ansicht des Amtsleiters im kommenden Jahr „das traurige Los der Arbeitslosigkeit beschieden sein.“²⁸² Verärgert zeigte sich das Ernährungsamt im Januar 1950 auch über die Entscheidung, mit Ausnahme von Zucker alle Lebensmittel aus der Bewirtschaftung zu nehmen, gleichzeitig aber vom Verbraucher zu verlangen, beim Einkauf die entsprechenden Lebensmittelmarken abzugeben, die dann vom Händler aufbewahrt, aber nicht mit dem Ernährungsamt abgerechnet wurden. „Durch diese inkonsequente Massnahme wird der Eindruck bei der Bevölkerung verstärkt, dass die für die Lebensmittelbewirtschaftung Verantwortlichen jede - wenn auch noch so absurde - Gelegenheit wahrnehmen, ihre Existenzberechtigung, wenigstens sich selbst gegenüber, nachzuweisen. [...] Unter Berücksichtigung einer zehnjährigen Notwendigkeit hätte man ein geordnetes und

²⁷⁸ Brief des Ernährungsamtes Abt. B Wasserburg/Inn v. 19.7.1949 an das Bayer. Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (StAM EÄ B 365)

²⁷⁹ Brief des Ernährungsamtes Abt. B Wasserburg/Inn v. 17.11.1949 an das Bayer. Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (StAM EÄ B 365)

²⁸⁰ Brief des Bayer. Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten v. 29.11.1949 an das Ernährungsamt Abt. Wasserburg/Inn (StAM EÄ B 365)

²⁸¹ Brief des Bezirksfürsorgeverbands v. 25.10.1950 an sämtliche Gemeindeverwaltungen des Landkreises Wasserburg/Inn (StadtAWS II376)

²⁸² Brief des Ernährungsamtes Abt. B Wasserburg/Inn v. 22.12.1949 an den Landrat Wasserburg/Inn (StAM EÄ B 365)

vernünftiges, und kein lächerliches Ende der einst im Brennpunkt des öffentlichen Interesses stehenden Behörde erwarten dürfen.²⁸³

3.2 Die Perzeption der Ernährungslage bei der amerikanischen Militärregierung

Die in dieser Arbeit ausgewerteten ungedruckten Quellen konnten durch Gegenüberstellung mit der Sekundärliteratur die gängige Forschungsmeinung für den Landkreis Wasserburg a. Inn bestätigen: Die Versorgungslage auf dem Land war in der Nachkriegszeit besser als in der Stadt. Freilich hatten auch die Menschen im agrarisch geprägten Landkreis Wasserburg a. Inn viel zu leiden, gerade im Katastrophenjahr 1947. Doch gab es anders als in München, wo die Ernährungslage mehr als drei Jahre durchgehend prekär war, immer wieder Phasen, in denen zumindest die Versorgung mit den wichtigsten Lebensmitteln gesichert war. Nachdem die Hungerkrise bisher in erster Linie aus der Sicht der Ernährungsämter bzw. des ihnen überstehenden Staatsministeriums und der Bevölkerung nachgezeichnet wurde, soll nun ein weiterer Akteur in die Betrachtung einbezogen werden. Im folgenden Unterkapitel wird die Perzeption der Ernährungslage im Landkreis Wasserburg in der Überlieferung der amerikanischen Militärregierung²⁸⁴ genauer untersucht.

Der Monatsbericht der Wasserburger Militärregierung für November 1945 ist insofern aufschlussreich, als er einen Einblick in die Ernährungslage in der zweiten Jahreshälfte 1945, die durch die erst 1946 einsetzenden Berichte des Ernährungsamtes nicht abgedeckt ist, ermöglicht. Zwischen dem 25. Juni und dem 22. Juli wurden demnach im Landkreis Wasserburg a. Inn Hungerrationen von gerade einmal 654 Kalorien pro Tag ausgegeben. Dieser Wert steigerte sich im nächsten Monat auf immer noch völlig unzureichende 947 Tageskalorien. Erst im November 1945 kam man mit 1500 Kalorien pro Tag in die Nähe des Wertes, den die Amerikaner den Deutschen versprochen

²⁸³ Brief des Ernährungsamtes Abt. B Wasserburg/Inn v. 23.1.1950 an den Landrat Wasserburg/Inn (StAM EÄ B 365)

²⁸⁴ Zur US-Zone bzw. der amerikanischen Besatzungspolitik vgl.: Klaus-Dietmar Henke: Die amerikanische Besetzung Deutschlands. München 1995; Christoph Weisz (Hrsg.): OMGUS-Handbuch. Die amerikanische Militärregierung in Deutschland 1945-1949. München ²1995; Klaus-Dietmar Henke: Der freundliche Feind: Amerikaner und Deutsche 1944/45. In: Heinrich Oberreuter/Jürgen Weber (Hrsg.): Freundliche Feinde? Die Alliierten und die Demokratiegründung in Deutschland. München, Landsberg am Lech 1996, S. 41-50.

hatten.²⁸⁵ Im Dezember wird die Lage im Landkreis Wasserburg als zufriedenstellend dargestellt, da die versprochenen Rationen voll verteilt wurden und die landwirtschaftlichen Erträge den Erwartungen entsprachen.²⁸⁶ Als Folge der Mangelernährung im letzten Kriegsjahr und der unmittelbaren Nachkriegszeit stellte die Militärregierung in ihrem Jahresbericht 1945/46 einen deutlichen Gewichtsverlust und einen generell schlechten Gesundheitszustand bei der Wasserburger Bevölkerung fest.²⁸⁷ In der US-Zone lag das durchschnittliche Gewicht eines männlichen Erwachsenen Mitte 1946 bei etwa 51 kg.²⁸⁸ Immerhin konnte die Bevölkerung in dem agrarisch geprägten Landkreis Wasserburg a. Inn von einer guten Gemüseversorgung profitieren, die sie zusätzlich zu den Rationen erhielt. Die festgesetzten Lebensmittelkontingente seien - und damit werden die Berichte des Ernährungsamtes Abt. B bestätigt - seit der Besetzung praktisch ununterbrochen ausgegeben worden. Ferner könne ein Mangel an Brot, wie er in anderen Bezirken beobachtet wurde, in Wasserburg nicht festgestellt werden. Doch waren die ausgegebenen Rationen nach Ansicht der Wasserburger Militärregierung „notoriously inadequate.“²⁸⁹ Auch im Bezug auf die kriegsbedingten Einbrüche bei der landwirtschaftlichen Produktion und die schwierige wirtschaftliche Lage, die sich unter anderem in einer geringen Arbeitsmoral manifestierte, finden sich in den Unterlagen der amerikanischen Militärregierung zahlreiche Parallelen zu den Akten der deutschen Behörden.

Im März und April 1946 wurden die Rationen zwar weiterhin voll ausgegeben, doch bereitete der Mangel an vitaminreicher Nahrung wie Früchten den Amerikanern Sorgen.²⁹⁰ Die Situation entspannte sich zunächst im Juli mit der neuen Ernte, die dem Landkreis das ersehnte Obst und Gemüse brachte. Dennoch waren die nach Ansicht der Verbraucher zu geringen Rationen weiterhin ein dominierendes Gesprächsthema, wobei es die Bevölkerung laut der Wasserburger Militärregierung nicht interessierte, dass die Rationen in der gesamten US-Zone gleichermaßen dürftig waren.²⁹¹ Besonders erzürnt waren die Wasserburger, wenn sie sich gegenüber den Stadtbewohnern benachteiligt

²⁸⁵ Monthly Historical Report Landkreis Wasserburg a. Inn November 1945, undatiert (IfZ RG 260, 10/78-2/5)

²⁸⁶ Monthly Historical Report Landkreis Wasserburg a. Inn December 1945, undatiert (IfZ RG 260, 10/78-3/1)

²⁸⁷ Annual Historical Report Landkreis Wasserburg a. Inn 1945-1946, 30.6.1946 (IfZ RG 260, 10/78-2/5)

²⁸⁸ Steininger: Deutsche Geschichte, S. 67.

²⁸⁹ Annual Historical Report Landkreis Wasserburg a. Inn 1945-1946, 30.6.1946 (IfZ RG 260, 10/78-2/5)

²⁹⁰ Monthly Historical Report Landkreis Wasserburg a. Inn March 1946, undatiert (IfZ RG 260, 10/78-3/1); Monthly Historical Report Landkreis Wasserburg a. Inn April 1946, undatiert (IfZ RG 260, 10/78-3/1)

²⁹¹ Monthly Historical Report Landkreis Wasserburg a. Inn July 1946, undatiert (IfZ RG 260, 10/78-3/1)

fühlten. So wurden beispielsweise zusätzliche Zuckerrationen in den Städten mit mehr als 20.000 Einwohnern verteilt, wohingegen die Kleinstädte außen vor blieben.²⁹² Im Vierteljahresbericht zum vierten Quartal 1946 notierte die Wasserburger Militärregierung, dass die festgelegten Rationen mit Ausnahme von Marmelade, Gemüsekonserven und Fruchtsaft voll ausgegeben werden konnten und dass der Normalverbraucher die versprochenen 1550 Tageskalorien erhielt.²⁹³ Dennoch sei die öffentliche Meinung sehr stark von der Sorge um die Ernährung geprägt gewesen, wofür der amerikanische Berichterstatter wenig Verständnis aufbrachte: „It is the opinion of the writer that they have little cause for complaint on the food count; most of them are farmers and raise enough over and above the amounts they are required to deliver so that they do not go hungry.“²⁹⁴ Diese Sichtweise wird auch im Monatsbericht vom November 1946 vertreten, in dem ferner von einer durch das günstige Wetter bedingten ertragreichen Kartoffel- und Rübenernte die Rede ist.

Nichtsdestotrotz sei der Alltag der Bevölkerung vor allem von der Sorge um die landwirtschaftliche Produktion bestimmt, wohingegen Politik den Menschen völlig gleichgültig zu sein schien: „Wasserburgers continue to be farmers, bowed down by the customary preoccupation with agricultural problems to the practical exclusion of all other matters. A recent issue of the ‚Sueddeutsche Zeitung‘ succinctly expressed the views of the Kreis population in general: ‘The way to get a hundred weight of potatoes is more important than the way to the polls and the supplying of heating material is deemed more necessary than the whole Constitution.’“²⁹⁵ Doch konnten eben nicht alle Wasserburger der Gruppe der Landwirte und ihrer Angehörigen zugerechnet werden. Vor allem die Kinder der Normalverbraucher hatten, wie der Schreiber einige Zeilen später selbst einräumte, unter der Unterernährung zu leiden. Immerhin konnte dem Mangel durch die auch im Landkreis Wasserburg a. Inn durchgeführten Schulspeisungen entgegengewirkt werden.²⁹⁶

²⁹² Monthly Historical Report Landkreis Wasserburg a. Inn August 1946, undatiert (IfZ RG 260, 10/78-3/1); Monthly Historical Report Landkreis Wasserburg a. Inn September 1946, undatiert (IfZ RG 260, 10/78-3/1)

²⁹³ Quarterly Historical Report Landkreis Wasserburg a. Inn 1.10.1946 - 31.12.1946, undatiert (IfZ RG 260, 10/78-2/5)

²⁹⁴ Ebd.

²⁹⁵ Monthly Historical Report Landkreis Wasserburg a. Inn November 1946, undatiert (IfZ RG 260, 10/78-3/1)

²⁹⁶ Quarterly Historical Report Landkreis Wasserburg a. Inn 1.10.1946 - 31.12.1946, undatiert (IfZ RG 260, 10/78-2/5); Vgl. Kinderspeisung 1947 (StadtAWS II2677)

Da der Schwerpunkt der im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte befindlichen OMGUS-Akten der Wasserburger Militärregierung auf den Jahren 1945 und 1946 liegt und die Zeit danach und insbesondere die Ernährungslage nur rudimentär behandelt werden, lassen sich so gut wie gar keine Aussagen über die amerikanische Perzeption des Katastrophenjahres 1947 oder die Auswirkungen der Währungsreform 1948 im Kreis Wasserburg treffen. So erfährt man im Bericht zum ersten Quartal 1947 lediglich, dass der Jahrhundertwinter 1946/47 und die Rationskürzungen zu einem Anstieg der Kleinkriminalität geführt hatten.²⁹⁷ Letztlich kann man die Ernährungslage im Landkreis Wasserburg a. Inn 1945-1950 nach Auswertung der Akten der Ernährungsämter und der Militärregierung mit dem amerikanischen Berichtersteller so zusammenfassen: „As compared with the deplorable conditions in other areas it may be said that Wasserburg is okay.“²⁹⁸

4 Analyse zentraler Hungererfahrungen und ihrer Konsequenzen

4.1 Die Versorgung der Fremden

4.1.1 „Displaced Persons“

Als „Displaced Persons“²⁹⁹ werden ausländische Fremdarbeiter und Zwangsverschleppte bezeichnet, die sich als Hinterlassenschaft der NS-Herrschaft im Zweiten Weltkrieg nach Kriegsende noch in deutschen Gebieten aufhielten.³⁰⁰ Die meisten von ihnen kamen aus osteuropäischen Ländern. Ziel der Alliierten, denen die Behandlung des DP-Problems während der Besatzungszeit unterstand, war es, die DPs entweder in ihre Heimatstaaten zurückzuführen oder ihnen in anderen Ländern die Möglichkeit zu schaffen, eine neue Heimat zu finden.³⁰¹ Im August 1945 weist die Statistik 6.362.000 DPs aus.³⁰² In dieser Zahl sind jedoch nur die westdeutschen Gebiete erfasst. Würde man die DPs der späteren sowjetischen Zone und Österreichs einschließen, käme man wohl auf rund 8 Millionen DPs auf dem ehemaligen Reichsgebiet. Das DP-Problem ist also durchaus mit dem Flucht- und

²⁹⁷ Quarterly Historical Report Landkreis Wasserburg a. Inn 1.1.1947 - 31.3.1947, undatiert (IfZ RG 260, 10/78-3/1)

²⁹⁸ Monthly Historical Report Landkreis Wasserburg a. Inn November 1946, undatiert (IfZ RG 260, 10/78-3/1)

²⁹⁹ Zu den „Displaced Persons“ (im Folgenden: DPs) in Westdeutschland vgl.: Wolfgang Jacobmeyer: Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945-1951. Göttingen 1985.

³⁰⁰ Ebd., S. 15.

³⁰¹ Ebd., S. 16

³⁰² Ebd., S. 41.

Vertreibungsproblem vergleichbar, unterscheidet sich von diesem aber insofern, als die Fluktuation bei den DP's durch organisierte Repatriierung und Selbstrepatriierung wesentlich größer war.³⁰³ Die meisten befreiten KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter lebten in Lagern, wenige waren in Krankenhäusern oder privat untergebracht. Im Landkreis Wasserburg a. Inn waren nach Statistik des dortigen Ernährungsamtes im Oktober 1945 insgesamt 3572 DP's einquartiert.³⁰⁴ Bei einer Gesamtbevölkerung von zu diesem Zeitpunkt rund 51.000 waren demnach rund 7% der Bevölkerung als „Displaced Persons“ einzustufen. Als die amerikanische Militärregierung die Verantwortung für den Landkreis Wasserburg übernahm, seien es noch 5000 DP's gewesen.³⁰⁵

Für diese Arbeit relevant ist das DP-Problem vor allem hinsichtlich der Versorgungsfrage. Grundlage der Verpflegung von Ausländern und ehemaligen Konzentrationslagerhäftlingen in der Nachkriegszeit in Bayern war ein Entschluss des Amtes für Ernährung und Landwirtschaft in Bayern.³⁰⁶ Demnach sollte auf Anordnung der Militärregierung den in Lagern untergebrachten Ausländern und den ehemaligen Konzentrationslagerhäftlingen eine Verpflegung in Höhe von 2000 Tageskalorien zubilligt werden. Die Verpflegssätze entsprachen größtenteils den Rationen der Schwerstarbeiter. Zweck der Sonderverpflegung war, die begünstigten Personen für die während der NS-Herrschaft erduldeten Ernährungserschwerungen zu entschädigen. Ausländer, die außerhalb des Lagers lebten, erhielten nur die deutschen Normalverbraucherrationen, was bei dieser Gruppe zu häufigen Klagen und Unmut führte.³⁰⁷ Für die 77. Zuteilungsperiode (25.6.-22.7.1945) erhielten die in Lagern untergebrachten Ausländer und die ehemaligen Konzentrationslagerhäftlinge zu ihren Rationen eine Brotzulage von täglich 100 Gramm.³⁰⁸ Zudem wurde in dieser Entschliebung der Begriff des Konzentrationslagerhäftlings definiert: Die erhöhte Verpflegung konnten nur Personen in Anspruch nehmen, die längere Zeit in einem KZ in Haft gewesen waren und die unter den erschwerenden Ernährungsbedingungen dieser Einrichtungen gelitten hatten. Außerdem wurde vorausgesetzt, dass die Häftlinge erst

³⁰³ Ebd., S. 42.

³⁰⁴ Brief des Ernährungsamtes Abt. B Wasserburg/Inn v. 19.10.1945 an den Landrat Wasserburg/Inn (StAM EÄ B 343)

³⁰⁵ Annual Historical Report Landkreis Wasserburg a. Inn 1945-1946, 30.6.1946 (IfZ RG 260, 10/78-2/5)

³⁰⁶ Entschliebung des Amtes für Ernährung und Landwirtschaft in Bayern Abt. B v. 6.6.1945 an sämtliche Ernährungsämter Abt. B (BayHStA LEA B 53)

³⁰⁷ Brief des Regierungspräsidenten von Niederbayern und der Oberpfalz v. 10.7.1945 an das Amt für Ernährung und Landwirtschaft in Bayern (BayHStA LEA B 53)

³⁰⁸ Entschliebung des Amtes für Ernährung und Landwirtschaft in Bayern Abt. B v. 3.7.1945 an sämtliche Ernährungsämter Abt. B (BayHStA LEA B 51)

anlässlich der Besetzung des Lagers durch die Amerikaner oder kurze Zeit vorher aus dem Lager entlassen worden waren. Vor dem 1. Januar 1945 Entlassene hatten keinen Anspruch auf eine erhöhte Verpflegung. Gerade diese Bestimmung sorgte für massive Beschwerden von Betroffenen beim Landesernährungsamt.³⁰⁹ Ein Sonderstatus wurde Juden eingeräumt, die den Davidstern tragen mussten: Sie erhielten die Rationen für ehemalige Konzentrationslagerhäftlinge auch dann, wenn sie nicht in einem KZ inhaftiert waren. Zu jüdischen Feiertagen³¹⁰ oder dem Weihnachtsfest³¹¹ wurden Juden in Bayern mit Sonderzuteilungen bedacht. Doch auch nichtjüdische KZ-Häftlinge und politisch Verfolgte erhielten 1945 eine Weihnachts-Sonderzuteilung.³¹²

Vergleicht man die Kalorienwerte der an die in den Lagern befindlichen Ausländer ausgeteilten Rationen mit denen, die die deutschen Normalverbraucher und die nicht in Lagern lebenden Ausländer erhielten, ist es verständlich, dass sich die beiden letztgenannten Gruppen benachteiligt fühlten. So bekamen die in Lagern untergebrachten DP's im Juli 1945 mit 2027 Kalorien einen mehr als doppelt so hohen Nährwert wie der durchschnittliche deutsche Normalverbraucher (1010 Kalorien).³¹³ Im Landkreis Wasserburg a. Inn erhielten die Bewohner der DP-Lager in dieser Zuteilungsperiode sogar 2253 Tageskalorien.³¹⁴ Ab Oktober 1945 wurden an die in Lagern lebenden Ausländer auf Weisung der amerikanischen Militärregierung 2300 Kalorien pro Tag verteilt.³¹⁵ Die Normalverbrauchersätze entsprachen zu diesem Zeitpunkt einem täglichen Nährwert von 1228 Kalorien. Trotz der ausführlichen Weisungen zur Versorgung der DP's setzte man sich in vielen Kreisen Bayerns über die Bestimmungen der Landesbehörde hinweg. Im Landkreis Laufen bestand die örtliche amerikanische Militärregierung darauf, ehemaligen KZ-Häftlingen eine Ration von

³⁰⁹ Vgl. dazu Kapitel 4.3

³¹⁰ Entschließung des Amtes für Ernährung und Landwirtschaft in Bayern Abt. B v. 3.9.1945 (BayHStA LEA B 51)

³¹¹ Entschließung des Staatsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft Bayern Abt. B v. 17.12.1945 (BayHStA LEA B 51)

³¹² Entschließung des Landesernährungsamtes Bayern Abt. B v. 6.12.1945 an die Ernährungsämter Abt. A und B (BayHStA LEA B 54)

³¹³ Entschließung des Amtes für Ernährung und Landwirtschaft in Bayern Abt. B v. 11.7.1945 (BayHStA LEA B 53)

³¹⁴ Brief des Ernährungsamtes Abt. B Wasserburg/Inn v. 12.7.1945 an das Amt für Ernährung und Landwirtschaft Bayern (StAM EÄ B 343)

³¹⁵ Entschließung des Amtes für Ernährung und Landwirtschaft in Bayern Abt. B v. 9.10.1945 an den Beauftragten des Amtes für Ernährung und Landwirtschaft zur Verpflegung der Kriegsgefangenen, Lazarette und Ausländer (BayHStA LEA B 53)

mindestens 4000 Kalorien pro Tag zuzuteilen.³¹⁶ In Waldmünchen und vielen anderen Landkreisen wurden die erhöhten Verpflegssätze an sämtliche, nicht nur in Lagern untergebrachte, Ausländer verteilt.³¹⁷ Nach Ansicht des Landesernährungsamtes Bayern dürfte die Entschädigung für das während der NS-Zeit erlittene Leid mit Ablauf von sechs Zuteilungsperioden erreicht sein. Aus diesem Grund wurde vorgeschlagen, den Endtermin der Ausländerzusatzversorgung auf das Ende der 82. Periode, also den 9.12.1945, festzusetzen.³¹⁸ Ob die Sonderverpflegung der DPs tatsächlich zu diesem Termin gestoppt wurde, ist aus den hier ausgewerteten Akten nicht ersichtlich. Spätestens im Mai 1946 erhielten auch in Lagern untergebrachte Ausländer die gleichen Rationen wie die deutsche Bevölkerung.³¹⁹

Unabhängig davon, wann die Sonderverpflegung von Ausländern endete, ist durch die Quellen belegt, dass die ernährungsmäßige Besserstellung der DPs bei der einheimischen Bevölkerung Neid und Ärger hervorgerufen hatte. In einem DP-Lager in Schongau machten deutsche Arbeiter bei Aufräumungsarbeiten die Feststellung, dass „dort mit verschiedenen Lebensmitteln wie z.B. Kartoffeln, Brot und teilweise auch Käse und Wurst nicht so gewirtschaftet [wird], wie es die angespannte Versorgungslage verlangt. Die Arbeiter stellen laufend bei der Entleerung der Abfallkästen und Aborte gute, gekochte Kartoffeln, Brot bis zur Größe eines halben Brotes, Käsestücke und vereinzelt auch Wurst fest.“ Weiter heißt es im Bericht des Schongauer Landrats: „Diese Wahrnehmungen haben bei den deutschen Arbeitern, die mit den knappen Rationssätzen auskommen müssen, berechtigten Unmut und Verbitterung ausgelöst. Die schon seit Wochen anhaltenden Mißstände zwingen zu der Feststellung, daß die den Ausländern zugebilligten Rationssätze zu reichlich bemessen sind.“³²⁰ Vorfälle wie dieser torpedierten offensichtlich die Akzeptanz der Deutschen für die bessere Versorgung der DPs. Und sie sorgten vermutlich dafür, dass einige Begünstigungen, wie die Sonderzulage an Milch für Juden, „mit Rücksicht auf die daraus zu erwartenden

³¹⁶ Brief des Leiters des Ernährungs- und Wirtschaftsamtes Laufen/Obby. v. 11.9.1945 an das Amt für Ernährung und Landwirtschaft in Bayern (BayHStA LEA B 54)

³¹⁷ Brief des Landrats von Waldmünchen v. 8.10.1945 an das Amt für Ernährung und Landwirtschaft in Bayern Abt. B (BayHStA LEA B 54)

³¹⁸ Brief des Landesernährungsamtes Bayern v. 24.8.1945 an den Staatsrat Direktor Rattenhuber (BayHStA LEA B 54)

³¹⁹ Brief des Ernährungsamtes Abt. B Wasserburg/Inn v. 15.5.1946 an den Bürgermeister der Gemeinde Attel (StAM EÄ B 343)

³²⁰ Brief des Landrats von Schongau v. 10.10.1945 an das Amt für Ernährung und Landwirtschaft in Bayern Abt. B (BayHStA LEA B 54)

Berufungen aus allen Bevölkerungsschichten“ gestoppt wurden.³²¹ Problematisch für das Verhältnis zwischen Einheimischen und DPs war, dass Letztere nicht nur einen besseren Lebensstandard hatten, sondern sich auch - so zumindest wird es in den Quellen behauptet - massiv am Schwarzmarkt beteiligten. Vor diesem Hintergrund blieben Antisemitismus und Xenophobie auch nach dem Zusammenbruch des „Dritten Reiches“ in Deutschland virulent.³²² Die vermeintliche Kriminalität der „Displaced Persons“ und insbesondere die Schwarzmarktaktivitäten sind sowohl in den Beständen des Wasserburger Ernährungsamtes und des Polizeipräsidiums Oberbayern, als auch in den OMGUS-Akten der amerikanischen Militärregierung ein großes Thema, welches im Rahmen dieser Untersuchung freilich nicht umfassend diskutiert werden kann. Wegen der Bedeutung dieser Problematik scheint mir jedoch zumindest ein kleiner Exkurs an dieser Stelle angebracht.

Den Monatsberichten der Landwirtschaftsstellen über den Sicherheitszustand auf dem Land ist zu entnehmen, dass Gewalttaten aller Art in der zweiten Jahreshälfte 1945 auf der Tagesordnung waren. In den aus sämtlichen bayerischen Landkreisen kommenden Berichten werden als Schuldige fast immer Ausländer, meist Polen, genannt.³²³ Dieser Eindruck wird durch die Auswertung der Kriminal-Nachrichtenblätter der oberbayerischen Landpolizei weiter verstärkt.³²⁴ Aus den Berichten über die Bekämpfung des Schwarzmarktes ist zu erfahren, dass die Hauptbeteiligten überwiegend nicht erwerbstätige Ausländer seien.³²⁵ Und wenn in einem Landkreis der Schwarzmarkt wenig in Erscheinung getreten war, dann deshalb, „weil keine DP-Lager vorhanden sind.“³²⁶ Auch in den Unterlagen des Wasserburger Ernährungsamtes werden meist die Insassen der DP-Lager genannt, wenn es um Schwarzmarktdelikte,

³²¹ Brief des Staatsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft Bayern Abt. B v. 17.12.1945 an den Oberbürgermeister der Stadt Bayreuth (BayHStA LEA B 51)

³²² Quarterly Historical Report Landkreis Wasserburg a. Inn 1.7.1947 - 30.9.1947, 17.9.1947 (IfZ RG 260, 10/78-3/1); Max Spindler (Begr.): Handbuch der bayerischen Geschichte. Vierter Band: Das neue Bayern. Von 1800 bis zur Gegenwart. Erster Teilband: Staat und Politik, neu herausgegeben von Alois Schmid. Zweite, völlig neu bearbeitete Auflage. München 2003, S. 756.

³²³ Vgl. Zusammenfassung und Auszüge der Monatsberichte der gesamt-bayerischen Landwirtschaftsstellen über den Sicherheitszustand auf dem Lande (September und Oktober 1945) 1945 (StAM PPO 851)

³²⁴ Vgl. Kriminal-Nachrichtenblatt der Landpolizei im Regierungsbezirk Oberbayern 1945 (StAM PPO 2036); Kriminal-Nachrichtenblatt der Landpolizei im Regierungsbezirk Oberbayern und Schwaben 1946 (StAM PPO 2037); Kriminal-Nachrichtenblatt der Landpolizei von Bayern - Chefdienststelle Oberbayern und Schwaben 1947 (StAM PPO 2038)

³²⁵ Vgl. Berichte des Polizeipräsidiums Oberbayern über die Bekämpfung des Schwarzen Marktes 1945 (StAM PPO 614)

³²⁶ Brief der Landpolizei Oberbayern Bezirksinspektion Bad Tölz v. 26.7.1948 an die Landpolizei Bayern Chefdienststelle Oberbayern (StAM PPO 616)

Viehverschiebungen, Schwarzschlachtungen oder auch Lebensmittelkartenfälschung geht.³²⁷ Nun könnte man vermuten, dass hier alte antijüdische Stereotype, vor allem das des kriminellen und den Käufer auspressenden Juden, eine Rolle gespielt haben. Doch wird in den Berichten der Wasserburger Militärregierung mindestens ebenso vehement auf die hohe Kriminalität der „Displaced Persons“ und ihre Beteiligung am Schwarzmarktgeschäft hingewiesen, wie bei den deutschen Behörden. „Most of aforementioned crimes were committed by Polish, Baltic or Jewish DP’s, who are living in DP centers in the Wasserburg area, and who represent a security threat to this Landkreis.”³²⁸ “Black marketing has highest figures, to a large extent instigated by members of the Jewish DP camp in Gaberseel.”³²⁹ Insofern würden die Wasserburger “truthfully state that the Jewish DPs are the biggest black market operators”.³³⁰ Als ein Grund für die gesunkene Kriminalität in einem Berichtsmonat wurde denn auch die verbesserte Nahrungsversorgung der „Displaced Persons“ genannt.³³¹

Interessanterweise wird der vermeintliche überproportionale Anteil der DPs an Schwarzmarktaktivitäten trotz scheinbar eindeutiger Quellenbefunde in der Literatur bisweilen bestritten. Nach Wolfgang Jacobmeyer und Stefan Mörchen gab es auf deutscher Seite eine rassistisch und antisemitisch geprägte Realitätswahrnehmung, die den Anteil der deutschen Bevölkerung am Schwarzmarkt und anderen Straftaten herunterspielte oder unterschlug.³³² Die Beteiligung der DPs am Schwarzmarkt wurde für Karl-Ulrich Gelberg durch Gerüchte über das tatsächliche Maß hinaus aufgebauscht.³³³ Möglicherweise hat die amerikanische Militärregierung in ihren Berichten Vorurteile der deutschen Bevölkerung reproduziert. Dies nachzuvollziehen ist schwierig, da in den Reporten keine Quellen für die Behauptungen angegeben werden. Letztlich ließe sich der scheinbare Widerspruch zwischen Quellenbefunden und

³²⁷ Vgl. Allgemeiner Schriftwechsel des EA B mit dem Landrat (Berichte über die Ernährungslage) und sonstigen Dienststellen 1945-1950 (StAM EÄ B 365); Bekämpfung von Viehverschiebungen und Schwarzschlachtungen 1947 (StAM EÄ B 337)

³²⁸ Monthly Historical Report Landkreis Wasserburg a. Inn July 1946, undatiert (IfZ RG 260, 10/78-3/1)

³²⁹ Annual Historical Report Landkreis Wasserburg a. Inn 1.7.1946 - 30.6.1947, undatiert (IfZ RG 260, 10/78-3/1)

³³⁰ Monthly Historical Report Landkreis Wasserburg a. Inn October 1946, undatiert (IfZ RG 260, 10/78-3/1)

³³¹ Monthly Historical Report Landkreis Wasserburg a. Inn November 1945, undatiert (IfZ RG 260, 10/78-2/5)

³³² Jacobmeyer: Displaced Persons in Westdeutschland, S. 46-50, 204-218; Mörchen: Schwarzer Markt und Konstruktionen des Kriminellen in der Nachkriegszeit, S. 65.

³³³ Spindler (Begr.): Handbuch der bayerischen Geschichte, S. 756.

Sekundärliteratur im Bezug auf die Beteiligung der DPs am Schwarzmarkt nur durch die Analyse von Einzelfällen lösen.

4.1.2 Evakuierte

Mehrere Millionen Deutsche mussten während des Zweiten Weltkriegs ihre Heimat verlassen, um der Zerstörung ihrer Wohnungen und Städte durch die Bombenangriffe der Alliierten zu entgehen. Erste Evakuierungen hatte es bereits 1939 gegeben, in den folgenden Monaten und Jahren wurden Menschen unter bedrückenden Umständen hin- und hergeschoben, ehe man in der letzten Phase des Krieges in fast allen Regionen Deutschlands Evakuierten begegnen konnte.³³⁴ Nach Ende des Zweiten Weltkriegs saßen die meisten Evakuierten erst einmal in ihren Notquartieren fest. Alleine in Bayern waren es kurz vor Kriegsende beinahe eine Million „Entwurzelte“³³⁵ und im Juni 1945 noch rund 700.000.³³⁶ Hierbei handelte es sich lediglich um die Evakuierten, die nicht aus Bayern stammten.³³⁷ Über die Anzahl der evakuierten Bayern in Bayern liegen keinen statistischen Erhebungen vor. Vermutlich war ihre Zahl etwas kleiner, doch dürften es immer noch einige 100.000 gewesen sein.³³⁸ Die Zahl der Flüchtlinge war zu diesem Zeitpunkt noch geringer, weswegen die Evakuierten in der zweiten Jahreshälfte 1945 den größten Anteil der Neuankömmlinge in Bayern stellten.³³⁹ Bayern hatte wegen seiner geographischen Lage während des Krieges den Ruf als „Luftschutzkeller des Reiches“. So wurde das vergleichsweise dünn besiedelte Land mit wenig urbanen Zentren zu einem bevorzugten Aufnahmeland für Evakuierte und später auch für Flüchtlinge und Vertriebene.³⁴⁰ Gerade in den ländlichen Gebieten Oberbayerns wurden besonders viele Heimatlose und Entwurzelte untergebracht. Im Oktober 1945 lebten 9025 Evakuierte im Landkreis Wasserburg a. Inn.³⁴¹ Das waren zu diesem Zeitpunkt etwa 18% der Gesamtbevölkerung. Während es im Jahr 1946 zu einer riesigen Fluchtbewegung aus den deutschen Ostgebieten kam, sank die Zahl der Evakuierten in

³³⁴ Zu den Evakuierten in Bayern vgl.: Katja Klee: Im „Luftschutzkeller des Reiches“. Evakuierte in Bayern 1939-1953: Politik, soziale Lage, Erfahrungen. München 1999.

³³⁵ Wirsching: Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert, S. 87.

³³⁶ Klee: Evakuierte in Bayern, S. 12.

³³⁷ Ebd., S. 187.

³³⁸ Ebd.

³³⁹ Spindler (Begr.): Handbuch der bayerischen Geschichte, S. 741.

³⁴⁰ Klee: Evakuierte in Bayern, S. 16.

³⁴¹ Brief des Ernährungsamtes Abt. B Wasserburg/Inn v. 19.10.1945 an den Landrat Wasserburg/Inn (StAM EÄ B 343)

der US-Zone: Am 1. April 1946 wurden in Bayern 729.600 Evakuierte gezählt.³⁴² In dieser Statistik waren die bayerischen Binnenevakuierten eingeschlossen, sie machten mit 319.000 Betroffenen rund 44% aller Evakuierten aus.³⁴³ Auffällig groß war die Abnahme der Evakuierten im Kreis Wasserburg, wo seit Frühjahr 1946 mehr als 3300 Evakuierte abgewandert waren.³⁴⁴ Bis zum 1. Oktober 1947 hatte sich die Gesamtzahl aller Evakuierten in Bayern auf 616.000 verringert.³⁴⁵ Zum Jahreswechsel 1948/1949 waren immer noch rund 470.000 Evakuierte in Bayern.³⁴⁶

Angesichts dieser großen Zahl von Menschen stellte die Ernährung neben der Wohnraumknappheit das größte Problem dar. Da die Evakuierten anders als die „Displaced Persons“ keine Sonderzuteilungen an Lebensmitteln erhielten, mussten sie mit den Normalverbraucherrationen auskommen. Da diese kaum zum Überleben ausreichten, waren die Evakuierten ebenso wie weite Teile der einheimischen Bevölkerung auf eine illegale Zusatzversorgung angewiesen. So sei das „starke Ansteigen des Hamstererunwesens“ im Raum Nürnberg hauptsächlich auf die in den Landgemeinden Evakuierten zurückzuführen. Weiter berichtete der bayerische Milch- und Fettwirtschaftsverband, dass „viele Evakuierte, denen die Heimkehr möglich wäre, diese verweigern, weil es ihnen [...] auf dem Lande noch zu gut“ gehe. Um diesem Missstand entgegenzuwirken, schlug der Verband dem Bayerischen Staatsministerium für Ernährung und Landwirtschaft drakonische Maßnahmen vor: „Es wird die Meinung vertreten, daß solchen Personen keine Lebensmittelkarten mehr zugeteilt werden sollen, um sie dadurch zur Abreise zu zwingen.“³⁴⁷ Das Staatsministerium sah infolge der gegenwärtigen Wohnraumverhältnisse keine Möglichkeit, diesen Vorschlag zu realisieren.³⁴⁸ Im Allgemeinen war es jedoch so, dass die Aussichten der Evakuierten auf zusätzliche Lebensmittel durch Kompensationsgeschäfte eher dürftig waren. Da sie genauso wie die Flüchtlinge in der Regel ohne Hab und Gut in ihrer neuen Heimat ankamen, hatten sie kaum Tauschobjekte, die sie auf dem Schwarzmarkt für Nahrungsmittel hätten eintauschen können. Insofern gehörten die Evakuierten zur

³⁴² Klee: Evakuierte in Bayern, S. 192.

³⁴³ Ebd., S. 193.

³⁴⁴ Ebd., S. 196.

³⁴⁵ Ebd.

³⁴⁶ Ebd., S. 201.

³⁴⁷ Brief des Milch- und Fettwirtschaftsverbandes Bayern v. 20.11.1945 an das Bayer. Staatsministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BayHStA LEA B 44)

³⁴⁸ Brief des Bayer. Staatsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft v. 21.1.1946 an den Milch- und Fettwirtschaftsverband Bayern (BayHStA LEA B 44)

untersten Schicht der ernährungsmäßigen „Klassen-Gesellschaft“³⁴⁹, die besonders leicht in Not geriet und auf öffentliche Fürsorgemaßnahmen angewiesen war.³⁵⁰ Neben der Ernährungs- und Wohnungskrise war es vor allem die unterschiedliche ländliche und bei Evakuierten und Flüchtlingen meist städtische Prägung, die zu schweren Konflikten zwischen Einheimischen und Fremden führte.³⁵¹ So wurden die meist nicht arbeitenden Evakuierten als große Belastung für das Land empfunden.³⁵² Dass viele Neuankömmlinge nicht arbeiteten, lag jedoch weniger an Faulheit, sondern vielmehr daran, dass die meisten evakuierten Städter für landwirtschaftliche Tätigkeiten nicht geeignet waren.³⁵³ Interessanterweise bewirkte es bei den Einheimischen aber auch „erhebliche Verstimmungen“, wenn Nicht-Bayern Posten des öffentlichen Lebens besetzten, die den Ortsansässigen wegen der Entnazifizierung verwehrt blieben.³⁵⁴ Die Entnazifizierungspraxis wurde nicht nur von der Wasserburger Landwirtschaftsstelle kritisiert, schließlich würde dadurch „viel gutes Altes“ zusammenbrechen.³⁵⁵ Dass die Ortsfremden keine NSDAP-Mitglieder waren, wie sie angaben, glaubten ihnen die Einheimischen nicht, schließlich könne das nicht überprüft werden. So erhielten Evakuierte und Flüchtlinge bedeutende Funktionen wie Richterstellen sowie Bürgermeister- und Landratsposten³⁵⁶, aber auch Arbeitsplätze bei Ernährungsämtern, wie das folgende, zur Veranschaulichung der Problematik ausgewählte, Fallbeispiel belegt.

Die als Selbstversorger eingestufte Sofie Christoph wandte sich im Januar 1947 an den Leiter des Ernährungsamtes Abt. B, um über einen Vorfall zu berichten, der sich einige Tage zuvor im Ernährungsamt in Wasserburg ereignet hatte. Dort forderte sie einen Frischfleisch-Berechtigungsschein für Selbstversorger ein, den sie bis Dezember 1946 immer bekommen hatte. „Jedoch behandelte mich der diensttuende Beamte dort derart, dass ich mit Tränen Amt und Haus verließ und weinend zu einer Bekannten ging [...]“. Ich hätte während des Krieges nichts mitgemacht, gab er mir zu verstehen, einstweilen

³⁴⁹ Trittel: Hunger und Politik, S. 220.

³⁵⁰ Brief des Bezirksfürsorgeverbands v. 9.6.1947 an sämtliche Gemeindeverwaltungen des Landkreises Wasserburg/Inn (StadtAWS II376)

³⁵¹ Spindler (Begr.): Handbuch der bayerischen Geschichte, S. 743.

³⁵² Zusammenfassung und Auszüge der Monatsberichte der Landwirtschaftsstellen und -ausstellen für den Monat Oktober 1945, undatiert (StAM PPO 851)

³⁵³ Monthly Historical Report Landkreis Wasserburg a. Inn March 1946, undatiert (IfZ RG 260, 10/78-3/1)

³⁵⁴ Zusammenfassung und Auszüge der Monatsberichte der Landwirtschaftsstellen und -ausstellen für den Monat Oktober 1945, undatiert (StAM PPO 851)

³⁵⁵ Ebd.

³⁵⁶ Spindler (Begr.): Handbuch der bayerischen Geschichte, S. 743.

möchte ich bemerken, dass mein einziger Sohn [...] 4 Jahre an vorderster Front gekämpft hat und zum Schlusse gefallen ist. Welches grosse Leid ich da als Mutter durchgemacht habe, brauche ich Ihnen wohl nicht zu sagen. Der Mann am Schalter denkt in seinem Hass und Neid nicht daran, dass auch bei uns in Bayern der Krieg [...] tiefe Wunden geschlagen hat.“³⁵⁷ Dass zu einem Konflikt immer zwei Parteien gehören, wird im Antwortscheiben des Ernährungsamtes Abt. B deutlich, in der die Auseinandersetzung von der anderen Seite geschildert wird. Zwar wurde der Angestellte für sein „aus dem Rahmen fallen“ verwahrt, doch sei es „nicht mit den Grundsätzen der Demokratie in Einklang zu bringen, wenn Sie einen Mann, der eine andere Mundart wie Sie spricht, als Preussen bezeichnen, der Ihnen das Fleisch nicht gönnt.“³⁵⁸

Die in diesem Konflikt zutage tretende Angst vor Überfremdung und der „Preußenhass“³⁵⁹ waren typische bayerische Mentalitäten der Hungerjahre. Unter dem Begriff „Preußen“ wurden im damaligen Zeitkontext offenbar unterschiedslos alle Fremden subsumiert, die nicht als Bayern - möglicherweise sogar als „Südbayern“ - zu erkennen waren und den Einheimischen scheinbar insbesondere Nahrungsmittel, aber auch Lebensraum und Lebenschancen streitig machten.³⁶⁰ Dies konnten Evakuierte, Flüchtlinge, Heimatvertriebene, aber auch aus anderen Gründen Zugezogene sein. Die Abneigung gegen „Preußen“ hatte in Bayern eine lange Tradition, die durch die Versorgungsproblematik aufs Neue angefacht wurde.³⁶¹ Für Rainer Gries sind antipreußische Affekte wie die Aussage, dass die „Preußen“ für die Ausbeutung Bayerns verantwortlich und generell an allem schuld seien, ein in Bayern „bewährtes Muster der Krisenbewältigung“.³⁶² Auch im Landkreis Wasserburg a. Inn war der „Preußenhass“ offensichtlich und wurde unverblümt nach außen kommuniziert, sodass er der amerikanischen Militärregierung auffiel und häufig in den Berichten thematisiert

³⁵⁷ Brief von Sofie Christoph v. 23.1.1947 an das Ernährungsamt Abt. B Wasserburg/Inn (StAM EÄ B 343)

³⁵⁸ Brief des Ernährungsamtes Abt. B Wasserburg/Inn v. 6.2.1947 an Sofie Christoph (StAM EÄ B 343)

³⁵⁹ Zum Stereotyp des „Preußenhasses“ vgl.: Karl-Ulrich Gelberg: Hans Ehard und das bayerische Preußenbild - Schlaglichter aus der Entstehungszeit des Grundgesetzes (1947-1949). In: Haus der Bayerischen Geschichte (Hrsg.): Bayern & Preußen & Bayerns Preußen. Schlaglichter auf eine historische Beziehung (Katalog zur Ausstellung in der Bayerischen Vertretung, Berlin, 13. Mai bis 20. Juni 1999 und zur Bayerischen Landesausstellung auf der Plassenburg, Kulmbach, 8. Juli bis 10. Oktober 1999). Augsburg 1999, S. 146-153; Gries: Die Rationen-Gesellschaft, S. 232-236; Klee: Evakuierte in Bayern, S. 212-214.

³⁶⁰ Gries: Die Rationen-Gesellschaft, S. 233.

³⁶¹ Ebd., S. 232.

³⁶² Ebd., S. 328.

wurde. So erkannten die Amerikaner im Landkreis eine starke „Bavaria for the Bavarians“ Bewegung, die sich unter anderem darin manifestierte, dass Flüchtlinge am Bahnhof mit einem „Prussians are not wanted here!“-Schriftzug empfangen wurden.³⁶³ Diese Haltung sei durch Reden von hohen Politikern wie dem damaligen bayerischen Ministerpräsidenten Wilhelm Hoegner befeuert worden.³⁶⁴ In einem anderen Bericht heißt es: „People of this community are intensely provincial. They believe in Germany for the Germans; Bavaria for the Bavarians; Wasserburg Kreis for the Wasserburg farmers; and the village of Rott for the villagers of Rott. They dislike and distrust foreigners and, by foreigners, they mean anyone who comes away from home.“³⁶⁵ Am vielleicht deutlichsten wird die Preußenfeindschaft bei einer Äußerung des Direktors des Bayerischen Bauernverbandes, Jakob Fischbacher, im April 1947. Dieser „has vigorously attacked all marriages between ‚Northern Germans‘ and Bavarians. Marriages of this type are ‘Blutschande’ (Nazi jargon for sins committed against good blood). Although many prominent officials (supposedly democratic) of the Landkreis [...] were present, no protests, no comments were raised by these men nor the audience that such talk was undemocratic.“³⁶⁶ Ob antipreußische Affekte auch in anderen westdeutschen Ländern in den Nachkriegsjahren virulent waren, müsste an anderer Stelle noch ausführlich erforscht werden. Doch scheint es durchaus wahrscheinlich, dass sozio-kulturelle Aversionen gegen Fremde kein rein bayerisches Phänomen waren.

4.1.3 Flüchtlinge und Vertriebene

War die Versorgung und Unterbringung der DPs und Evakuierten vor dem Hintergrund der Ernährungslage und der Wohnungsknappheit schon ein großes Problem, welches zu zahlreichen Konflikten mit der einheimischen Bevölkerung führte, verschärfte sich die Situation mit der Fluchtbewegung aus den deutschen Ostgebieten weiter. Die mehr als zwölf Millionen Flüchtlinge³⁶⁷ und Heimatvertriebenen³⁶⁸ stellten „die größte

³⁶³ Annual Historical Report Landkreis Wasserburg a. Inn 1945-1946, 30.6.1946 (IfZ RG 260, 10/78-2/5)

³⁶⁴ Monthly Historical Report Landkreis Wasserburg a. Inn February 1946, undatiert (IfZ RG 260, 10/78-3/1)

³⁶⁵ Quarterly Historical Report Landkreis Wasserburg a. Inn 1.10.1946 - 31.12.1946, undatiert (IfZ RG 260, 10/78-2/5)

³⁶⁶ Quarterly Historical Report Landkreis Wasserburg a. Inn 1.1.1947 - 31.3.1947, undatiert (IfZ RG 260, 10/78-3/1)

³⁶⁷ Zu Flüchtlingen und Flüchtlingspolitik in Bayern vgl.: Franz J. Bauer: Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik in Bayern 1945-1950. Stuttgart 1982.

gewaltsame Bevölkerungsverschiebung in Europa und den größten demographischen Umbruch in Deutschland in der neueren Geschichte dar.³⁶⁹ Bayern nahm mit langfristig rund zwei Millionen Flüchtlingen die größte Zahl von ihnen auf.³⁷⁰ Damit betrug der Flüchtlingsanteil an der Gesamtbevölkerung von rund neun Millionen etwa 22%.³⁷¹ Die meisten Flüchtlinge kamen durch die organisierte Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei im Jahre 1946 in Westdeutschland an.³⁷² Hinzu kam ab 1947 eine steigende Zahl von Flüchtlingen aus der sowjetischen Besatzungszone. Mehr als die Hälfte der in Bayern gezählten Flüchtlinge waren Sudetendeutsche.³⁷³ Eine weitere große Gruppe stellten die Schlesier dar. Rund drei Viertel aller Flüchtlinge lebten zunächst auf dem Land, da die größten Städte weitgehend zerstört und daher kaum aufnahmefähig waren.³⁷⁴ So lag der Anteil von Flüchtlingen an der Nachkriegsbevölkerung in der Landeshauptstadt München in den ersten drei Nachkriegsjahren nur zwischen sechs und acht Prozent.³⁷⁵

Im Landkreis Wasserburg a. Inn machten Flüchtlinge 1946 fast 22% der Gesamtbevölkerung aus.³⁷⁶ Bis September 1947 stieg der Anteil auf 25%.³⁷⁷ Durch den Zuzug der Flüchtlinge, Evakuierten und DP's zerbrach die traditionelle dörfliche Sozialstruktur und die ländliche Abgeschlossenheit löste sich auf - der Anteil der ortsfremden Bevölkerung betrug in Bayern durchschnittlich 30%.³⁷⁸ In den Unterlagen der Wasserburger Militärregierung findet sich eine genaue Auflistung über die Zusammensetzung der Bevölkerung im Landkreis Wasserburg a. Inn. Demnach lebten am 31. Oktober 1946 12.397 Flüchtlinge, 4017 Evakuierte und 4498 DP's im Kreis. Die

³⁶⁸ Im Folgenden wird durchgängig der Begriff Flüchtlinge verwendet, da beide Begriffe in der Literatur meist synonym gebraucht werden. Zur Terminologie vgl.: Bauer: Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik in Bayern 1945-1950, S. 20.

³⁶⁹ Wirsching: Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert, S. 87.

³⁷⁰ Spindler (Begr.): Handbuch der bayerischen Geschichte, S. 741; Rainer Bendel: Vertriebene - Katholische Kirche - Gesellschaft in Bayern 1945 bis 1975. München 2009, hier: S. 44.

³⁷¹ Kock/Treml: Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 414; Jutta Neupert: Vom Heimatvertriebenen zum Neubürger. Flüchtlingspolitik und Selbsthilfe auf dem Weg zur Integration. In: Wolfgang Benz (Hrsg.): Neuanfang in Bayern 1945-1949. Politik und Gesellschaft in der Nachkriegszeit. München 1998, S. 103-120; hier: S. 104.

³⁷² Spindler (Begr.): Handbuch der bayerischen Geschichte, S. 742.

³⁷³ Ebd.; Neupert: Vom Heimatvertriebenen zum Neubürger, S. 104.

³⁷⁴ Kock/Treml: Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 414; Spindler (Begr.): Handbuch der bayerischen Geschichte, S. 742f.; Hoffmann: Nachkriegszeit, S. 74.

³⁷⁵ Gries: Die Rationen-Gesellschaft, S. 199.

³⁷⁶ Balcar: Politik auf dem Land, S. 153.

³⁷⁷ Quarterly Historical Report Landkreis Wasserburg a. Inn 1.7.1947 - 30.9.1947, 17.9.1947 (IfZ RG 260, 10/78-3/1)

³⁷⁸ Spindler (Begr.): Handbuch der bayerischen Geschichte, S. 743; Hoffmann: Nachkriegszeit, S. 68.

Zahl der einheimischen Bevölkerung wurde mit 39.442 angegeben. Der Anteil der Ortsfremden an der Gesamtbevölkerung (60.354) betrug demzufolge beinahe 35%.³⁷⁹

Nach ihrer Ankunft im Westen wurden die Flüchtlinge zunächst in Lagern untergebracht. Anschließend wurden sie auf Privatquartiere verteilt, wobei viele wegen der Wohnraumknappheit mehrere Jahre in den Flüchtlingslagern bleiben mussten.³⁸⁰ Die Erfahrungen der Flüchtlinge in Westdeutschland waren ganz wesentlich von ihrem Verhältnis zu den Einheimischen abhängig. Die Beziehungen zwischen beiden Seiten wurden durch viele Faktoren beeinflusst und konnten neben Ausgrenzung, Ablehnung und offener Feindseligkeit³⁸¹ auch von Verständnis, Hilfe und Unterstützung geprägt sein.³⁸² Für die in vielen Fällen misslungene Integration der Fremden in das gesellschaftliche Leben waren nach Ansicht der amerikanischen Militärregierung beide Seiten gleichermaßen verantwortlich.³⁸³ Insbesondere in den Dörfern, aber auch in den kleineren und mittleren Städten, gestaltete sich die Eingliederung der Flüchtlinge konfliktreich, da sie von vielen Landbewohnern nicht als gleichberechtigte Mitbürger akzeptiert wurden.³⁸⁴ Das Fremde wurde wegen der weit verbreiteten traditionellen Orientierung in diesen Gebieten meist kritisch gesehen.³⁸⁵ In größeren Städten mit einem urbanen Lebensstil und einer heterogenen Bevölkerung nahm die Toleranz gegenüber Neuankömmlingen zu. Erschwert wurde die Situation dadurch, dass die Flüchtlinge in starkem Maße von der Nachkriegsarbeitslosigkeit betroffen waren.³⁸⁶ Die Auswirkungen der Währungsreform sorgten dafür, dass der Anteil der Flüchtlinge an der Summe aller Arbeitslosen in Bayern im Januar 1949 auf 41,5% gestiegen war.³⁸⁷ Gerade in ländlich geprägten Regionen Bayerns wie dem Landkreis Wasserburg war der Bedarf der Bauern an kräftigen Arbeitern groß, doch handelte es sich bei den Flüchtlingen zu einem nicht unbeträchtlichen Teil um Frauen, Kinder sowie alte und

³⁷⁹ Monthly Historical Report Landkreis Wasserburg a. Inn October 1946, undatiert (IfZ RG 260, 10/78-3/1)

³⁸⁰ Zu den Erfahrungen der Flüchtlinge in Westdeutschland vgl.: Michael von Engelhardt: Lebensgeschichte und Gesellschaftsgeschichte. Biographieverläufe von Heimatvertriebenen. München 2001.

³⁸¹ Vgl. Kapitel 4.1.2

³⁸² Engelhardt: Lebensgeschichte und Gesellschaftsgeschichte, S. 111.

³⁸³ Annual Historical Report Landkreis Wasserburg a. Inn 1.7.1946 - 30.6.1947, undatiert (IfZ RG 260, 10/78-3/1)

³⁸⁴ Hoffmann: Nachkriegszeit, S. 77f.

³⁸⁵ Engelhardt: Lebensgeschichte und Gesellschaftsgeschichte, S. 112.

³⁸⁶ Erker: Revolution des Dorfes, S. 392; Engelhardt: Lebensgeschichte und Gesellschaftsgeschichte, S. 109.

³⁸⁷ Neupert: Vom Heimatvertriebenen zum Neubürger, S. 118.

krankte Menschen³⁸⁸, weswegen es äußerst schwierig war, eine angemessene Arbeit für sie zu finden. Die Arbeitslosigkeit vieler Flüchtlinge war für die Betroffenen insofern höchst problematisch, als ein Lohn für den Kauf der zustehenden amtlichen Rationen nötig war. Im Kreis Wasserburg a. Inn konnte sich nach einem Bericht der amerikanischen Militärregierung nur eine kleine Gruppe von Flüchtlingen - weniger als ein Prozent der Gesamtbevölkerung - die rationierten Lebensmittel leisten.³⁸⁹ So waren viele Flüchtlinge in ihrem Elend von öffentlichen Fürsorgemaßnahmen abhängig.³⁹⁰ Aber auch kirchliche Wohlfahrtsverbände wie die Caritas versuchten mit Hilfe spontaner Nothilfemaßnahmen die Flüchtlinge mit dem Lebensnotwendigsten zu versorgen und leisteten damit einen wichtigen Beitrag zum Überleben in den Nachkriegsjahren.³⁹¹

Ein Hinweis auf eine mögliche Tendenz, eher die einheimische Zivilbevölkerung als die Flüchtlinge versorgen zu wollen, findet sich in einem Brief des Verpflegungslagers Rosenheim an die umliegenden Ernährungsämter. Darin wird darum gebeten, bei außerplanmäßigen Sonderzuteilungen „auch die Belieferung der im dortigen Landkreis untergebrachten Flüchtlingslager sicherzustellen, die grundsätzlich in derselben Weise versorgt werden sollen wie die Zivilbevölkerung“.³⁹² Konkretisiert wird die Andeutung einer ungleichmäßigen Versorgung in einem weiteren Brief des Verpflegungslagers Rosenheim, der diesmal an das Wasserburger Ernährungsamt gerichtet ist. Darin heißt es: „Von den von uns versorgten Flüchtlingslagern laufen in letzter Zeit mehrfach Klagen ein, dass sie bei den Fischzuteilungen für die Zivilbevölkerung nicht berücksichtigt werden. Wir gestatten uns deshalb darauf hinzuweisen, dass nach einer Min. Entschliessung des Bayer. Staatsministeriums f. Ernährung, Landwirtschaft und Forsten die Flüchtlingslager in gleicher Weise mit Fischen zu versorgen sind, wie die Zivilbevölkerung.“³⁹³ Dass sich die Ernährungslage für Flüchtlinge mindestens genauso prekär, wenn nicht sogar dramatischer als für die einheimischen Normalverbraucher darstellte, soll abschließend anhand zweier Fallbeispiele verdeutlicht werden.

³⁸⁸ Annual Historical Report Landkreis Wasserburg a. Inn 1945-1946, 30.6.1946 (IfZ RG 260, 10/78-2/5)

³⁸⁹ Quarterly Historical Report Landkreis Wasserburg a. Inn 1.1.1947 - 31.3.1947, undatiert (IfZ RG 260, 10/78-3/1)

³⁹⁰ Brief des Bezirksfürsorgeverbands v. 9.6.1947 an sämtliche Gemeindeverwaltungen des Landkreises Wasserburg/Inn (StadtAWS II376)

³⁹¹ Bendel: Vertriebene - Katholische Kirche - Gesellschaft in Bayern 1945 bis 1975, S. 44-55.

³⁹² Brief des Verpflegungslagers Rosenheim des Beauftragten für Lagerversorgung in Bayern v. 4.3.1947 an die Ernährungsämter Abt. B der umliegenden Landkreise (StAM EÄ B 365)

³⁹³ Brief des Verpflegungslagers Rosenheim des Beauftragten für Lagerversorgung in Bayern v. 19.11.1947 an das Ernährungsamt Abt. B Wasserburg/Inn (StAM EÄ B 365)

Der bereits zuvor im Kontext der Hungerkrise im Landkreis Wasserburg a. Inn zitierte und verzweifelt um Kartoffeln bittende Flüchtling Karl Gottwald sah die Einheimischen in einem Versorgungsvorteil gegenüber den Flüchtlingen, denn „die Einheimischen können sich von der Not in der die meisten Flüchtlinge leben, gar keine Vorstellung machen, denn die Flüchtlinge haben weder Geld um etwas auf dem ‚schwarzen Markt‘ kaufen zu können, noch haben sie irgendwelche Sachen wie Wäsche, Kleidung, Haushaltsgegenstände, die sie [zu] Bauern zum Umtausch gegen Lebensmittel tragen können, noch haben sie die ‚guten Beziehungen‘ bei Verwandten und Bekannten, die etwas an Lebensmitteln einträglich sind.“³⁹⁴ Auch Johann Haimerl, der von dem Selbstversorger, bei dem er als Landhelfer arbeitete, nicht ausreichend mit Lebensmitteln versorgt wurde, fühlte sich als Flüchtling benachteiligt: „Ich bin als Stadtmensch auf die Lebensmittel angewiesen - Schwarzmarktkäufe kann ich infolge meiner augenblicklichen wirtschaftlichen Verhältnisse nicht tätigen, denn ich bin Flüchtling bzw. rückgeführt und total fliegergeschädigt.“³⁹⁵

Diese Aussagen passen zu den Ergebnissen der Studie von Günter Trittel, der eine soziale Differenzierung des Hungers konstatiert hat, wobei er Flüchtlingen, Ausgebombten, aber auch Armen und Kranken die geringsten Mittel bescheinigte, zusätzliche Lebensmittel zu erhalten.³⁹⁶ Wie Michael von Engelhardt in seiner Studie herausfand, führten Flucht und Vertreibung zunächst einmal zu einer allgemeinen wirtschaftlich-sozialen Verelendung bei den von ihm befragten Flüchtlingen.³⁹⁷ Erst mit dem Ende der Ernährungskrise und dem wirtschaftlichen Aufschwung der Bundesrepublik Deutschland konnten die Flüchtlinge am wirtschaftlichen Leben teilnehmen und zum Teil wichtige Impulse zur Nachkriegsentwicklung geben, ohne der einheimischen Bevölkerung zur Last zu fallen.³⁹⁸

³⁹⁴ Brief von Karl Gottwald v. 16.6.1947 an das Ernährungsamt Abt. B Wasserburg/Inn (StAM EÄ B 343)

³⁹⁵ Brief von Johann Haimerl v. 1.6.1947 an das Ernährungsamt Abt. B Wasserburg/Inn (StAM EÄ B 343)

³⁹⁶ Trittel: Hunger und Politik, S. 220.

³⁹⁷ Engelhardt: Lebensgeschichte und Gesellschaftsgeschichte, S. 109.

³⁹⁸ Ebd., S. 149; Neupert: Vom Heimatvertriebenen zum Neubürger, S. 120.

4.2 Illegale Zusatzversorgung

4.2.1 Der Schwarzmarkt

Bereits mehrfach wurde in dieser Arbeit darauf hingewiesen, dass das offizielle Bewirtschaftungssystem den Bedarf der Menschen in vielen Gebieten Deutschlands nicht hinreichend decken konnte und dass ein großer Teil der Deutschen auf eine illegale Zusatzversorgung angewiesen war um überleben zu können. Mit dem Schwarzmarkt³⁹⁹ hatte sich eine „zweite Ökonomie“ herausgebildet.⁴⁰⁰ Der Schwarzhandel war offiziell verboten, doch beteiligte sich beinahe jeder daran, auch Angehörige der Besatzungsmächte.⁴⁰¹ Unmittelbar nach Kriegsende spielte Geld auf dem Schwarzmarkt noch eine große Rolle, wobei die Preise den realen Warenwert oft um mehr als das Hundertfache überschritten.⁴⁰² Da die Deutsche Reichsmark aber schnell an Kaufkraft verlor und beinahe wertlos wurde, wurde ab 1946 vor allem Tauschhandel betrieben und Zigaretten entwickelten sich zu einer Art Ersatzwährung.⁴⁰³ Anders als das offizielle, zwangswirtschaftliche Verteilungssystem orientierte sich der Schwarze Markt hinsichtlich Preis- bzw. Tauschwert an marktwirtschaftlichen Prinzipien wie dem von Angebot und Nachfrage.⁴⁰⁴ Besonders stark expandierte die Schwarzmarkt-Branche in den Großstädten. Nach Rainer Gries entwickelte sich München unter amerikanischer Besatzung zu einem Dorado des Schwarzen Marktes.⁴⁰⁵ Ende 1946 wurden vermutlich rund 30% der Industrieproduktion - ausgenommen der Schwerindustrie - der allgemeinen Verteilung entzogen und auf dem Schwarzmarkt abgesetzt.⁴⁰⁶ Im Herbst 1947 schätzte ein leitender Beamter der bizonalen Ernährungsverwaltung, dass 95% der Bevölkerung der Bizone in ihrem Kampf gegen den Hunger direkt oder indirekt mit dem Schwarzmarkt in Berührung kamen.⁴⁰⁷ Insofern kann man den Schwarzhandel als zentrale Hungererfahrung und typisches Alltagsphänomen der Nachkriegsjahre bezeichnen.

³⁹⁹ Zum Schwarzmarkt im Allgemeinen vgl.: Willi A. Boelcke: Der Schwarzmarkt 1945-1948. Vom Überleben nach dem Kriege. Braunschweig 1986; Malte Zierenberg: Stadt der Schieber. Der Berliner Schwarzmarkt 1939-1950. Göttingen 2008.

⁴⁰⁰ Erker: Revolution des Dorfes, S. 393.

⁴⁰¹ Conze: Die Suche nach Sicherheit, S. 26.

⁴⁰² Fuchs: Ernährungslage und Schwarzmarkt, S. 316f.

⁴⁰³ Conze: Die Suche nach Sicherheit, S. 26.

⁴⁰⁴ Protzner: Vom Hungerwinter bis zum Beginn der „Freßwelle“, S. 15.

⁴⁰⁵ Gries: Die Rationen-Gesellschaft, S. 223.

⁴⁰⁶ Fuchs: Ernährungslage und Schwarzmarkt, S. 316.

⁴⁰⁷ Mörchen: Schwarzer Markt und Konstruktionen des Kriminellen in der Nachkriegszeit, S. 60.

Im Folgenden soll vor allem analysiert werden, welche Maßnahmen die oberbayerischen Polizeiinspektionen zur Bekämpfung des Kompensationssystems ergriffen, mit welchen Schwierigkeiten sie dabei konfrontiert waren und welche Schwarzmarkterfahrungen die Wasserburger Bevölkerung machte. Davor erscheint es sinnvoll, den Begriff des Schwarzmarktes grob zu definieren. Unter Schwarzmarkt oder Schwarzhandel wurde aus Sicht der Justiz und der Verwaltung im Allgemeinen der Handel außerhalb der Bewirtschaftungs-, Versorgungs- und Preisbestimmungen verstanden.⁴⁰⁸ Dazu gehörten im weitesten Sinne auch Maßnahmen wie Hamstern oder das Erschleichen von Zusatzkarten, schließlich wurden dadurch der offiziellen Verteilung Güter entzogen. Da diese Phänomene in den Quellen aber meist als eigenständige Probleme genannt wurden, werden sie anschließend in einem eigenen Unterkapitel behandelt. In diesem Kapitel wird unter Schwarzmarkt im engeren Sinne der verbotene Handel an zentralen städtischen Orten wie Bahnhöfen und Postanstalten, aber auch im Straßenverkehr und in den DP-Lagern verstanden. Auch die von vielen Selbstversorgern durchgeführten Schwarzschlachtungen werden hier besprochen, da mit dem angefallenen Fleisch vor allem der Schwarzmarkt versorgt wurde.

Schon früh war für die oberbayerische Landpolizei klar, dass die Hauptbeteiligten am Schwarzen Markt „nicht erwerbstätige Ausländer und sonstige arbeitslose Personen“ seien.⁴⁰⁹ In diesem Sinne war die Überwachung und Kontrolle der Ausländer außerhalb der Lager eine wichtige Maßnahme der Polizei zur Bekämpfung des Schwarzhandels. Die DP-Lager selbst konnten nicht kontrolliert werden, da die Polizei keinen Zutritt hatte und die Bewohner nicht unter die deutsche Gerichtsbarkeit fielen.⁴¹⁰ Insofern musste sich die Polizei auf Verkehrskontrollen beschränken, die allerdings meist wenig erfolgreich waren.⁴¹¹ Die Gründe dafür kann man den Erfahrungsberichten der oberbayerischen Landpolizei-Bezirksinspektionen entnehmen.⁴¹² Demnach seien die Verkehrskontrollen am Tag meist wenig erfolgreich, da Schwarzhandelsware in der Regel in der Nacht transportiert würde. Viele Fahrzeuge, die man in der Nacht per Rotlicht zum Anhalten aufforderte, würden einfach durchfahren und sich durch Flucht einer polizeilichen Kontrolle entziehen. Eine Verfolgung sei aufgrund der schlechten

⁴⁰⁸ Ebd., S. 58; Fuchs: Ernährungslage und Schwarzmarkt, S. 316.

⁴⁰⁹ Brief des Chefs der Landpolizei im Regierungsbezirk Oberbayern v. 20.9.1945 an den Ministerpräsidenten in München (StAM PPO 614)

⁴¹⁰ Mörchen: Schwarzer Markt und Konstruktionen des Kriminellen in der Nachkriegszeit, S. 62.

⁴¹¹ Brief des Chefs der Landpolizei im Regierungsbezirk Oberbayern v. 1.9.1945 an den Regierungspräsidenten in München (StAM PPO 614)

⁴¹² Vgl. Bekämpfung des Schwarzmarktes 1947-1948 (StAM PPO 616)

Beschaffenheit der Polizeifahrzeuge bei hoher Geschwindigkeit nicht möglich. Überdies seien die Schwarzhändler mit besseren Kraftfahrzeugen ausgestattet. Ebenso erfolglos bleibe die Bekämpfung des Schwarzhandels im Eisenbahnverkehr, da auf besondere Kontrollen in den überfüllten Zügen aus Rücksicht auf den geregelten Bahnbetrieb verzichtet würde.⁴¹³ Ein weiteres Problem für die Polizisten war das Postgeheimnis. Zwar wusste man, dass ein Großteil der Lebensmittel und anderer Güter, die dem Schwarzen Markt zugehen, durch die Post befördert werden, doch konnten die an das Postgeheimnis gebundenen Beamten keine näheren Angaben geben. Insofern konnte der Schwarzhandel aus Sicht der Polizei nur durch eine Lockerung oder vorübergehende Aufhebung des Postgeheimnisses bekämpft werden.⁴¹⁴

Ein Schwerpunkt des Kampfes gegen den Schwarzmarkt war der gegen die unerlaubte Lebensmittelausfuhr aus Bayern, die mit den verschiedensten Maßnahmen (z.B. Warenbegleitscheinplicht) unterbunden werden sollte. Die Ernährungsverwaltung sah dadurch die Versorgung der Verbraucher des Landes Bayern und die Aufrechterhaltung der übergebietlichen Lieferungen von Lebensmitteln gefährdet. Meist handelte es sich um Getreide, das mit der Post oder der Bahn nach Norddeutschland versandt wurde. Aber auch andere bewirtschaftete Lebensmittel wurden in nicht-bayerische Gebiete verschickt. So ist durch einen Bericht der Landesprüfer des bayerischen Amtes für Ernährung und Landwirtschaft belegt, dass die Firma Alperi-Molkereien in Memmingen erhebliche Mengen von Butter und Käse durch innerdeutschen Handel heimlich der öffentlichen Bewirtschaftung entzog.⁴¹⁵ Auch Nutztviehtransporte in außerbayerische Gebiete wurden vor dem Hintergrund der ersten Versorgungslage untersagt.⁴¹⁶ Zu den genannten Herausforderungen kam die allgemein starke Auslastung der Polizei durch andere Aufgaben und den immer größer werdenden Schriftverkehr. Die unzulängliche Ausrüstung der Polizei und die generelle Überforderung machten es den Schwarzhändlern so relativ leicht, ihrem Geschäft nachzugehen. Bei der Vernehmung von überführten Personen bekam die Polizei meist Entschuldigungen wie diese zu hören: „Man muss sich ja etwas besorgen. Von dem

⁴¹³ Brief der Landpolizei Oberbayern Bezirksinspektion Bad Aibling v. 13.11.1947 an die Landpolizei Bayern Chefdienststelle Oberbayern (StAM PPO 616)

⁴¹⁴ Brief der Landpolizei Oberbayern Bezirksinspektion Mühldorf/Inn v. 2.3.1948 an die Landpolizei Bayern Chefdienststelle Oberbayern (StAM PPO 607)

⁴¹⁵ Aktenvermerk der Landesprüfer des Amtes für Ernährung und Landwirtschaft Bayern in München v. 24.10.1945 (BayHStA LEA B 56)

⁴¹⁶ Brief des Präsidiums der Landpolizei von Bayern v. 16.10.1948 an alle Bezirksinspektionen der Landpolizei im Regierungsbezirk Oberbayern (StAM PPO 615)

wenigen, das man zugeteilt bekommt, kann man nicht leben.“⁴¹⁷ Trotz der genannten Schwierigkeiten, die eine nachhaltige Bekämpfung des Schwarzmarktes torpedierten, konnte die bayerische Polizei zumindest punktuell Erfolge erzielen. So wurden zur Blütezeit des Schwarzmarktes Ende 1947 im ganzen Bereich der Landpolizei von Bayern sogenannte „Sperrriegelaktionen“ durchgeführt. Im Rahmen dieser Maßnahme wurden abwechslungsweise bestimmte Abschnitte in ganz Bayern systematisch abgeriegelt und der sich in diesen Gebieten vollziehende Straßenverkehr zu verschiedenen Zeiten und zu verschiedenen Tagen der Woche einer strengen Kontrolle unterworfen. Am 16.11.1947, dem ersten „Sperrriegel-Tag“, wurden auf diese Weise unter anderem 239 kg Fleisch, 53,5 Zentner Kartoffeln, 30 kg Käse, 150 Liter Wein, 50 Zentner Zement und 200 qm Leichtbauplatten beschlagnahmt.⁴¹⁸ Die Aktion wurde von der Öffentlichkeit im Allgemeinen gutgeheißen und die meisten Verkehrsteilnehmer unterzogen sich den Kontrollen ohne Widerwillen. Die Schwarzhändler jedoch, so berichtete die Chefdienststelle der Polizei in Unterfranken, schimpften über die verschärfte Kontrolltätigkeit und versuchten die Beamten zu bestechen.⁴¹⁹ Bei ihren Verkehrskontrollen trafen die Polizisten auch auf Kraftwägen, die zum Transport von Schwarzmarktwaren mit doppelten Böden versehen waren.⁴²⁰

Die bayerische Polizei war sich durchaus darüber im Klaren, dass die Bekämpfung des Schwarzhandels nicht erfolgreich sein wird, solange die produzierten Güter nicht gerecht auf alle Schichten der Bevölkerung verteilt werden.⁴²¹ Insofern wurde die Bekämpfung des Schwarzmarktes von den Bezirksinspektionen auch weniger als ein polizeiliches als vielmehr ein wirtschaftliches Problem angesehen. Solange keine gesunden wirtschaftlichen Verhältnisse geschaffen werden können und die Bevölkerung Mangel leidet, seien alle polizeilichen Maßnahmen letztlich zum Scheitern verurteilt.⁴²² Resigniert stellte die Bezirksinspektion Freising fest, dass mit der Mithilfe der

⁴¹⁷ Brief der Landpolizei Oberbayern Bezirksinspektion Berchtesgaden v. 17.11.1947 an die Landpolizei Bayern Chefdienststelle Oberbayern (StAM PPO 616)

⁴¹⁸ Brief des Präsidiums der Landpolizei von Bayern v. 1.12.1947 an den bayerischen Ministerpräsidenten Hans Ehard und an den bayerischen Staatsminister des Innern Willy Ankermüller (StAM PPO 613)

⁴¹⁹ Brief der Landpolizei Bayern Chefdienststelle Unterfranken v. 19.12.1947 an das Präsidium der Landpolizei von Bayern (StAM PPO 613)

⁴²⁰ Brief des Präsidiums der Landpolizei von Bayern v. 10.6.1948 an die Chefdienststellen Oberbayern, Niederbayern/Oberpfalz, Unterfranken, Schwaben (StAM PPO 608)

⁴²¹ Brief der Landpolizei Oberbayern Bezirksinspektion Erding v. 17.11.1947 an die Landpolizei Bayern Chefdienststelle Oberbayern (StAM PPO 616)

⁴²² Brief der Landpolizei Oberbayern Bezirksinspektion München-Land v. 26.7.1948 an die Landpolizei Bayern Chefdienststelle Oberbayern (StAM PPO 616); Vgl. dazu auch: Gries: Die Rationen-Gesellschaft, S. 222.

Bevölkerung nicht zu rechnen sei, „da z.Zt. alle in irgendeiner Art Schwarzhandel treiben“. Eine Besserung der Situation wäre nur dann zu erwarten, wenn der kleine Schwarz- und Tauschhandel zur Befriedigung personeller Bedürfnisse für straffrei erklärt würde. Eine Verfolgung bei Gesetzen, gegen die in dieser Zeit jeder verstoßen würde, sei nicht mehr zweckmäßig.⁴²³ In diesem Sinne hielt das Präsidium der bayerischen Landpolizei im Einvernehmen mit dem bayerischen Innenminister und dem bayerischen Ernährungsminister die Polizeibeamten dazu an, arme Kreise der Bevölkerung, die bei Verwandten auf dem Land Lebensmittel geschenkt erhielten, nicht zu bestrafen.⁴²⁴

Im Gegensatz zur Kleinkriminalität der einfachen Bevölkerung, die mehr oder weniger geduldet wurde, sollte gegen die im Hintergrund agierenden „Berufsschwarzhändler“ und „Großschieber“ massiv vorgegangen werden.⁴²⁵ So forderte die Bezirksinspektion Bad Tölz, dass „gewöhnheitsmäßige Schwarzhändler [...], da sie ja ‚Volksschädlinge‘ sind, in ein Arbeitslager eingewiesen werden“ müssten.⁴²⁶ Nach Stefan Mörchen zeugt die selbstverständliche Verwendung solcher diffamierender und aus dem NS-Sprachgebrauch entnommener Begriffe davon, wie tief verankert derlei Stereotype, die auf den sozialen Ausschluss der stigmatisierten Gruppen abzielen, in der polizeilichen Kriminalitätswahrnehmung waren.⁴²⁷ Weitere polizeiliche Feindbilder der Nachkriegskriminalität, die zum Teil auch schon in dieser Arbeit angesprochen wurden, waren „Asoziale“, „Arbeitsscheue“, „streunende Jugendliche“ und „Displaced Persons“. Auch wenn es sicherlich Tendenzen dazu gab, kann man den Polizeibeamten der Nachkriegszeit nicht generell Rassismus und Antisemitismus vorwerfen. Nach einer Beobachtung des Präsidiums der bayerischen Landpolizei herrschte bei der breiten Masse der Bevölkerung allgemein die Ansicht vor, dass die Schuld an der Entwicklung des Schwarzhandels nur die Ausländer treffen würde. „Dabei wird aber ganz übersehen, daß es gerade an uns Deutschen liegt, den Schwarzhandel zum Erliegen zu bringen. Der deutsche Fabrikant, Geschäftsmann, Handwerker, Bauer und der Verbraucher müssen in erster Linie mit aller Härte dazu erzogen werden, Schwarzhandels- und

⁴²³ Brief der Landpolizei Oberbayern Bezirksinspektion Freising v. 17.11.1947 an die Landpolizei Bayern Chefdienststelle Oberbayern (StAM PPO 616)

⁴²⁴ Brief des Präsidiums der Landpolizei von Bayern v. 17.4.1947 an alle Chefdienststellen, alle Schulen, Leiter des Schulwesens, Vizepräsidenten (StAM PPO 607); Vgl. dazu auch: Erker: Solidarität und Selbsthilfe, S. 92.

⁴²⁵ Mörchen: Schwarzer Markt und Konstruktionen des Kriminellen in der Nachkriegszeit, S. 65.

⁴²⁶ Brief der Landpolizei Oberbayern Bezirksinspektion Bad Tölz v. 26.7.1948 an die Landpolizei Bayern Chefdienststelle Oberbayern (StAM PPO 616)

⁴²⁷ Mörchen: Schwarzer Markt und Konstruktionen des Kriminellen in der Nachkriegszeit, S. 66f.

Kompensationsgeschäfte nicht mehr zu tätigen.“⁴²⁸ Aussagen wie diese, in der die deutsche Bevölkerung als Ganzes in die Verantwortung genommen wurde, sind in den Unterlagen des Polizeipräsidiums Oberbayern jedoch eher die Ausnahme. Meistens wurden Schwarzmarktaktivitäten außerhalb der Gesellschaft bei scheinbar gefährlichen Gruppen wie „Berufsschwarzhändlern“, „Großschiebern“ und „Displaced Persons“ verortet.⁴²⁹ Doch konnten auch Plakate wie „Weg mit Schiebern und Volksbetrügnern“ nicht verhindern, dass sich eine Schwarzhändler-Mafia ausbreitete.⁴³⁰

In den Monatsberichten des Wasserburger Ernährungsamtes an den Landrat wird der Schwarzmarkt erstmals im Oktober 1946 thematisiert. Demnach konnten im Landkreis Wasserburg a. Inn keine systematischen Schwarzmarktaktivitäten festgestellt werden. „Schwarzhandel in größerem Umfang“ werde „hauptsächlich von Insassen des Judenlagers Gabersee betrieben.“⁴³¹ Auch in einer lokalgeschichtlichen Arbeit wird erwähnt, dass im DP-Lager Gabersee reger Schwarzmarkthandel getätigt wurde.⁴³² In der ehemaligen Heil- und Pflgeanstalt Gabersee bei Wasserburg a. Inn lebten zwischen 1946 und 1950 zeitweise bis zu 2000 Juden aus Polen, Ungarn, Rumänien und der Tschechoslowakei.⁴³³ Zur „Bekämpfung dieser täglich größer werdenden Gefahr“ schlug das Ernährungsamt vor, alle Straßen nach Gabersee unter polizeiliche Kontrolle zu stellen und „Juden mit Gepäck, besonders an Bahnhöfen und Omnibushaltestellen auf der Strecke nach München einer pol. Kontrolle zu unterziehen.“ Wie das Ernährungsamt weiter mitteilte, machte sich „abgesehen vom Hamsterer-Unwesen [...] besonders der Tauschhandel mit Gebrauchs-Gegenständen gegen Lebensmittel bemerkbar.“ Die Folge sei, dass „große Mengen von Lebensmitteln und bewirtschaftete Gebrauchsgüter aller Art [...] der ordentlichen Bewirtschaftung und somit dem arbeitenden Volk verloren“ gehen würden.⁴³⁴

⁴²⁸ Brief des Präsidiums der Landpolizei von Bayern v. 19.7.1948 an die Chefdienststelle Oberbayern, Niederbayern/Oberpfalz, Ober-/Mittelfranken, Unterfranken, Schwaben (StAM PPO 608)

⁴²⁹ Vgl. dazu auch: Mörchen: Schwarzer Markt und Konstruktionen des Kriminellen in der Nachkriegszeit

⁴³⁰ Wolfrum: Die geglückte Demokratie, S. 33.

⁴³¹ Brief des Ernährungsamtes Abt. B Wasserburg/Inn v. 3.10.1946 an den Landrat Wasserburg/Inn (StAM EÄ B 365)

⁴³² Hans Ludwig Bischof: Gabersee zwischen Schließung und Wiederöffnung der Heil- und Pflgeanstalt 1941 - 1953. In: Heimat am Inn 32 (2012), S. 53-77, hier: S. 69.

⁴³³ Die bisher noch unbeachtete Geschichte der jüdischen Lager Gabersee und Attel wird zurzeit vom Nürnberger Institut für NS-Forschung und jüdische Geschichte des 20. Jahrhunderts e.V. in Zusammenarbeit mit dem Stadtarchiv Wasserburg umfassend erforscht. Vgl. dazu: <http://www.wasserburg.de/de/stadtarchiv/aktuellemeldungen/4-2014.pdf> [4.1.2016]

⁴³⁴ Brief des Ernährungsamtes Abt. B Wasserburg/Inn v. 3.10.1946 an den Landrat Wasserburg/Inn (StAM EÄ B 365)

Für die Beteiligung der Wasserburger Normalverbraucher am Schwarzmarkt finden sich in den hier untersuchten Akten des Ernährungsamtes keine Hinweise. Mit den von den Selbstversorgern ergriffenen Maßnahmen beschäftigte sich das Wasserburger Ernährungsamt hingegen ausführlich. Meistens ging es um den Tatbestand der Schwarzschlachtung, zu dem sich in den Unterlagen des Ernährungsamtes ein eigener Akt befindet.⁴³⁵ Den Dokumenten ist zu entnehmen, dass Schwarzschlachtungen vor allem im Jahr 1947 oft vorkamen und mit hohen Geldbußen, teilweise sogar Gefängnisstrafen, sanktioniert wurden. Paul Erker weist in seiner Studie nach, dass die Bauern massenhaft mit den bestehenden Gesetzen und Normen in Konflikt gerieten.⁴³⁶ Bei regelmäßigen Viehzählungen mussten die Bauern ihr Vieh anmelden. Das Schlachten war nur erlaubt, wenn ein entsprechender Schlachtantrag genehmigt worden war. Zahlreiche Akten zeigen, dass Bauern ihr Vieh nicht meldeten oder das gemeldete Vieh ohne Genehmigung schlachteten. So berichtete das Ernährungsamt des Landkreises Wasserburg a. Inn von dem Fall des Bauern Thomas Lackner, dessen Schlachtantrag wegen „ungenügender Marktleistung“ abgelehnt wurde. Anders ausgedrückt: Der Landwirt war seinen Ablieferungspflichten nicht nachgekommen. Bei einer Kontrolle des Schweinebestandes einige Monate später stellte das Ernährungsamt fest, dass das Schwein, für welches die Schlachtung beantragt wurde, nicht mehr vorhanden war. Der Bauer gab an, das Schwein verkauft zu haben, er könne sich aber nicht mehr an den Namen des Käufers erinnern. Da vermutet wurde, dass das Schwein vom Käufer schwarz geschlachtet wurde, bat das Ernährungsamt die Landpolizei um die Aufnahme von Ermittlungen und das Erstellen einer Strafanzeige.⁴³⁷

Durch Schwarzschlachtungen wollten die Bauern den gefürchteten Viehbeschlagnahmen zuvorkommen und das Fleisch gewinnbringend verkaufen bzw. gegen Gebrauchsgegenstände eintauschen. Die vom Viehbewirtschaftungsverband in Zusammenarbeit mit der Polizei durchgeführten Beschlagnahmen waren nötig, wenn Landwirte ihrer Ablieferungspflicht nicht freiwillig nachkamen. Diese Maßnahme konnte für die Polizeibeamten nach einem Bericht der bayerischen Landpolizei bisweilen gefährlich werden: „Bei allen betroffenen Bauern kam es zu größten Beschimpfungen gegen Staat und Polizei. Die Bauern waren der Auffassung, dass

⁴³⁵ Vgl. Ordnungsstrafen wegen Schwarzschlachtungen u.a. 1945-1949 (StAM EÄ B 347)

⁴³⁶ Erker: Revolution des Dorfes, S. 393.

⁴³⁷ Brief des Ernährungsamtes Abt. B Wasserburg/Inn v. 12.11.1947 an den Landpolizeiposten Isen/Obby. (StAM EÄ B 365)

Viehbeschlagnahmen mit Polizeigewalt nichts anderes als kommunistische Zustände seien. Die bäuerliche Bevölkerung rottete sich zusammen und versuchte den Beamten den Zutritt zu den Stallungen zu verwehren. In einigen Fällen schlossen die Bauern die Ställe ab und bedrohten die Beamten mit Stöcken.⁴³⁸ Neben einer Geld- oder Gefängnisstrafe wurde vom Ernährungsamt bei Schwarzschlachtungsvergehen zusätzlich eine Schlachtsperre verhängt. Die Bitte um Aufhebung derselben ist Inhalt zahlreicher Schreiben an das Ernährungsamt Abt. B. So bat beispielsweise der Landwirt Leonhard Hiebl um die Aufhebung der Schlachtsperre, damit er seinen Selbstversorgerhaushalt mit sechs Personen wieder mit Fleisch ernähren könne. Anderenfalls würden seine Dienstboten „ihr Arbeitsverhältnis bei mir lösen [...], falls kein Fleisch auf den Tisch kommen sollte. Im Interesse der Erhaltung meines Betriebes bitte ich daher, die Schlachtsperre aufzuheben und meinem Schlachtantrag stattzugeben, da ich ja bereits durch eine Geldstrafe mein Vergehen gesühnt habe.“⁴³⁹ Hiebl hatte Glück, das Ernährungsamt hob die Schlachtsperre unter Berücksichtigung der besonderen Umstände auf.⁴⁴⁰ Mit dem aus den Schwarzschlachtungen anfallenden Fleisch wurde vor allem der Schwarze Markt versorgt. Schenkt man den Berichten des Wasserburger Ernährungsamtes Glauben, betrieben die Bauern die illegalen Geschäfte vor allem mit Juden aus dem DP-Lager Gabersee. Demnach hatten die Landwirte das Fleisch oder auch das noch nicht geschlachtete Großvieh zu Überpreisen an Juden verkauft. Da die DP-Lager von der deutschen Polizei nicht betreten werden durften, war die Bekämpfung dieser Viehverschiebungen und Schwarzschlachtungen kaum möglich.⁴⁴¹ Das von den Bauern abgekaufte bzw. in den Lagern geschlachtete Fleisch wurde von den DPs laut Bericht des Wasserburger Ernährungsamtes in der Umgebung zum Tausch gegen andere Lebensmittel angeboten.⁴⁴²

Als Kontrast zur Überlieferung der bayerischen Behörden erweist sich auch bei der Schwarzmarktproblematik der Rückgriff auf die OMGUS-Akten als äußerst ergiebig. Im November 1945 hatten die gemeldeten Schwarzmarktaktivitäten laut einem entsprechenden Monatsbericht zwar abgenommen. Doch schätzte die Wasserburger

⁴³⁸ Brief des Präsidiums der Landpolizei von Bayern v. 14.5.1948 an das Staatsministerium des Innern und das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (StAM PPO 607); Vgl. dazu auch Erker: *Revolution des Dorfes*, S. 393f.

⁴³⁹ Brief von Leonhard Hiebl v. 23.3.1949 an das Ernährungsamt Abt. B Wasserburg/Inn (StAM EÄ B 343)

⁴⁴⁰ Brief des Ernährungsamtes Abt. B Wasserburg/Inn v. 25.3.1949 an Leonhard Hiebl (StAM EÄ B 343)

⁴⁴¹ Vgl. *Bekämpfung von Viehverschiebungen und Schwarzschlachtungen 1947* (StAM EÄ B 337)

⁴⁴² Brief des Ernährungsamtes Abt. B Wasserburg/Inn v. 3.10.1946 an den Landrat Wasserburg/Inn (StAM EÄ B 365)

Militärregierung die Lage realistisch genug ein um zu wissen, dass illegaler Handel heimlich weiterhin betrieben wurde und dass Kompensationsgeschäfte im kleinen Rahmen kaum aufgedeckt werden konnten.⁴⁴³ So klagte man auch im März 1946 noch darüber, dass der Schwarzhandel - sowohl von den Deutschen als auch den DPs - ein Hindernis für die Durchsetzung von Recht und Ordnung im Landkreis darstellte.⁴⁴⁴ Trotz gemeinsamer Maßnahmen von amerikanischen und deutschen Behörden würde der Schwarzmarkt blühen. Die Bemerkung eines einheimischen Landwirtes versinnbildlichte die Situation: „As long as I do not get spare parts for my agricultural machines I will take part in black market operations, I know that this is an illegal way but I get what I need“.⁴⁴⁵ Hier zeigt sich einmal mehr die ernährungsmäßige Besserstellung der Selbstversorger, die es sich leisten konnten, überschüssige Lebensmittel gegen Gebrauchsgegenstände zu tauschen. In dem gleichen Jahresbericht wird allerdings behauptet, dass es sich dank der sorgfältigen Kontrolle der Landwirte bei deren Schwarzmarktaktivitäten um Einzelfälle handele. Wie einem späteren Monatsbericht zu entnehmen ist, sei der Schwarzhandel vor allem „conducted by Jewish DPs with the connivance of German farmers.“⁴⁴⁶

Genauso wie bei den Berichten über die Ernährungslage im Landkreis Wasserburg a. Inn zeigt sich auch bei den Bemerkungen zum Schwarzmarkt in den Unterlagen der amerikanischen Militärregierung eine gewisse Ambivalenz. Im Bericht zum vierten Quartal 1946 werden Rationskürzungen als Hauptursache für den Schwarzmarkt genannt. Von der Beteiligung der „Displaced Persons“ ist in diesem Report keine Rede mehr.⁴⁴⁷ Im Vierteljahresbericht zum ersten Quartal 1947 heißt es: „The blackmarket was widespread among DP's, German juveniles and farmers. [...] The DP is known as the blackmarket specialist, however, everyone participates in the blackmarket in one form or another.“⁴⁴⁸ Die in den Berichten der Amerikaner zutage tretende differierende Virulenz des Schwarzhandels und die unterschiedliche Beteiligung der verschiedenen Gruppen daran ist vermutlich auf die über die Nachkriegsjahre schwankende

⁴⁴³ Monthly Historical Report Landkreis Wasserburg a. Inn November 1945, undatiert (IfZ RG 260, 10/78-2/5)

⁴⁴⁴ Monthly Historical Report Landkreis Wasserburg a. Inn March 1946, undatiert (IfZ RG 260, 10/78-3/1)

⁴⁴⁵ Annual Historical Report Landkreis Wasserburg a. Inn 1945-1946, 30.6.1946 (IfZ RG 260, 10/78-2/5)

⁴⁴⁶ Monthly Historical Report Landkreis Wasserburg a. Inn September 1946, undatiert (IfZ RG 260, 10/78-3/1)

⁴⁴⁷ Quarterly Historical Report Landkreis Wasserburg a. Inn 1.10.1946 - 31.12.1946, undatiert (IfZ RG 260, 10/78-2/5)

⁴⁴⁸ Quarterly Historical Report Landkreis Wasserburg a. Inn 1.1.1947 - 31.3.1947, undatiert (IfZ RG 260, 10/78-3/1)

Schwarzmarktproblematik zurückzuführen, die je nach Ernährungssituation, Verfügbarkeit von Rohstoffen und Gebrauchsgegenständen aller Art und weiteren Umständen unterschiedlich stark ausgeprägt war.

Abschließend kann man mit Stefan Mörchen festhalten, dass der Schwarzmarkt ein realer Ort der Nachkriegszeit war, an dem die Moralvorstellungen und Gesetze der bürgerlichen Welt nicht galten.⁴⁴⁹ Der Chefredakteur der Zeit, Ernst Samhaber, fasste die Lage am 18. Juli 1946 in einem Leitartikel treffend zusammen: „Wir leben in Deutschland in zwei Welten. [...] In der einen Welt stammen die Einnahmen aus festen Geldbezügen. Sie sind gering und einem dauernden Druck nach unten ausgesetzt.“ Die Menschen dieser Welt „sind die Unglücklichen, die seit Monaten mit tausend Kalorien auskommen müssen, die Gestalten der inneren Auszehrung und des Hungerödems.“ „Die andere Welt, die Welt des Warentausches, zahlt überhaupt keine Steuern. Dort werden die Einnahmen nicht nach Hunderten, sondern nur nach Tausenden gerechnet, wenn sich jemand die überflüssige Mühe machen sollte, die Zigaretten oder anderen Waren an Hand des ‚Schwarzmarktkurses‘ in Geldwerte umzurechnen.“ Die Menschen dieser anderen Welt, der „Tauschwelt“, seien „rund, blühend, vergnügt. Wer sich heute in der Straßenbahn eine Zigarette anzündet, gehört zu dieser Welt jenseits der gesetzlichen Regelung.“ „Wer treu und brav seine Pflicht tut und aufgeht in seinem Beruf, der gerät in das Räderwerk der amtlichen Vorschriften und Steuersätze, zwischen die Mühlsteine der Kalorien und erlahmenden Arbeitskraft. [...] Der andere geht dorthin, wo es noch Sachwerte gibt, Güter, die freigesetzt werden, wenn der Bedarf übermächtig ist oder eine Leistung erwartet wird.“⁴⁵⁰

4.2.2 Hamstern, Diebstahl, Lebensmittelkartenfälschung und andere Auswüchse des illegalen Kompensationssystems

Weiter heißt es in dem Zeitungsartikel: „Der Geist der Gesetzlosigkeit geht um, frißt sich durch die immer schmalere werdende Wand hindurch, die Chaos und Ordnung voneinander trennt, und entschleierte den Zustand, daß seit sieben Jahren in Deutschland die Erzeugung auch der lebensnotwendigsten Güter dauernd schrumpft und seit einem Jahre überhaupt völlig aufgehört hat.“ Wenn Ernst Samhaber von einem Geist der Gesetzlosigkeit schrieb, meinte er damit nicht nur Schwarzmarktaktivitäten, sondern

⁴⁴⁹ Mörchen: Schwarzer Markt und Konstruktionen des Kriminellen in der Nachkriegszeit, S. 70.

⁴⁵⁰ Ernst Samhaber: Gesetz des Dschungels. In: Die Zeit Nr. 22/1946 vom 18.7.1946, S. 1.

auch andere Formen der illegalen Zusatzversorgung wie Hamstern, Eigentumsdelikte, Lebensmittelkartenfälschung oder das Erschleichen von Zusatzkarten. Um diese Kompensationsmaßnahmen soll es im Folgenden gehen. Neben den genannten Delikten, die im Zusammenhang mit der katastrophalen Versorgungslage der Nachkriegszeit standen, lässt sich in der „Zusammenbruchgesellschaft“ der Jahre 1945 bis 1947 generell ein hohes Ansteigen der Kriminalität konstatieren. Gerade auf dem Land war der Sicherheitszustand in der unmittelbaren Nachkriegszeit sehr schlecht, wie den Monatsberichten der bayerischen Landwirtschaftsstellen zu entnehmen ist. Die hohe Kriminalität drücke sich in „fast täglichen Gewalttaten aller Art, von Plünderungen und Raubüberfällen, Misshandlungen und Vergewaltigungen, Einbrüchen und Diebstählen und nicht selten der Mordtaten Ausländer wie auch der KZ-ler“ aus. Der polizeiliche Schutz sei „gänzlich ungenügend“.⁴⁵¹ „Von Ordnung und Sicherheit von Leben und Eigentum“ könne in vielen ländlichen Gegenden Bayerns nicht gesprochen werden.⁴⁵² Da im Allgemeinen die Ausländer für die Kriminalität verantwortlich gemacht wurden, höre man immer wieder die eindringliche Frage: „Wann werden endlich diese Ausländer unser Land verlassen?“⁴⁵³

Ein Blick in die Kriminal-Nachrichtenblätter der oberbayerischen Landpolizei⁴⁵⁴ scheint die Monatsberichte der Landwirtschaftsstellen zu bestätigen: Die Häufung von Kapitalverbrechen in den Jahren 1945 bis 1947 ist ebenso auffällig wie der vermeintlich große Anteil von Ausländern, vor allem Polen, daran. Auf die angebliche Existenz polnischer krimineller Banden wird auch in einem Jahresbericht der Wasserburger Militärregierung hingewiesen.⁴⁵⁵ Und im Monatsbericht für Juli 1946 heißt es: „As to the DPs, Wasserburgers have painfully conditioned to the prevalence of violent criminals among the DPs. Almost all crimes of violence can be traced to these unfortunate creatures, but their misfortune does not lessen the German’s resentments

⁴⁵¹ Auszug aus den Monatsberichten der Landwirtschaftsstellen für September 1945, undatiert (StAM PPO 851)

⁴⁵² Zusammenfassung und Auszüge der Monatsberichte der Landwirtschaftsstellen und -ausstellen für den Monat Oktober 1945, undatiert (StAM PPO 851)

⁴⁵³ Ebd.

⁴⁵⁴ Vgl. Kriminal-Nachrichtenblatt der Landpolizei in Oberbayern 1945 (StAM PPO 2036); Kriminal-Nachrichtenblatt der Landpolizei im Regierungsbezirk Oberbayern und Schwaben 1946 (StAM PPO 2037); Kriminal-Nachrichtenblatt der Landpolizei von Bayern 1947 (StAM PPO 2038)

⁴⁵⁵ Annual Historical Report Landkreis Wasserburg a. Inn 1945-1946, 30.6.1946 (IfZ RG 260, 10/78-2/5); Vgl. dazu auch: Mörchen: Schwarzer Markt und Konstruktionen des Kriminellen in der Nachkriegszeit, S. 65.

over a murdered father or a raped daughter.”⁴⁵⁶ Doch ist auch belegt, dass sich Einheimische die vermeintlich oder tatsächlich hohe Beteiligung der DPs an Straftaten zunutze machten. So versuchten die Täter bei einem Raubversuch im Landkreis Traunstein Ausländer vorzutäuschen, indem sie gebrochen deutsch sprachen, während sie sich bei der Flucht der bayerischen Mundart bedienten.⁴⁵⁷ Unabhängig von der Identität der Täter lassen sich für die Zeit von 1945 bis zumindest 1947 ein allgemeiner Verfall der Moral und eine Verrohung der Sitten feststellen.⁴⁵⁸

Neben dem Schwarzmarkt wird das sogenannte Hamstern in Quellen und Sekundärliteratur als zentrales Problem der Hungerkriminalität der unmittelbaren Nachkriegszeit genannt. Unter Hamstern versteht man das Horten von Lebensmitteln angesichts einer drohenden Knappheit. In der unmittelbaren Nachkriegszeit wird dieser Begriff vor allem für das massenhaft auftretende Phänomen verwendet, sich bei Bauern auf dem Land durch Betteln oder das Angebot nicht notwendiger Gegenstände lebensnotwendige Nahrungsmittel zu beschaffen. Da die Lebensmittel auf diese Weise ohne Bezugsberechtigung in den Besitz genommen wurden, war Hamstern ein Verstoß gegen die Verbrauchsregelungs-Strafverordnung.⁴⁵⁹ Hamsterfahrten aufs Land wurden vor allem von der großstädtischen Bevölkerung getätigt, wie Rainer Gries beispielsweise für München nachweist.⁴⁶⁰ Ein Bericht der Bezirksinspektion Schrobenhausen zeigt auf, wie Hamstern funktionierte: „Mit Anbruch der Frühernte 1947 ergoss sich täglich von den Bahnhöfen der Strecke Ingolstadt - Augsburg eine hundertfache Zahl von Kleinhamsterern in die ländlichen Ortschaften des Kreises. Bei den Hamsterern handelte es sich [...] zum grössten Teil um Personen aus den nahen Städten München und Augsburg, die zumeist um Nahrungsmittel nachfragen, ohne selbst einen Tauschartikel bieten zu können. Die grösste Nachfrage galt zu dieser Zeit den Frühkartoffeln. Eine zweite Kategorie von Hamsterern stellte sich in zunehmendem Maße aus der britischen Zone bzw. aus dem Rheinland ein. Dabei wurde festgestellt, dass diese Personen meist landwirtschaftliches Mangelgerät [...] zum Tausch anboten

⁴⁵⁶ Monthly Historical Report Landkreis Wasserburg a. Inn July 1946, undatiert (IfZ RG 260, 10/78-3/1); Vgl. dazu auch: Michael Berkowitz/Suzanne Brown-Fleming: Perceptions of Jewish Displaced Persons as Criminals in Early Postwar Germany: Lingerin Stereotypes and Self-fulfilling Prophecies. In: Avinoam J. Patt/Michael Berkowitz (Hrsg.): “We are here”: New Approaches to Jewish Displaced Persons in Postwar Germany. Detroit 2010, S. 167-193.

⁴⁵⁷ Kriminal-Nachrichtenblatt der Landpolizei von Bayern 1947 (StAM PPO 2038)

⁴⁵⁸ Mörchen: Schwarzer Markt und Konstruktionen des Kriminellen in der Nachkriegszeit, S. 69; Trittel: Hunger und Politik, S. 285.

⁴⁵⁹ Vgl. dazu: Ordnungsstrafen wegen Verstoßes gegen die Verbrauchsregelungs-Strafverordnung (Hamstern von Lebensmitteln u.a.), alphabetisch nach Beschuldigten 1943-1949 (StAM EÄ B 362-364)

⁴⁶⁰ Gries: Die Rationen-Gesellschaft, S. 222.

[...]. Gefordert wurden ausschliesslich Nahrungsmittel [...].⁴⁶¹ Viele Städter brachten ihre verbliebenen Teppiche oder ihr Silberbesteck zu den Bauern und kehrten mit Obst und Gemüse zurück.⁴⁶² Es wurde zu einer alltäglichen Erscheinung, dass Menschen ihre Arbeitsplätze verließen, um durch das Hamstern zusätzliche Lebensmittel zu erlangen.⁴⁶³ Die Bekämpfung des „Hamstererunwesens“ erwies sich allerdings als ähnlich erfolglos wie die des Schwarzmarktes. Bald konzentrierte sich die Polizei darauf, das Hamstern größerer Mengen Ware zu unterbinden, wohingegen das bescheidene Hamstern geringfügigster Lebensmittel durch arme Bevölkerungskreise nicht geahndet wurde.⁴⁶⁴ Die polizeiliche Überwachung der zweiten Kategorie von Hamstern wurde dadurch erschwert, dass das Tauschgut aus dem Norden in Kisten verpackt per Bahn nach Bayern geschickt wurde, wo es am Bahnhof von den Bauern abgeholt wurde, welche dann wiederum die Kisten mit der gehamsterten Ware zum Bahnhof beförderten.⁴⁶⁵ Da nicht alle Hamsterer Tauschware anbieten konnten oder wollten, bedienten sich viele zum Ärger der Bauern ohne Gegenleistung auf den Feldern oder in den Vorratslagern.⁴⁶⁶

Auch im Landkreis Wasserburg a. Inn war diese illegale aber weitgehend tolerierte Praxis, wie die Unterlagen des Ernährungsamtes Abt. B und die OMGUS-Akten⁴⁶⁷ belegen, allgegenwärtig. In jedem Monatsbericht über die Ernährungslage wurde dem Landrat mitgeteilt, welche Menge an Lebensmitteln die Landpolizei den Hamstern abgenommen hatte. So wurden beispielsweise im November 1946 unter anderem 10 kg Butter, 15 kg Butterschmalz, 170 kg Weißmehl, 4 Spanferkel, 111 kg Fleisch, 522 kg Zwiebeln und 25 kg Äpfel beschlagnahmt.⁴⁶⁸ Im Staatsarchiv München befindet sich in den Unterlagen des Ernährungsamtes Abt. B ein eigener Akt zu der Beschlagnahme von

⁴⁶¹ Brief der Landpolizei Oberbayern Bezirksinspektion Schrobenhausen v. 15.11.1947 an die Landpolizei Bayern Chefdienststelle Oberbayern (StAM PPO 616)

⁴⁶² Wolfrum: Die geglückte Demokratie, S. 33.

⁴⁶³ Erker: Solidarität und Selbsthilfe, S. 87.

⁴⁶⁴ Brief des Präsidiums der Landpolizei von Bayern v. 17.4.1947 an alle Chefdienststellen, alle Schulen, Leiter des Schulwesens, Vizepräsidenten (StAM PPO 607); Vgl. dazu auch: Erker: Solidarität und Selbsthilfe, S. 92.

⁴⁶⁵ Brief der Landpolizei Oberbayern Bezirksinspektion Schrobenhausen v. 15.11.1947 an die Landpolizei Bayern Chefdienststelle Oberbayern (StAM PPO 616)

⁴⁶⁶ Auszug aus den Monatsberichten der Landwirtschaftsstellen für September 1945, undatiert (StAM PPO 851)

⁴⁶⁷ Monthly Historical Report Landkreis Wasserburg a. Inn August 1946, undatiert (IfZ RG 260, 10/78-3/1); Quarterly Historical Report Landkreis Wasserburg a. Inn 1.1.1947 - 31.3.1947, undatiert (IfZ RG 260, 10/78-3/1)

⁴⁶⁸ Brief des Ernährungsamtes Abt. B Wasserburg/Inn v. 22.11.1946 an den Landrat Wasserburg/Inn (StAM EÄ B 365)

Lebensmitteln.⁴⁶⁹ Wie die beschlagnahmte Ware verwertet werden sollte, wurde vom Bayerischen Staatsministerium für Ernährung und Landwirtschaft Anfang 1946 festgelegt.⁴⁷⁰ Demnach waren die Lebensmittel umgehend wieder der ordnungsgemäßen Bewirtschaftung zuzuführen. Bei verderbgefährdeter Ware war diese dem Beauftragten für die Versorgung der deutschen Kriegsgefangenen, Lazarette und Ausländer, Sammelverpflegungseinrichtungen für Flüchtlinge, Krankenanstalten oder sonstigen Gemeinschaftsverpflegungseinrichtungen zuzuteilen. Eine Auflistung sämtlicher beschlagnahmter Lebensmittel im Landkreis Wasserburg a. Inn zwischen dem 17. Januar 1946 und dem 22. Juli 1949 zeigt, dass beinahe die Hälfte der Fälle auf das Jahr 1947 fielen.⁴⁷¹ Ein weiteres Indiz für die besondere Not der Menschen im sogenannten Katastrophenjahr. Den Unterlagen des Polizeipräsidiums Oberbayern ist zu entnehmen, dass das Hamsterer-Unwesen nach der Währungsreform im Juni 1948 sowohl im Bezug auf die kleinen Hamsterer aus den bayerischen Großstädten⁴⁷² als auch auf die Hamsterer aus außerbayerischen Gebieten⁴⁷³ stark nachgelassen hatte. Nach Ansicht der Bezirksinspektion Mühldorf waren Hamsterfahrten auf das Land nicht mehr nötig, nachdem man sich nun die Lebensmittel „legal“ ohne Marken kaufen konnte.⁴⁷⁴

Parallel zum Anstieg der Schwarzmarktdelikte und des Hamsterer-Unwesens nahmen die Eigentumsdelikte in der „Zusammenbruchgesellschaft“ der Nachkriegszeit dramatisch zu. Letztere waren eng mit dem Schwarzhandel verbunden, denn Diebesgut war eine der wichtigsten Quellen des Schwarzen Marktes.⁴⁷⁵ Ein Großteil der Eigentumsdelikte lässt sich der Versorgungskriminalität zurechnen, etwa wenn Lebensmittel oder Kohle zum Eigenverbrauch oder zum Verkauf bzw. Tausch auf dem Schwarzmarkt geklaut wurden.⁴⁷⁶ Einbrüche in Ernährungsämter, Kartenausgabestellen und Druckereien waren an der Tagesordnung, da Aufwand und Risiko im Verhältnis zum möglichen Gewinn sehr gering waren.⁴⁷⁷ Wegen der starken Häufung der

⁴⁶⁹ Vgl. Beschlagnahme von Lebensmitteln bei Hamsterern 1946-1949 (StAM EÄ B 346)

⁴⁷⁰ Brief des Bayer. Staatsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft v. 6.4.1946 an sämtliche Ernährungsämter Abt. B (StAM EÄ B 346)

⁴⁷¹ Beschlagnahme von Lebensmitteln bei Hamsterern 1946-1949 (StAM EÄ 346)

⁴⁷² Vgl. Ergebnis der zur Bekämpfung des Schwarzhandels durchgeführten Kontrollen der Zufahrtswege zu den Bahnhöfen und Postanstalten 1947-1949 (StAM PPO 611)

⁴⁷³ Vgl. Erfahrungsberichte der LP-Inspektionen über Kontrollen zur Verhinderung der unerlaubten Getreideausfuhr aus Bayern 1948 (StAM PPO 612); Bekämpfung des Schwarzmarktes 1947-1948 (StAM PPO 615)

⁴⁷⁴ Brief der Landpolizei Oberbayern Bez.-Inspektion Mühldorf v. 1.3.1949 an die Landpolizei Bayern Chefdienststelle Oberbayern (StAM PPO 611)

⁴⁷⁵ Mörchen: Schwarzer Markt und Konstruktionen des Kriminellen in der Nachkriegszeit, S. 59.

⁴⁷⁶ Ebd., S. 57.

⁴⁷⁷ Ebd., S. 59; Trittel: Hunger und Politik, S. 282.

Lebensmittelkartendiebstähle legte das Bayerische Staatsministerium für Ernährung und Landwirtschaft im November 1945 mit einer EntschlieÙung fest, dass die Marken nach Möglichkeit in Tresoren oder Stahlschränken sicher aufbewahrt werden sollten.⁴⁷⁸ Da sich viele Kartenausgabestellen nicht an die Vorschriften hielten, wurden diese regelmäßig auf Anordnung des zuständigen Ernährungsamtes von einem Kreisprüfer kontrolliert.⁴⁷⁹ Zudem standen die Lebensmittelkartenausgabestellen zusammen mit ernährungswirtschaftlichen Betrieben unter einem besonderen polizeilichen Schutz.⁴⁸⁰

Trotz aller Sicherheitsmaßnahmen konnten Einbruch-Diebstähle bei Kartenausgabestellen⁴⁸¹ ebenso wenig vollkommen verhindert werden wie bei Landwirten⁴⁸² und Lebensmittel-GroÙhändlern⁴⁸³. Doch nutzen nach Rainer Gries Lebensmittelhändler bisweilen auch fingierte Einbrüche und Diebstähle als Entschuldigung für verschwundene Nahrungsmittel, die sich danach zu wesentlich höheren Verkaufspreisen auf dem Schwarzen Markt wiederfanden.⁴⁸⁴ Für Günter Trittel waren Unterschlagung und Korruption nicht nur bei ernährungswirtschaftlichen Betrieben und Händlern, sondern auch bei der staatlichen Verwaltung weit verbreitet.⁴⁸⁵ Da neben dem Hunger und der Wohnungsnot auch der Kohlemangel - die Kohleproduktion sank im Januar 1946 auf rund 10% der Kriegsproduktion⁴⁸⁶ - zu einer prägenden Erfahrung der Nachkriegsgesellschaft gehörte, wurde der Kohlenklau in dieser Zeit zur Massenbewegung. Der Kölner Kardinal Joseph Frings zeigte Verständnis dafür, dass die hungernden und frierenden Menschen in ihrer Not raubten, was sie zum Überleben brauchten und legal nicht bekamen.⁴⁸⁷ Aus diesem Grund wurde der Kohlenklau im Rheinland bald als „Fringsen“ bezeichnet.

⁴⁷⁸ EntschlieÙung des Bayer. Staatsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft Abt. B v. 19.11.1945 an sämtliche Ernährungsämter Abt. B (BayHStA LEA B 27)

⁴⁷⁹ Vgl. Berichte über Prüfungen der Kartenstellen des Ernährungsamtes B Wasserburg 1945-1949 (StAM EÄ B 340-342)

⁴⁸⁰ Brief des Ernährungsamtes Abt. B Wasserburg/Inn v. 12.12.1946 an den Landrat Wasserburg/Inn (StAM EÄ B 365)

⁴⁸¹ Brief des Ernährungsamtes Abt. B Roding v. 1.4.1948 an sämtliche Ernährungsämter Abt. B (StAM EÄ B 365); Brief des Ernährungsamtes Abt. B Marktredwitz v. 28.10.1948 an sämtliche Ernährungsämter der Bizone (StAM EÄ B 365)

⁴⁸² Brief des Ernährungsamtes Abt. B Wasserburg/Inn v. 27.11.1947 an den Landpolizei-Hauptposten Wasserburg/Inn (StAM EÄ B 365)

⁴⁸³ Brief der Landpolizei Oberbayern Krim.-Außenstelle Mühldorf/Inn v. 27.7.1949 an das Ernährungsamt Abt. B Wasserburg/Inn (StAM EÄ B 365)

⁴⁸⁴ Gries: Die Rationen-Gesellschaft, S. 217.

⁴⁸⁵ Trittel: Hunger und Politik, S. 282.

⁴⁸⁶ Steininger: Deutsche Geschichte, S. 72.

⁴⁸⁷ Conze: Die Suche nach Sicherheit, S. 26; Steininger: Deutsche Geschichte, S. 74.

Eine weitere Maßnahme zur illegalen Zusatzversorgung war die Fälschung von Lebensmittelkarten, die nach Bericht der amerikanischen Militärregierung in Bayern im Jahr 1947 derart angestiegen war, dass sie „eine ernste Gefahr für eine weitere, geordnete Lebensmittelverteilung bildet.“ So stellten die Amerikaner in Zusammenarbeit mit dem bayerischen Ernährungsministerium bei vorgenommenen Stichproben fest, dass bis zu 90% der von den Lebensmittelhändlern für gewisse Waren abgelieferten Lebensmittelmarken gefälscht waren. An den bayerischen Ministerpräsidenten gerichtet hieß es weiter: „Vom Standpunkt der Militärregierung betrachtet ist dies eine untragbare Situation in einer Zeit, in der alle Anstrengungen gemacht werden, um die an die arbeitende Bevölkerung auszugebenden Lebensmittelrationen durch große Einfuhren zu ermöglichen. Um diesem Zustand abzuhelpfen, werden Sie angewiesen, sofortige und durchgreifende Maßnahmen in die Wege zu leiten.“⁴⁸⁸ Genauso wie gestohlene Lebensmittelkarten lenkten auch gefälschte Marken erhebliche Warenströme auf den Schwarzmarkt.⁴⁸⁹

Lebensmittelkartenfälschungsdelikte lassen sich auch für den Landkreis Wasserburg a. Inn nachweisen. Das Wasserburger Ernährungsamt teilte dem Landrat in einem Bericht über die Ernährungslage mit, dass von den Verbrauchern viele gefälschte Lebensmittel-Bedarfsnachweise beim Ernährungsamt eingeliefert wurden.⁴⁹⁰ Dabei druckten die professionellen Markenfälscher in der Regel nicht die ganze Karte nach, sondern nur einzelne, besonders wertvolle Abschnitte von Mangelwaren.⁴⁹¹ Wenig überraschend dürfte nach den bisherigen Erkenntnissen dieser Studie sein, dass für derlei Vergehen in erster Linie „Displaced Persons“ bzw. Ausländer verantwortlich gemacht wurden. So wurden nach Feststellung des Ernährungsamtes Abt. B Wasserburg a. Inn gefälschte Fettabschnitte von Juden aus dem Lager Gabersee eingelöst.⁴⁹² Ferner würden einige entdeckte Falschmarken nach Ansicht der Stadtpolizei Wasserburg von einem Jugoslawen ohne festen Wohnsitz stammen.⁴⁹³ Analog zu anderen Auswüchsen der

⁴⁸⁸ Brief des Amtes der Militärregierung für Bayern v. 20.11.1947 an den Ministerpräsidenten von Bayern (StAM PPO 616)

⁴⁸⁹ Gries: Die Rationen-Gesellschaft, S. 219.

⁴⁹⁰ Brief des Ernährungsamtes Abt. B Wasserburg/Inn v. 22.3.1948 an den Landrat Wasserburg/Inn (StAM EÄ B 365)

⁴⁹¹ Brief des Ernährungsamtes Abt. B Wasserburg/Inn v. 19.6.1947 an die Stadtpolizei Wasserburg/Inn (StAM EÄ B 365); Vgl. dazu auch: Gries: Die Rationen-Gesellschaft, S. 219.

⁴⁹² Brief des Ernährungsamtes Abt. B Wasserburg/Inn v. 6.12.1946 an alle Fett-Letztverteiler in Wasserburg/Inn (StAM EÄ B 365)

⁴⁹³ Brief der Stadtpolizei Wasserburg/Inn v. 22.4.1948 an den Leiter des Ernährungsamtes Abt. B Wasserburg/Inn (StAM EÄ B 365)

Hungerkriminalität nahmen Lebensmittelkartenfälschungsdelikte im Jahr 1949 bei besserer Ernährungslage deutlich ab.⁴⁹⁴

Als letztes Vergehen, das von den Menschen in Zeiten der Not begangen wurde, um zusätzliche Lebensmittel zu bekommen, taucht in den Unterlagen das Erschleichen von Zusatzkarten auf. Besonders häufig versuchten dies im Landkreis Wasserburg a. Inn - soweit aus den einschlägigen Akten ersichtlich - werdende und stillende Mütter. Wie das Ernährungsamt feststellte, würden „von den Hebammen [...] vielfach Anträge auf Aushändigung der Mütterkarten und Stillbescheinigungen unterzeichnet, die jeder sachlichen Richtigkeit entbehren“. Vor dem Hintergrund der „derzeitig katastrophale[n] Ernährungslage“ sei eine „lockere Handhabung in der Ausgabe der Mütterkarten nicht“ möglich. „Angaben der Mütter allein genügen nicht, da solche Angaben darauf abzielen, die Zulagen unrechtmässigerweise vorzeitig oder länger zu beziehen.“ Vielmehr müsse auf eine Untersuchung bestanden werden.⁴⁹⁵ In zahlreichen Briefen bitten Bürger das Ernährungsamt um den Ersatz verloren gegangener, gestohlener oder verfallener Lebensmittelkarten.⁴⁹⁶ Doch bekamen die Normalverbraucher für abhanden gekommene Markenabschnitte in der Regel keine Entschädigung. Als die Karten in der Anfangszeit des Rationierungssystems noch teilweise ersetzt wurden, reklamierten nach Rainer Gries monatlich bis zu 10.000 Münchner den angeblichen oder tatsächlichen Verlust ihrer Lebensmittelmarken.⁴⁹⁷ Um das Erschwindeln von Zusatzrationen zu verhindern, war es nach Entschließung des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten strengstens verboten, Kartenabschnitte umzutauschen bzw. die Gültigkeit derselben zu verlängern.⁴⁹⁸

Die Versorgungskrise hatte die Bevölkerung an den Rand der Illegalität getrieben, wobei der Übergang in die Kriminalität gleitend war.⁴⁹⁹ Schwarzmarktvergehen, Lebensmitteldiebstahl, Schwarzschlachtungen, Hamstern und Fälschung von Lebensmittelmarken wurden - nicht nur im Landkreis Wasserburg a. Inn - zum

⁴⁹⁴ Brief des Ernährungsamtes Abt. B Wasserburg/Inn v. 30.3.1949 an das Bayer. Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (StAM EÄ B 365)

⁴⁹⁵ Brief des Ernährungsamtes Abt. B Wasserburg/Inn v. 8.10.1947 an alle Hebammen des Lkr. Wasserburg u.a. (StAM EÄ B 343)

⁴⁹⁶ Vgl. Zuteilung von Lebensmittelkarten an Kranke, Flüchtlingslager usw.; Ordnungsstrafen wegen Schwarzschlachtungen u.a. (alphabetisch nach Namen) 1945-1949 (StAM EÄ B 343)

⁴⁹⁷ Gries: Die Rationen-Gesellschaft, S. 219.

⁴⁹⁸ Brief des Ernährungsamtes Abt. B Wasserburg/Inn v. 24.3.1947 an Thea Ebenhoch (StAM EÄ B 343)

⁴⁹⁹ Mörchen: Schwarzer Markt und Konstruktionen des Kriminellen in der Nachkriegszeit, S. 69.

Massenphänomen.⁵⁰⁰ Soziale Verhaltensweisen und Wertmaßstäbe, die zuvor selbstverständlich waren, wurden in dieser Zeit, in der die Sorge um die nackte physische Existenz den Alltag bestimmte, in weiten Kreisen der Bevölkerung aufgehoben. Das Leid der Menschen manifestierte sich in einer bisher unbekannt Dimension von Elends- und Hungerkriminalität.⁵⁰¹ Ohne eine Zusatzversorgung, ohne Schwarzmarkthandel, Hamsterfahrten auf das Land oder Eigentumsdelikte hätten viele Menschen nicht überlebt. Über mindestens drei Jahre hinweg lebten die Deutschen in einer - wie Günter Trittelt es ausdrückt - „Klaugesellschaft“.⁵⁰² Moral war jedoch auch standortabhängig, schließlich war die Bevölkerung von den Rationseinbrüchen unterschiedlich stark betroffen und bestimmte Bevölkerungsgruppen wie die Selbstversorger genossen eine bessere Lebensmittelversorgung als Normalverbraucher. Die individuelle Notlage und der Bedarf an illegalen Kompensationsmaßnahmen waren demnach von der Zugehörigkeit zu den unterschiedlichen Versorgungsklassen abhängig.

4.3 Bürokratische Erfahrung

Neben dem Zusammenleben mit den Fremden und dem Zwang zur Illegalität war der Bürokratismus eine weitere prägende Erfahrung der „Rationen-Gesellschaft“ der Nachkriegszeit. Am deutlichsten wird die bürokratische Erfahrung in der Korrespondenz der Ernährungsämter mit der Bevölkerung. Eine Bevölkerungsgruppe, die diese Erfahrung besonders häufig machen musste, waren politisch verfolgte Opfer der NS-Diktatur. Der Umstand der politischen Verfolgung begründete nach Entschließung des Landesernährungsamtes Bayern alleine noch keinen Anspruch auf die erhöhte Verpflegung, die ehemaligen Konzentrationslagerhäftlingen zukam (vgl. Kapitel 4.1.1). Aus diesem Grund musste der Antrag des politisch verfolgten und von der Gestapo inhaftierten Josef Mandlik abgelehnt werden.⁵⁰³ Ebenso erging es Frau Gerda Ernst, die mehrere Monate im Gefängnis saß, weil sie bei dem missglückten Anschlag auf Hitler am 20. Juli 1944 den Ausspruch getan hatte: „Wenn es nur geglückt

⁵⁰⁰ Erker: Revolution des Dorfes, S. 395.

⁵⁰¹ Trittelt: Hunger und Politik, S. 282.

⁵⁰² Ebd., S. 280.

⁵⁰³ Brief des Amtes für Ernährung und Landwirtschaft in Bayern Abt. B v. 29.9.1945 an den Landrat von Freising (BayHStA LEA B 53)

wäre.⁵⁰⁴ Noch drastischer scheint der Fall des Bürgers Heinz Metzner, der zwischen 1934 und 1940 im Gefängnis sowie den Lagern Sachsenburg, Sachsenhausen, Buchenwald und Auschwitz inhaftiert war. Metzner wurde nach eigenen Angaben im Lager zwangssterilisiert und habe seitdem andauernd darunter zu leiden. Das Landesernährungsamt Bayern lehnte den Antrag auf eine erhöhte Verpflegung ab, da der Antragssteller im Jahre 1940 aus dem KZ entlassen worden war.⁵⁰⁵ Vor dem 1. Januar 1945 Entlassene hatten keinen Anspruch auf eine erhöhte Verpflegung für Konzentrationslagerhäftlinge. Ein ehemaliger KZ-Häftling aus Landshut kam einige Tage vor diesem Stichtag am 29.12.1944 nach fünfjähriger Haft frei.⁵⁰⁶ Mit einem Entgegenkommen der Behörden konnte er jedoch nicht rechnen: „Ich bedauere, auch in dem vorgetragenen Härtefall mit Rücksicht auf die gebotene genaue Einhaltung des [...] gesetzten Termins keine Ausnahme zulassen zu können.“⁵⁰⁷

Das aus Sicht der hungernden Bevölkerung pedantische, formalistische Denken der Beamten wurde häufig für die eigene Unterversorgung verantwortlich gemacht. Daher waren die Bediensteten der Ernährungsämter ganz besonders von der insgesamt sehr gereizten Stimmung dieser Zeit betroffen. Zornige Schimpfkanonaden gegenüber den Beamten waren an der Tagesordnung.⁵⁰⁸ Das Verhalten der Bevölkerung ist zwar in Zeiten der Not nachvollziehbar, doch ist ebenfalls zu bedenken, dass die Angestellten des Ernährungsamtes an die bestehenden Vorschriften gebunden waren. Zumal diese Vorschriften einer gleichmäßigen Verteilung der Lebensmittel dienten. Problematisch war zudem, dass das Personal der Ernährungsämter und Kartenausgabestellen mit den einschlägigen Vorschriften über die Zwangsbewirtschaftung auf dem Ernährungsgebiet vielfach nicht hinreichend vertraut war. Zum einen ließ sich dies auf das Fehlen entsprechender Vorschriftensammlungen zurückführen. Zum anderen mussten zahlreiche Stellen wegen der Entnazifizierung neu besetzt werden und den Angestellten fehlte es schlichtweg an Wissen und Erfahrung.⁵⁰⁹ Umso schwerer war es, der einfachen

⁵⁰⁴ Brief des Landrats von Naila v. 27.8.1945 an das Amt für Ernährung und Landwirtschaft in Bayern Abt. B; Brief des Amtes für Ernährung und Landwirtschaft in Bayern Abt. B v. 10.10.1945 an den Landrat von Naila (BayHStA LEA B 53)

⁵⁰⁵ Brief des Amtes für Ernährung und Landwirtschaft in Bayern Abt. B v. 4.10.1945 an den Landrat von Bad Tölz (BayHStA LEA B 53)

⁵⁰⁶ Brief des Oberbürgermeisters der Stadt Landshut v. 19.12.1945 an das Bayer. Staatsministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BayHStA LEA B 54)

⁵⁰⁷ Brief des Bayer. Staatsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft v. 4.1.1946 an den Oberbürgermeister der Stadt Landshut (BayHStA LEA B 54)

⁵⁰⁸ Gries: Die Rationen-Gesellschaft, S. 227.

⁵⁰⁹ Entschließung des Amtes für Ernährung und Landwirtschaft in Bayern Abt. B v. 31.7.1945 an sämtliche Oberbürgermeister, Landräte und Leiter der Ernährungsämter Abt. B (BayHStA LEA B 26)

Bevölkerung die komplexen Anordnungen zu vermitteln. Ein verärgerter Bürger teilte dem Ernährungsamt mit, er „habe keine Zeit Lebensmittelkartenwissenschaft zu studieren, bei mir wird produktive Arbeit geleistet.“⁵¹⁰ Weitere Beispiele aus dem Landkreis Wasserburg a. Inn sollen die bürokratische Erfahrung noch deutlicher herausarbeiten. Wie bereits in der Einleitung angesprochen, waren die lokalen Dienststellen den Stimmungen der Bevölkerung am stärksten ausgesetzt.

Im Februar 1948 bat der Bürger Rudolf Bart den Leiter des Ernährungsamtes Abt. B, acht Abschnitte für Fische der Krankenzulagekarte seiner elfjährigen Tochter gegen Eier oder ähnliches mit gleichem Kalorienwert umzutauschen. Dies sei nötig, da die Tochter Fische weder essen noch vertragen könne, auf Grund der ärztlichen Verordnungen aber die volle Kalorienmenge haben solle. Rudolf Bart fügte zudem an, dass „wir durch zweimaliges Ausbomben in München alles verloren [haben] und ganz auf uns selbst gestellt sind.“⁵¹¹ Kurz darauf wurde durch den Arzt Karl Goetz bestätigt, dass „das Kind Hildegard Bart speziell Fische nicht vertragen kann und einigemal akut erkrankt ist nach dem Versuch, Fische oder auch bestimmte Fette zu geben.“⁵¹² Daher empfahl der Arzt den Umtausch der Fischmarken. Die Reaktion des Ernährungsamtes fiel lapidar aus: „Ein Umtausch der Fischmarken [ist] nur für die Krankheitsgruppe 9/1 [...] möglich“. Ferner wurde „ein diesbezüglicher Antrag für einen Zulageempfänger der Gruppe 9/2 [...] durch das Bayer. Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten erst vor kurzem abgelehnt.“⁵¹³ Auch der Verfall von Lebensmittelmarken war Anlass für zahlreiche Bittschreiben an das Wasserburger Ernährungsamt. Häufig verpassten es Bürger, ihre Bedarfsnachweise wegen Krankheit, Arbeit oder der weiten Entfernung zur Ausgabestelle rechtzeitig einzulösen. So beschwerte sich die Vertriebene Angela Zeller darüber, dass bestimmte Nahrungsmittel oftmals lange zurückgehalten und nicht ausgegeben werden, „wo man ohnehin schon immer den ‚Tiefstand‘ an Lebensmitteln erreicht hat, während mühsähhlig [sic] abgerungene Marken schon von der ersten überzähligen Stunde an ungültig erklärt werden. Wie mir zu Mute ist, können Sie sich sicher vorstellen und ich bitte Sie daher dringendst, mir umgehend entsprechende Marken zusenden zu wollen.“⁵¹⁴

⁵¹⁰ Brief von David Schild v. 5.4.1948 an das Ernährungsamt Abt. B Wasserburg/Inn (StAM EÄ B 343)

⁵¹¹ Brief von Rudolf Bart v. 28.2.1948 an das Ernährungsamt Abt. B Wasserburg/Inn (StAM EÄ B 343)

⁵¹² Brief von Karl Goetz v. 1.3.1948 an das Ernährungsamt Abt. B Wasserburg/Inn (StAM EÄ B 343)

⁵¹³ Brief des Ernährungsamtes Abt. B Wasserburg/Inn v. 10.3.1948 an Rudolf Bart (StAM EÄ B 343)

⁵¹⁴ Brief von Angela Zeller v. 22.7.1947 an das Ernährungsamt Abt. B Wasserburg/Inn (StAM EÄ B 343)

Die Angestellten der Ernährungsämter standen vor dem ständigen Dilemma, dass sie zwar für die Bevölkerung da sein sollten, gleichzeitig aber zur genauen Einhaltung der Vorschriften angehalten waren. Dies war auch insofern problematisch, als sie relativ große Machtbefugnisse besaßen und bei der Vergabe der Lebensmittelkarten fast über Leben und Tod entscheiden konnten.⁵¹⁵ Die Folge waren zwischenmenschliche Auseinandersetzungen zwischen Bürgern und Beamten, wie sie sich z.B. in dem in Kapitel 4.1.2 vorgestellten Konflikt zwischen einer Selbstversorgerin und einem „preußischen“ Angestellten, aber auch in zahlreichen anderen, durch die Akten belegten Fällen zeigen. So beschwerte sich der kriegsgeschädigte Bürger Karl Günther über die angestellten Damen des Ernährungsamtes, welche die Besucher arrogant und von oben herab abwimmeln würden. An den Leiter des Wasserburger Ernährungsamtes Abt. B schrieb Günther: „Diese Damen sind schon viel zu lange auf diesem Posten und glauben sich als König über alles erhaben in der Meinung, das Ernährungsamt kann ohne sie nicht weiterbestehen. Es ist daher höchste Zeit, diese Posten umzubersetzen, wie es bei anderen Ämtern schon lange üblich ist, um bei den betr. Angestellten kein Herrschaftsgefühl aufkommen zu lassen. [...] Es ist mir absolut nicht darum zu tun, jemand etwas anzuhängen, sondern ich verlange mein gutes Recht und vor allen Dingen eine anständige Behandlung, wie ich sie billigerweise verlangen kann.“⁵¹⁶

Da die Ernährungsämter für die Auszahlung des Kopfgeldes nach der Währungsreform verantwortlich waren (vgl. Kapitel 2.4), bekamen die Angestellten auch den Ärger derjenigen Bürger zu spüren, die das Geld aus den verschiedensten Gründen nicht oder zumindest nicht rechtzeitig erhielten.⁵¹⁷ Zahlreiche Wasserburger versuchten in ihrem Elend und ihrer Verzweiflung die eigenen Forderungen mithilfe von Drohungen durchzusetzen. Johanna Dasch wollte ihren Fall, den sie als „Schikane“ bezeichnete, im Oberbayerischen Volksblatt veröffentlichen, wenn das Ernährungsamt nicht einlenken würde.⁵¹⁸ Anna Eibl drohte, sich an die dem Ernährungsamt vorgesetzte Behörde zu wenden, „sofern Sie [...] auf meine wohl sehr berechtigte Beschwerde keine Klärung des Falles herbeiführen.“⁵¹⁹ Ähnlich formulierte es Hans Focke, der bei Nichterfüllung seiner Forderungen „an die allein richtige Stelle gehen“ wollte, um eine „Änderung der

⁵¹⁵ Hoffmann: Nachkriegszeit, S. 68.

⁵¹⁶ Brief von Karl Günther v. 26.12.1946 an das Ernährungsamt Abt. B Wasserburg/Inn (StAM EÄ B 343)

⁵¹⁷ Brief von Linda Arendt o.D. an das Ernährungsamt Abt. B Wasserburg/Inn (StAM EÄ B 354)

⁵¹⁸ Brief von Johanna Dasch v. 9.3.1947 an das Ernährungsamt Abt. B Wasserburg/Inn (StAM EÄ B 343)

⁵¹⁹ Brief von Anna Eibl v. 10.6.1948 an das Ernährungsamt Abt. B Wasserburg/Inn (StAM EÄ B 343)

Verhältnisse [zu] ersuchen.⁵²⁰ Weniger eindeutig war Fritz Engel, der sich bei Nichtzusendung der gewünschten Lebensmittelzusatzkarte gezwungen sehe, „wo anders Schritte zu unternehmen, die aber dann sehr wirksam sein könnten.“⁵²¹ Wie das folgende exemplarische Schreiben belegt, ließ sich der Leiter des Wasserburger Ernährungsamtes nicht jede Anschuldigung gefallen: „In Ihrem Schreiben vom 28.1.1946 führten Sie zweimal das Wort ‚Unterschlagung‘ an. Diese unbegründete, wie unverschämte Anschuldigung weise ich auf das Schärfste [...] zurück, im Wiederholungsfalle werde ich ein gerichtliches Verfahren gegen Sie einleiten.“⁵²²

Ein spezifisches Wasserburger Problem, das zahlreiche bürokratische Schwierigkeiten mit sich brachte, war das Fehlen eines Ernährungsamtes Abt. A im Landkreis Wasserburg a. Inn. Das für den Landkreis verantwortliche Ernährungsamt A befand sich in Mühldorf a. Inn und war zudem für die Landkreise Altötting und Mühldorf zuständig. Auf diese Problematik wies der Wasserburger Landrat das Bayerische Staatsministerium für Ernährung und Landwirtschaft Anfang 1946 hin, verbunden mit der Bitte, eine Abteilung A im Kreis Wasserburg a. Inn zu errichten. Die Folge sei, dass „trotz aller Bemühungen und Entgegenkommen Unstimmigkeiten zwischen den Abteilungen A und B herrschen, die Erfassung und Verteilung der Lebensmittel [...] viel zu wünschen übrig läßt und - soweit es Aufgabe des Ernährungsamtes Abt. A ist - heuer in mehr als einer Beziehung vollkommen versagt hat.“ Der Landrat behauptete, dass „der Fehler an der mangelhaften Organisation liegt, nämlich, daß das Ernährungsamt Abt. A in Mühldorf auch einen verhältnismäßig entlegenen Kreis wie Wasserburg außer den Kreisen Mühldorf selbst und Altötting zu betreuen hat.“ Die Folgen seien „Schleichhandel, Schwarzschlachtungen, Nichtablieferung, Schwarzmüllerei, Verschiebungen und ungenügende Versorgung im Vergleich mit den Erzeugungsmöglichkeiten.“⁵²³ Die amerikanische Militärregierung kritisierte, dass im Landkreis Wasserburg viele Maßnahmen zur Verhinderung von Verschiebungen und Nichtablieferungen von Autoritäten außerhalb des Kreises durchgeführt wurden. Neben dem Ernährungsamt Abt. A in Mühldorf wurden Milch-, Fett- und Getreidewirtschaftsverbände aufgeführt, da diese sich in München befanden.

⁵²⁰ Brief von Hans Focke v. 14.3.1947 an das Ernährungsamt Abt. B Wasserburg/Inn (StAM EÄ B 343)

⁵²¹ Brief von Fritz Engel v. 10.1.1949 an das Ernährungsamt Abt. B Wasserburg/Inn (StAM EÄ B 343)

⁵²² Brief des Ernährungsamtes Abt. B Wasserburg/Inn v. 22.2.1946 an Mina Reiter (StAM EÄ B 343)

⁵²³ Brief des Landrats Wasserburg/Inn v. 8.1.1946 an das Bayer. Staatsministerium für Ernährung und Landwirtschaft (StAM EÄ B 365)

Demzufolge sei ein großer Anteil der getroffenen Maßnahmen ineffektiv.⁵²⁴ Nachdem das Bayerische Staatsministerium den Vorschlag des Wasserburger Landrats ablehnte, unternahm das Ernährungsamt Abt. B einen neuen Versuch. So wurde argumentiert, dass durch die vorhandenen Unstimmigkeiten dringende Ernährungsangelegenheiten verzögert würden und dass „der umständliche Weg von Wasserburg/Inn nach Mühldorf [...] den Selbstversorgern im Landkreis und dem Ernährungsamt Abt. B Schwierigkeiten mit sich [bringt], die sich äusserst ungünstig für die Erfassung der landwirtschaftlichen Produkte [...] und somit letztenendes auch für die Verbraucherschaft auswirken.“⁵²⁵ Hinzu kam, dass der zweimal im Monat abgehaltene Sprechtag des Ernährungsamtes Abt. A in Wasserburg nicht mehr stattfand und die Bauern im Kreis Wasserburg nun gezwungen waren, in dringenden Fällen den weiten und umständlichen Weg nach Mühldorf anzutreten. Dadurch ginge mindestens ein Arbeitstag verloren. Auch diese Argumente, ein Bittschreiben des Wasserburger Landrats an den Regierungspräsidenten in München⁵²⁶ und immer wieder aufkommende Beschwerden über zu lange Bearbeitungszeiten⁵²⁷ konnten das Bayerische Staatsministerium für Ernährung und Landwirtschaft nicht umstimmen. Das Ernährungsamt Abt. A blieb bis zur Schließung der Ernährungsämter 1950 in Mühldorf. Selbst der bayerischen Ministerpräsident Hans Ehard räumte unverhohlen ein, niemals so unter den Hemmnissen der Bürokratie gelitten zu haben wie in der Nachkriegszeit.⁵²⁸

4.4 Vergleichsmentalität und Selbstwahrnehmung als Opfer

Als letzte typische Hungererfahrungen der Ernährungskrise, die soziale Verhaltensweisen der Bevölkerung beeinflusst hatten, sollen die Vergleichsmentalität und die damit zusammenhängende Selbstwahrnehmung als Opfer unter die Lupe genommen werden. In Zeiten von Not, Elend und Hoffnungslosigkeit dachten die Menschen zuerst an sich, einen Zusammenhalt gab es kaum.⁵²⁹ Einheit und Solidarität brachten im Gegensatz zu Egoismus und der Beteiligung am Schwarzen Markt keine

⁵²⁴ Quarterly Historical Report Landkreis Wasserburg a. Inn 1.1.1947 - 31.3.1947, undatiert (IfZ RG 260, 10/78-3/1)

⁵²⁵ Brief des Ernährungsamtes Abt. B Wasserburg/Inn v. 7.8.1946 an den Landrat Wasserburg/Inn (StAM EÄ B 365)

⁵²⁶ Brief des Landrats Wasserburg/Inn v. 19.8.1946 an den Regierungspräsidenten in München (StAM EÄ B 365)

⁵²⁷ Brief des Ernährungsamtes Abt. B Wasserburg/Inn v. 14.4.1948 an den Landrat Wasserburg/Inn (StAM EÄ B 365)

⁵²⁸ Gries: Die Rationen-Gesellschaft, S. 227.

⁵²⁹ Wolfrum: Die geglückte Demokratie, S. 33; Erker: Solidarität und Selbsthilfe, S. 82.

Vorteile. Versorgungsdruck und Versorgungsneid zeigten sich in den allgegenwärtigen Vorwürfen, die eigene Zone, das eigene Land, die Heimatstadt oder die eigene Familie seien schlecht versorgt und würden benachteiligt.⁵³⁰ Auffällig ist, dass der Kampf um Versorgungsvorteile und die Polarisierung auf unterschiedlichen Ebenen stattfanden. Die Verteilungskonflikte zwischen den deutschen Ländern wurden bereits im Kontext des „Kartoffelkrieges“ angesprochen. Auch auf der Stufe der Landkreise fühlte man sich benachteiligt. So beschwerte sich das Wasserburger Ernährungsamt Abt. B, dass die vom Bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vorgeschriebene und im Kreis Wasserburg durchgeführte Kürzung der Zulagekarten für Mütter in den benachbarten Landkreisen Mühldorf a. Inn⁵³¹ und Erding⁵³² nicht geschehen sei.

Ferner ist durch die Korrespondenz des Ernährungsamtes Abt. B belegt, dass einzelne Bevölkerungsgruppen bevorzugt wurden. So erhielten deutsche Angestellte bei amerikanischen Dienststellen⁵³³, Angehörige eines mit den USA kooperierenden deutschen Wissenschaftlers⁵³⁴ und Familienmitglieder jener Personen, die sich in den USA zu Studienzwecken aufhielten⁵³⁵, zusätzliche Rationen. Problematisch war zudem, dass innerhalb der Arbeiterschaft durch die Ausdifferenzierung je nach Industriebranche und Schwere der Arbeit verschiedene Versorgungsgruppen geschaffen wurden⁵³⁶, von denen einige extrem hohe Lebensmittelrationen erhielten, die bisweilen das Zwei- oder Dreifache der Normalverbraucherrationen darstellten. Beispielsweise bekamen Taucher ab August 1947 in der schlimmsten Phase der Ernährungskrise auf Anordnung der amerikanischen Militärregierung die Rationen der Bergschwerstarbeiter von 4000 Kalorien täglich.⁵³⁷ Die Normalverbraucherrationen betragen zu dieser Zeit offiziell 1500 Tageskalorien, dürften tatsächlich aber noch geringer ausgefallen sein. Die

⁵³⁰ Gries: Die Rationen-Gesellschaft, S. 15.

⁵³¹ Brief des Ernährungsamtes Abt. B Wasserburg/Inn v. 16.11.1946 an das Ernährungsamt Abt. B Mühldorf/Inn (StAM EÄ B 365)

⁵³² Brief des Ernährungsamtes Abt. B Wasserburg/Inn v. 14.4.1949 an das Ernährungsamt Abt. B Erding (StAM EÄ B 365)

⁵³³ Brief des Verpflegungslagers Rosenheim des Beauftragten für Lagerversorgung in Bayern v. 26.10.1946 an das Ernährungsamt Abt. B Wasserburg/Inn u.a. (StAM EÄ B 365)

⁵³⁴ Brief des Military Government Liaison and Security Office v. 19.11.1947 an das Ernährungsamt Abt. B Wasserburg/Inn (StAM EÄ B 343)

⁵³⁵ Brief des Landesernährungsamtes Bayern Abt. B v. 14.11.1945 an den Oberbürgermeister von Landshut (BayHStA LEA B 54)

⁵³⁶ Vgl. Herstellung der Lebensmittelkarten; Zulagen für verschiedene Berufsgruppen 1945-1950 (StAM EÄ B 344)

⁵³⁷ Entschließung des Bayer. Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten v. 12.8.1947 an sämtliche Ernährungsämter Abt. B (StAM EÄ B 344)

Benachteiligten waren die Älteren, Arbeitslosen, Hausfrauen und geistig Schaffenden in Verwaltung, Wissenschaft und Kunst, die keinerlei Lebensmittelzulagen bekamen.⁵³⁸ Das Rationierungssystem begünstigte diejenigen, die sich Zusatzrationen erarbeiten, erstreiten oder erschwindeln konnten.⁵³⁹

Am konkretesten zeigten sich Neidgefühle und die Vergleichsmentalität in den Briefen der einfachen Bevölkerung. Die Versorgungskonflikte zwischen Einheimischen und Fremden wurden bereits ausführlich analysiert und sollen deshalb außen vor bleiben, auch wenn sie freilich eindrucksvoll die in diesem Unterkapitel diskutierten Probleme belegen. Eine weitere, in den Quellen immer wieder zutage tretende Ebene des Versorgungsneides, ist die zwischen der städtischen und der ländlichen Bevölkerung. Eigentlich könnte man meinen, die Bevölkerung des ländlich geprägten Kreises Wasserburg a. Inn hätte keinen Grund gehabt, sich gegenüber den Stadtbewohnern benachteiligt zu fühlen, war die Versorgungslage auf dem Land, wie in dieser Studie gezeigt wurde, doch meist besser als in den Großstädten. Die Akten jedenfalls liefern eindeutige Belege für Versorgungsneid auf Seiten der agrarisch geprägten Landkreise und ihrer Bewohner. So wurden dem Amt für Ernährung und Landwirtschaft in Bayern durch die Ernährungsämter immer wieder Gesuche um Einbeziehung in die Verteilung von Mangelwaren oder Beschwerden wegen Nichtberücksichtigung zugeleitet. Mangelwaren wie Honig oder Obst konnten meist nur an Kinder in den Großstädten und Industriegemeinden verteilt werden. Würden in den Landgemeinden beispielsweise nur die Kinder Evakuierter einbezogen werden, „so würde sofort eine neue, weit schwerere Härte auftreten, wenn die in einem Dorf wohnenden Kinder verschieden behandelt würden.“ Darüber hinaus würde „die Einbeziehung einzelner mittlerer und kleinerer Landgemeinden [...] bei den derzeitigen Transportschwierigkeiten auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen.“⁵⁴⁰ Im Kreis Wasserburg gab es massive Beschwerden darüber, dass nur Städte mit mehr als 20.000 Einwohnern zusätzliche Lebensmittellieferungen erhielten.⁵⁴¹ Da es im gesamten Landkreis keine größeren Städte gab, vernahm die Wasserburger Militärregierung diese Klagen in sämtlichen ihr unterstehenden

⁵³⁸ Trittel: Hunger und Politik, S. 220; Gries: Die Rationen-Gesellschaft, S. 201, 325f.

⁵³⁹ Gries: Die Rationen-Gesellschaft, S. 326.

⁵⁴⁰ Entschließung des Amtes für Ernährung und Landwirtschaft in Bayern Abt. B v. 2.9.1945 an sämtliche Ernährungsämter Abt. B (BayHStA LEA B 27)

⁵⁴¹ Monthly Historical Report Wirtschaftsamt Wasserburg a. Inn September 1946, 30.9.1946 (StAM WirtÄ 157)

Landgemeinden.⁵⁴² Exemplarisch für viele andere Fälle stehend sei hier der des evakuierten Landbewohners Johann Mairle vorgestellt. Dieser beklagte, dass „die Stadtbewohner, wie man tägl. sehen kann, mit [...] Säcken u. Waschkörben aufs Land hinauskommen u. das Obst zentnerweise holen“.⁵⁴³ Die Städter seien „dann doppelt versorgt, weil sie ja auf die Obst- u. Gemüsekarte auch noch welches erhalten, während wir auf dem Lande das Nachsehen haben“. Eine interessante Aussage, sahen sich doch in der Regel vor allem die Stadtbewohner gegenüber der Landbevölkerung im Versorgungsnachteil. Das Ernährungsamt entgegnete denn auch, dass es „abgesehen vom unstatthaften Aufkauf von Obst“ den „Bewohnern der Landgemeinden eher möglich [sei], sich Obst zu beschaffen als wie den Angehörigen in der Stadt.“⁵⁴⁴ Naturgemäß kam es auch zwischen Normalverbrauchern und Selbstversorgern zu Versorgungsneid. Letztere hatten ohnehin einen besseren Lebensstandard, da sie dem staatlichen Zuteilungssystem nicht unmittelbar unterworfen waren. Wurden die Landwirte dann noch bevorzugt mit begehrten Nahrungsmitteln wie Teigwaren beliefert, waren Neid und Missgunst in Kreisen der Normalverbraucherschaft vorprogrammiert.⁵⁴⁵ Da das kollektive Bewusstsein der städtischen Normalverbraucher von der Vorstellung beherrscht war, dass es den Landbewohnern ernährungsmäßig viel besser ging und dass sich die Landwirte darüber hinaus in beträchtlichem Umfang ihrer Ablieferungspflicht entzogen, gab der bäuerliche Selbstversorger für den hungernden Normalverbraucher ein konkretes Feindbild ab.⁵⁴⁶

Eine letzte hier zu diskutierende Ebene ist die Polarisierung zwischen Angehörigen des gleichen Milieus, wobei die Vergleichsmentalität und das gegenseitige Anschwärzen in den ausgewerteten Unterlagen auffällig oft die Zusatzkarten für ehemalige Konzentrationslagerhäftlinge und stillende Mütter betrafen. Besonders problematisch waren Gerüchte, die in den Hungerjahren gerne aufgenommen wurden, da sie Orientierung vortäuschten.⁵⁴⁷ Ob es sich bei den unter den ehemaligen Konzentrationslagerhäftlingen weit verbreiteten Erzählungen, denen zufolge „Displaced Persons“ in anderen Lagern höhere Lebensmittelzulagen erhielten, nur um Gerüchte

⁵⁴² Monthly Historical Report Landkreis Wasserburg a. Inn September 1946, undatiert (IfZ RG 260, 10/78-3/1)

⁵⁴³ Brief von Johann Mairle v. 23.9.1946 an das Ernährungsamt Abt. B Wasserburg/Inn (StAM EÄ B 343)

⁵⁴⁴ Brief des Ernährungsamtes Abt. B Wasserburg/Inn o.D. an Johann Mairle (StAM EÄ B 343)

⁵⁴⁵ Brief des Ernährungsamtes Abt. B Wasserburg/Inn v. 25.3.1947 an den Landrat Wasserburg/Inn (StAM EÄ B 365)

⁵⁴⁶ Trittel: Hunger und Politik, S. 284; Erker: Solidarität und Selbsthilfe, S. 82.

⁵⁴⁷ Gries: Die Rationen-Gesellschaft, S. 224-226.

oder um Tatsachen handelte, wird aus den Quellen nicht ersichtlich. Für den Landkreis Kulmbach ist jedenfalls belegt, dass die vermeintlich oder tatsächlich unterschiedlich lange Gewährung von Zulagen zu Neid und „Mißhelligkeiten“ unter den DP's führte.⁵⁴⁸ Von den im Landkreis Schwabmünchen untergebrachten ehemaligen Konzentrationslagerhäftlingen kamen „laufend Beschwerden [...], daß in München und Augsburg ein höherer Satz [...] zuzüglich ausgegeben“ wurde.⁵⁴⁹ Und in der Stadt Bad Kissingen klagten ehemalige „KZ-Häftlinge und Juden [...], daß in anderen Städten Sonderzuteilungen in den verschiedensten Lebensmitteln gemacht werden.“⁵⁵⁰

In den Akten des Wasserburger Ernährungsamtes Abt. B finden sich zahlreiche Beschwerden über den angeblich unstatthaften Empfang von Zulagekarten durch den „Mann oder die Frau von nebenan“ vor allem von Müttern. Luise Hauenstein, im siebten Monat schwanger und nach eigenen Angaben unter permanentem Hunger leidend, wies das Ernährungsamt auf den angeblichen Bezug von Kranken- bzw. Mütterkarten durch nichtkranke Personen oder Mütter, die ihr Kind nicht mehr stillen, hin. „Es sollte doch mit rechten Dingen zugehen“, forderte sie.⁵⁵¹ Frau Vogl aus Gars beschwerte sich beim Ernährungsamt, dass ihre Kinder mit dem Erreichen des sechsten Lebensjahres nicht mehr die Kleinkinder-, sondern die Kinderkarte erhielten, was eine Umstellung von Voll- auf Magermilch zur Folge hatte. Der Sohn der Frau Süß hingegen würde auch nach Vollendung des sechsten Lebensjahres noch die Kleinkinderkarte bekommen. „Schwindelt da das Ernährungsamt“?⁵⁵² Karl Thees teilte dem Ernährungsamt mit, dass eine gewisse Frau Minna König „die Zusatzkarte für stillende Mütter bezogen [habe], obwohl dieselbe das Kind niemals die Brust gegeben hat.“⁵⁵³ Somit habe sie die Karte „zu Unrecht und zum Schaden der Allgemeinheit bezogen“. Woher Karl Thees diese Information hatte, bleibt unklar. Vorstellbar ist durchaus, dass persönliche Beweggründe in Zeiten der Not zur Denunziation⁵⁵⁴ von

⁵⁴⁸ Brief des Amtes für Ernährung und Landwirtschaft in Bayern Abt. B v. 9.11.1945 an den Landrat Kulmbach (BayHStA LEA B 54)

⁵⁴⁹ Brief des Landrats Schwabmünchen v. 17.11.1945 an das Staatsministerium für Ernährung und Landwirtschaft in Bayern, Abt. B (BayHStA LEA B 54)

⁵⁵⁰ Brief des Bürgermeisters der Stadt Bad Kissingen v. 3.12.1945 an das Bayer. Staatsministerium für Ernährung und Landwirtschaft Abt. B (BayHStA LEA B 54)

⁵⁵¹ Brief von Luise Hauenstein v. 3.8.1948 an das Ernährungsamt Abt. B Wasserburg/Inn (StAM EÄ B 343)

⁵⁵² Brief von Frau Vogl v. 29.4.1947 an das Ernährungsamt Abt. B Wasserburg/Inn (StAM EÄ B 343)

⁵⁵³ Brief von Karl Thees v. 9.3.1947 an das Ernährungsamt Abt. B Wasserburg/Inn (StAM EÄ B 343)

⁵⁵⁴ Zum Problem der Denunziation vgl.: Sheila Fitzpatrick: Introduction to the Practices of Denunciation in Modern European History. In: The Journal of Modern History 68, 4 (1996), S. 747-767; Günter Jerouschek/Inge Marßolek/Hedwig Röckelein (Hrsg.): Denunziation. Historische, juristische und

unliebsamen Mitbürgern führten. Parallel zu der sich bessernden Ernährungslage im Jahr 1949 lässt sich in den Quellen eine Abkehr von der Selbstversorgermentalität konstatieren. So befürwortete der Chefarzt des Kreiskrankenhauses Haag eine Herabsetzung des an sein Krankenhaus ausgegebenen Verpflegungssatzes, um anderen Anstalten die Möglichkeit zu geben, den gleichen Verpflegungssatz in Anspruch zu nehmen.⁵⁵⁵

Eng zusammenhängend mit der Vergleichsmentalität, die auch in den Studien von Gries und Trittel bestätigt wird⁵⁵⁶, ist die Selbstwahrnehmung als Opfer als entscheidende Mentalität der Mangelgesellschaft der Nachkriegszeit zu nennen. So sahen sich viele Deutsche in den Hungerjahren der Nachkriegszeit als Opfer des Nationalsozialismus, wobei das eigene Leiden durch die Ernährungssituation bisweilen mit dem der Opfer des „Dritten Reiches“ aufgerechnet wurde.⁵⁵⁷ Dies war möglich, da die Hungerkrise angeblich durch den jüdischen Schwarzmarkt mitverursacht wurde. Dadurch dass die Deutschen die Juden für den Schwarzmarkt verantwortlich machten, wurden die hauptsächlichen Opfer des Nationalsozialismus kriminalisiert. Man könnte dies in gewisser Weise als nachträgliche, wenn auch unbewusste Rechtfertigung der Verfolgung im „Dritten Reich“ verstehen. Im Landkreis Wasserburg a. Inn war nach Wahrnehmung der Militärregierung die Meinung vorherrschend, „that everybody in Germany except the Bavarians lost the war“ und „that they suffer for the fault of those other Germans“.⁵⁵⁸ Vor allem die Flüchtlinge bzw. die „Preußen“ aus der Tschechoslowakei wurden für den Krieg verantwortlich gemacht.⁵⁵⁹ Deren Vertreibung aus den deutschen Ostgebieten sei demnach selbstverschuldet gewesen. Wie Günter Trittel treffend feststellte, fehlte bei den meisten Deutschen die Bereitschaft, die Leiden der Nachkriegszeit als direkte Kriegsfolge zu begreifen.⁵⁶⁰ Die Verantwortung für den Hunger wurde lieber auf die Alliierten, Juden und „Preußen“ abgewälzt.

psychologische Aspekte. Tübingen 1997; Karol Sauerland: Dreißig Silberlinge - das Phänomen Denunziation. Frankfurt a. Main u.a. 2012.

⁵⁵⁵ Brief des Ernährungsamtes Abt. B Wasserburg/Inn v. 5.7.1949 an das Bayer. Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (StAM EÄ B 365)

⁵⁵⁶ Gries: Die Rationen-Gesellschaft, S. 329; Trittel: Hunger und Politik, S. 286.

⁵⁵⁷ Weinreb: Matters of Taste, S. 70.

⁵⁵⁸ Annual Historical Report Landkreis Wasserburg a. Inn 1945-1946, 30.6.1946 (IfZ RG 260, 10/78-2/5)

⁵⁵⁹ Quarterly Historical Report Landkreis Wasserburg a. Inn 1.10.1946 - 31.12.1946, undatiert (IfZ RG 260, 10/78-2/5); Quarterly Historical Report Landkreis Wasserburg a. Inn 1.1.1947 - 31.3.1947, undatiert (IfZ RG 260, 10/78-3/1)

⁵⁶⁰ Trittel: Hunger und Politik, S. 291.

Diese Selbstviktimisierung war charakteristisch für die Selbstwahrnehmung der Deutschen nach 1945. Fast alle Mitläufer zogen sich auf die Schutzbehauptung zurück, zum Mitmachen gezwungen worden zu sein und von dem Holocaust nichts gewusst zu haben. Vielmehr sah man sich selbst als am schwersten betroffene Opfer des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges. Zur Selbstviktimisierung der Deutschen gehörte auch die Unfähigkeit zu trauern⁵⁶¹, die im Kontext der unbewältigten NS-Vergangenheit zu sehen ist. Die Verleugnung der Vergangenheit und der eigenen emotionalen Beteiligung am Nationalsozialismus trat an die Stelle der Trauerarbeit.⁵⁶² Bis in die 1960er und -70er Jahre hinein erwiesen sich die Deutschen als kollektiv unfähig, die eigene Vergangenheit aufzuarbeiten.

5 Kampf gegen Hunger und Elend: Der Einsatz der Arbeiterwohlfahrt Wasserburg a. Inn

Der Kampf der Hilfsorganisationen gegen den Hunger ist eigentlich ein Thema für sich, kann im Rahmen dieser Studie aber nur fragmentarisch angerissen werden. Von den ausländischen Hilfsorganisationen ist CARE bis heute die bekannteste. Die private amerikanische Nichtregierungsorganisation schickte in der Nachkriegszeit ca. zehn Millionen CARE-Pakete⁵⁶³ im heutigen Wert von etwa 200 Millionen US-Dollar nach Deutschland, die Konserven, Milchpulver, Fertigmilch und Schokolade enthielten und zahlreiche Menschenleben retteten.⁵⁶⁴ Die amerikanischen Hilfsleistungen verstärkten den Eindruck vom „freundlichen Feind“, den die amerikanischen Soldaten, welche Schokolade und Kaugummi an die Kinder verteilten, bei der deutschen Bevölkerung hervorriefen.⁵⁶⁵ Die Deutschen bekamen auf diese Weise einen Eindruck vom Wohlstand der amerikanischen Konsumgesellschaft, der nach Eckart Conze Voraussetzung für die Amerikanisierung der westdeutschen Gesellschaft war.⁵⁶⁶

⁵⁶¹ Vgl. dazu: Alexander und Margarete Mitscherlich: Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens. München, Zürich ¹⁹1987; Christian Schneider: Die Unfähigkeit zu trauern: Diagnose oder Parole? In: Mittelweg 36 17, 4 (2008), S. 69-79.

⁵⁶² Tobias Freimüller: Der versäumte Abschied von der Volksgemeinschaft. Psychoanalyse und „Vergangenheitsbewältigung“. In: Jürgen Danyel/Jan-Holger Kirsch/Martin Sabrow (Hrsg.): 50 Klassiker der Zeitgeschichte. Göttingen 2007, S. 102-105, hier: S. 103.

⁵⁶³ Zu den CARE-Paketen vgl.: Karl-Ludwig Sommer: Die CARE-Pakete im Nachkriegsdeutschland - historische Grundlagen einer legendären Hilfsaktion. In: Arbeiterbewegung und Sozialgeschichte 19 (2007), S. 35-48; Volker Ilgen: CARE-Paket & Co. Von der Liebesgabe zum Westpaket. Darmstadt 2008.

⁵⁶⁴ Wolfrum: Die geglückte Demokratie, S. 33.

⁵⁶⁵ Conze: Die Suche nach Sicherheit, S. 26.

⁵⁶⁶ Ebd., 27.

Humanitäre Auslandshilfe für Deutschland⁵⁶⁷ leisteten auch andere Länder wie etwa die Schweiz⁵⁶⁸ und Organisationen wie die Quäker, die Schulspeisungen veranlassten.⁵⁶⁹ Zur Linderung der Not trugen ferner die katholische Kirche⁵⁷⁰ und vor allem der Deutsche Caritasverband bei. Der Wohlfahrtsverband der römisch-katholischen Kirche hatte die Wirren des Zweiten Weltkriegs organisatorisch relativ schadlos überstanden und konnte bald nach Kriegsende nötige Soforthilfemaßnahmen einleiten.⁵⁷¹ Ein besonderes Anliegen der Caritas war die Versorgung der Vertriebenen mit dem Lebensnotwendigsten, wofür am 1. Dezember 1945 die Caritas-Flüchtlingshilfe eingerichtet wurde.⁵⁷²

Exemplarisch für die vielen in- und ausländischen Initiativen, die sich dem Kampf gegen Hunger und Elend verschrieben hatten, soll im Folgenden die Arbeit einer Organisation der kommunalen Wohlfahrt vorgestellt werden: Die des Arbeiterwohlfahrt Ortsvereins Wasserburg a. Inn. Anders als der Deutsche Caritasverband musste die Arbeiterwohlfahrt nach Kriegsende mit leeren Händen und ohne materielle Grundlage mit dem Neuaufbau beginnen, da die AWO nach der Machtergreifung Hitlers aufgelöst und verboten wurde. Einem Artikel aus der Wasserburger Zeitung ist zu entnehmen, dass man relativ bald nach dem Zusammenbruch des „Dritten Reiches“ damit begann, durch die Ausgabe von gebrauchten Kleidungsstücken und CARE-Paketen die weithin herrschende Not zu lindern.⁵⁷³ Bald existierten im Landkreis Wasserburg a. Inn 25 Ortsvereine. Der Auftrag, den der Arbeiterwohlfahrt Landesverband Bayern sich selbst und den ihm unterstehenden Ortsausschüssen, Ortsvereinen sowie Kreis- und Bezirksverbänden gab, wurde im Juni 1947 in einer neuen Satzung formuliert: „Und wir bitten Sie weiter, alle verfügbaren Kräfte zu aktivieren, um die Arbeiterwohlfahrt wieder auf den alten, großartigen Stand zu bringen, den sie vor 1933 hatte und der allein Sie in die Lage versetzen wird, den Berg des Elends vor den wir uns nach dem Zusammenbruch des Dritten Reichs gestellt sehen, abtragen zu helfen. Wir sind in Deutschland arm geworden an Hoffnungen und an menschlicher Liebe. Die

⁵⁶⁷ Hans-Josef Wollasch: Humanitäre Auslandshilfe für Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Darstellung und Dokumentation kirchlicher und nichtkirchlicher Hilfen. Freiburg im Breisgau 1976.

⁵⁶⁸ Vgl. zur Schweizer Notstandshilfe den schon in Kapitel 2.2 vorgestellten Brief des bayerischen Ministerpräsidenten Fritz Schäffer an den Schweizer Konsul (BayHStA LEA B 41)

⁵⁶⁹ Wolfrum: Die geglückte Demokratie, S. 33.

⁵⁷⁰ Vgl. dazu: Ulrich Helbach (Bearb.): Akten deutscher Bischöfe seit 1945. Westliche Besatzungszonen 1945-1947. Paderborn u.a. 2012.

⁵⁷¹ Bendel: Vertriebene - Katholische Kirche - Gesellschaft in Bayern 1945 bis 1975, S. 44.

⁵⁷² Ebd.

⁵⁷³ Zeitungsartikel Wasserburger Zeitung v. 29.5.1962 (StadtAWS VI1279)

Arbeiterwohlfahrt ist eine solche Hoffnung für Viele und das Symbol der tätigen Liebe von Mensch zu Mensch. Laßt uns die, für welche wir in dieser Zeit der Not und des Elends Hoffnung und Symbol sind, nicht enttäuschen!“⁵⁷⁴ Die Hilfe des Arbeiterwohlfahrt Ortsvereins Wasserburg a. Inn konzentrierte sich - soweit aus den Archivalien ersichtlich - auf fünf Gruppen von Bedürftigen. Besonders engagiert kümmerte sich die Wohlfahrtsorganisation um Kriegsgefangene bzw. Heimkehrer. So wurden Kriegsgefangene bei Entlassungsanträgen beraten und deren Angehörige betreut.⁵⁷⁵ Die Hilfe wurde jedoch nicht mit der Heimkehr aus der Gefangenschaft eingestellt: „Die Arbeiterwohlfahrt will sich der Ärmsten annehmen, die dieser grausame Krieg auf die Straße des Elends getrieben hat: der aus russischer Kriegsgefangenschaft entlassenen ehemaligen deutschen Soldaten. [...] Wir wollen helfen und wir werden helfen! Mit sauberem Quartier, in dem sich die Verlassenen erst einmal von den Strapazen erholen können. Mit einem mehrwöchigen, guten Essen, das sie wieder zu Kräften kommen läßt, mit menschenwürdigen Kleidungsstücken und einer individuellen sofortigen Arbeitsvermittlung.“⁵⁷⁶ Um dies zu finanzieren, lief im August 1947 in ganz Bayern unter dem Motto „Wir müssen den Heimkehrern helfen!“ eine große Spendensammlung.⁵⁷⁷ Die Sammlung des Wasserburger Ortsverbands erbrachte einen Spendenbetrag von 3171 Reichsmark.⁵⁷⁸ Weiterhin richtete der Ortsverein ein Heimkehrerhilfswerk ein, für welches regelmäßig Geld- und Sachspenden gesammelt wurden.⁵⁷⁹

Bedürftigen Müttern ermöglichte und finanzierte der Arbeiterwohlfahrt Ortsverein Wasserburg a. Inn einen Aufenthalt im Müttererholungsheim Ammerland.⁵⁸⁰ Eine weitere Gruppe von Bedürftigen waren die Kinder, vor allem Waisen, Kriegsversehrte, Flüchtlings- und Arbeiterkinder. Am 21.12.1946 führte die Arbeiterwohlfahrt zusammen mit den freien Gewerkschaften eine Kinderbescherung durch.⁵⁸¹ Zu

⁵⁷⁴ Brief des Arbeiterwohlfahrt Landesverbands Bayern v. 2.6.1947 an die Ortsausschüsse, Ortsvereine, Kreisverbände, Bezirksverbände (StadtAWS VI1278)

⁵⁷⁵ Vgl. Rechnungsjahr 1947 des Arbeiterwohlfahrt Ortsvereins Wasserburg a. Inn 1946-1948 (StadtAWS VI1278)

⁵⁷⁶ Brief des Arbeiterwohlfahrt Landesverbands Bayern v. 15.8.1947 an die Ortsausschüsse, Ortsvereine, Kreisverbände, Bezirksverbände (StadtAWS VI1278)

⁵⁷⁷ Ebd.

⁵⁷⁸ Tätigkeitsbericht des Arbeiterwohlfahrt Ortsvereins Wasserburg a. Inn für die Zeit vom 25. August bis 31. Dezember 1947 (StadtAWS VI1278)

⁵⁷⁹ Spendensammlung für Heimkehrerhilfswerk des Arbeiterwohlfahrt Ortsvereins Wasserburg a. Inn 1947-1948 (StadtAWS VI1281)

⁵⁸⁰ Brief des Arbeiterwohlfahrt Bezirksverbands Oberbayern v. 21.7.1947 an alle Kreisverbände, Ortsvereine, Ortsausschüsse, Bezirksvorstandsmitglieder (StadtAWS VI1278)

⁵⁸¹ Vgl. Verteilung von Hilfsgütern 1946-1949 (StadtAWS VI1275)

Weihnachten 1947 wurden Lebensmittelpakete aus amerikanischen Spenden unter anderem an kinderreiche Familien verteilt. Ein solches Paket enthielt Invadol-Kindernährmittel, jeweils eine Dose Suppen-Konserven, Gemüse-Konserven, Ölsardinen, Kondensmilch und Kinder-Konserven, sowie je ein Pfund Trockenvollmilch und Erbsensuppe und zudem zwei Pakete Zwieback.⁵⁸² Ferner übernahm die Arbeiterwohlfahrt die Schulspeisungskosten für Kinder von bedürftigen Familien, denen keine Fürsorgeunterstützung gewährt wurde.⁵⁸³ An arme Rentnerinnen und Rentner der Stadt Wasserburg a. Inn wurden zu Weihnachten 1946 insgesamt 70 Zentner Kohle verteilt⁵⁸⁴, was angesichts des Jahrhundertwinters 1946/47 eine lebensrettende Maßnahme gewesen sein dürfe. Im Dezember 1947 lud der Arbeiterwohlfahrt Ortsvereins Wasserburg a. Inn 62 Arbeitsinvalide und Rentner zu einer Weihnachtsfeier ein, bei der Mehl, Fett, Äpfel, Milch und Wurstwaren verteilt wurden. Außerdem wurden 19 weiteren alten Leuten, die nicht zur Feier erscheinen konnten, Gebäck und Wurst mit Bier und Kaffee übergeben.⁵⁸⁵ Die letzte aus den Quellen ersichtliche und von der Arbeiterwohlfahrt Wasserburg unterstützte Gruppe von Bedürftigen waren Flüchtlinge und Vertriebene. Ein von der AWO geplanter Flüchtlingskindergarten konnte wegen Finanzierungsschwierigkeiten allerdings nicht eröffnet werden und die ausgebauten Räumlichkeiten wurden in den folgenden Jahren als Jugendheim benutzt.⁵⁸⁶

6 Fazit und Ausblick

Diese Arbeit hatte drei wesentliche Ziele: Zunächst ging es in einem weiträumigeren Ansatz um die Darstellung der Hungerkrise in ganz Bayern. Dieser erste Teil der Studie stützte sich vor allem auf Forschungsliteratur und gedruckte Quellen, versuchte durch die Einbeziehung archivischer Quellen jedoch auch eigene Schlaglichter auf eine durch die Arbeiten von Gries, Trittel und Erker bereits gut erforschte Thematik zu werfen. Im Wesentlichen konnten die bisherigen Forschungsergebnisse bestätigt werden, etwa wenn es um die dramatische Ernährungssituation in der zweiten Jahreshälfte 1945 oder

⁵⁸² Vgl. Weihnachtsfeiern für Arme des Arbeiterwohlfahrt Ortsverein Wasserburg a. Inn 1946-1947 (StadtAWS VI1283)

⁵⁸³ Vgl. Spendenverteilung des Arbeiterwohlfahrts Ortsvereins Wasserburg a. Inn 1947-1948 (StadtAWS VI1282)

⁵⁸⁴ Ebd.

⁵⁸⁵ Tätigkeitsbericht des Arbeiterwohlfahrt Ortsvereins Wasserburg a. Inn für die Zeit vom 25. August bis 31. Dezember 1947 (StadtAWS VI1278)

⁵⁸⁶ Vgl. Errichtung eines Flüchtlingskindergartens bzw. Jugendheimes 1948-1960 (StadtAWS VI1277)

um das Katastrophenjahr 1947 geht. Über die Auswirkungen der Währungsreform vom Juni 1948 auf die Ernährungslage und den Schwarzhandel sollte die geschichtswissenschaftliche Forschung in Zukunft differenzierter nachdenken. Die in dieser Studie ausgewerteten Quellen deuten zumindest darauf hin, dass häufig anzutreffende Pauschalurteile über die vermeintliche Besserung der Versorgungslage und ein angebliches Zusammenbrechen des Schwarzhandels nach Einführung der D-Mark überdacht und vermutlich relativiert werden müssten.

Nach der gesamtbayerischen Kontextualisierung war das zweite Ziel der Masterarbeit, die Ernährungslage im Landkreis Wasserburg a. Inn darzustellen und zu analysieren. Vor allem die Unterlagen des Wasserburger Ernährungsamtes Abt. B zeichneten ein eindrückliches Bild von den ernährungswirtschaftlichen Herausforderungen und den Sorgen der Menschen im Untersuchungsraum. Das in der Literatur häufig als Katastrophen- oder Hungerjahr bezeichnete Jahr 1947 bedeutete auch im Kreis Wasserburg den Höhepunkt der Versorgungskrise in der Nachkriegszeit. Besonders der Mangel an den beiden hauptsächlichen Kalorienträgern Brot und Kartoffeln belastete die Bevölkerung, die größtenteils mit Rationen weit unter der als lebensnotwendig erachteten Kalorienmenge auskommen musste. In der Forschung hat sich die - durchaus logische und nachvollziehbare - Ansicht durchgesetzt, dass die Versorgungslage in ländlich geprägten Gebieten besser war, als in den großstädtischen Ballungszentren. Auch um dies zu überprüfen wurde mit dem Landkreis Wasserburg a. Inn ein ländlich geprägter Landkreis für diese Studie ausgesucht. Verglichen mit der von Rainer Gries analysierten Situation in der bayerischen Landeshauptstadt München war die Ernährungslage im Landkreis Wasserburg a. Inn - soweit aus den untersuchten Quellen ersichtlich - besser. Gerade im Jahr 1946, in dem es in Wasserburg fast ausschließlich an minder wichtigen Erzeugnissen mangelte, waren die Versorgungsunterschiede mit mehreren hundert Kalorien pro Tag deutlich. Freilich gab es auch Zeiten wie im Hungerjahr 1947, in denen sich die Ernährungslage auf dem Land nur geringfügig besser oder sogar gleichermaßen katastrophal wie in den Großstädten darstellte. Die insgesamt bessere Versorgung auf dem Land war zum einen auf den höheren Anteil an Selbstversorgern zurückzuführen. Zum anderen waren in ländlich geprägten Gebieten eher die Voraussetzungen gegeben, sich durch Hamstern zusätzliche Lebensmittel zu besorgen. Letztlich hing die Versorgungslage also in ganz entscheidendem Maße davon ab, wo man lebte - ob auf dem Land oder in der Stadt. Man kann sagen: Je urbanisierter

eine Region war, desto schlechter war dort in der Nachkriegszeit die Ernährungslage. Die Unterlagen der amerikanischen Militärregierung konnten diese Thesen im Wesentlichen bestätigen. Naturgemäß wurde die Ernährungssituation in den Berichten der Amerikaner weniger dramatisch dargestellt, als in den Akten der Ernährungsämter oder den Briefen der Bevölkerung. Zwar monierten die Berichtersteller der Militärregierung, dass sich die Wasserburger zu viel über die Ernährungslage beschwerten würden, gleichzeitig wurde jedoch eingeräumt, dass die ausgegebenen Rationen bisweilen unzureichend waren.

Das dritte Ziel der vorliegenden Studie betraf die Analyse der Auswirkungen der Hungerkrise auf Mentalitäten und soziale Verhaltensweisen der betroffenen Menschen. Die Untersuchung zeigte, dass Ergebnisse älterer makrogeschichtlicher Studien auch für den Raum Wasserburg a. Inn zutreffen. Eine grundlegende Erfahrung war das Zusammenleben mit den Fremden, deren kriegsbedingtes Eintreffen in den 1940er Jahren die ländliche Abgeschlossenheit aufbrach und die Sozialstruktur auf dem Land nachhaltig veränderte. Fremdenfeindliche Ressentiments waren allgegenwärtig und Konflikte zwischen Einheimischen und Fremden an der Tagesordnung, wobei die Nahrungsmittelknappheit nur einer von vielen Streitpunkten war. Relevant war der Mangel an Lebensmitteln vor allem für die Beziehung zwischen „Displaced Persons“ und Ortsansässigen, da Erstere als Entschädigung für das erlittene Leid deutlich höhere Rationen als die deutschen Normalverbraucher erhielten. Evakuierte, Flüchtlinge und Vertriebene waren ernährungsmäßig mindestens ebenso schlecht gestellt wie die einheimischen Normalverbraucher. Dennoch war das Verhältnis zu den Einheimischen angespannt, da die Bayern die Neuankömmlinge als Konkurrenten um Arbeitsplätze und Wohnraum wahrnahmen.

In Zeiten, in denen die Sorge um die nackte physische Existenz den Alltag der Menschen bestimmte, galten traditionelle Moralvorstellungen in großen Teilen der Bevölkerung nicht mehr. Die illegale Zusatzversorgung war allgegenwärtig und für viele Bürger lebensnotwendig. Für die Kompensationsmaßnahmen der Deutschen in den Hungerjahren nach 1945 stehen vor allem zwei Begriffe, die zum festen Vokabular der Nachkriegszeit gehörten: Schwarzmarkt und Hamstern. Des Weiteren war die bürokratische Erfahrung im streng reglementierten Rationierungs- und Verteilungssystem für die Bevölkerung prägend. Wut und Enttäuschung in den

Konflikten mit den Angestellten der Ernährungsämter gehörten in den ersten drei Nachkriegsjahren ebenso zum Alltag der Menschen, wie die vom Versorgungsneid geprägte Vergleichsmentalität. Wie die Unterlagen des Ernährungsamtes belegen, fand die Polarisierung auf unterschiedlichen Ebenen statt. Länder, Landkreise und Städte kamen sich dabei genauso in die Haare, wie Bauern und Normalverbraucher, Nachbarn und teilweise sogar Familienangehörige. Das Gefühl der Benachteiligung und die Selbstviktimisierung waren typisch für die generelle Selbstwahrnehmung der Deutschen nach 1945.

Wenn diese Studie die bestehende lokalgeschichtliche Forschungslücke zur Ernährungslage im Raum Wasserburg a. Inn in der unmittelbaren Nachkriegszeit schließen konnte, hat sie ihr übergeordnetes Ziel erreicht. Für weitere Untersuchungen wäre ein komparatistischer Ansatz sicherlich gewinnbringend. Zwar wurden auch in dieser Arbeit mit München und Bayern immer wieder andere Untersuchungsräume vergleichend herangezogen, doch war ein systematischer und differenzierter Vergleich im Rahmen dieser Studie nicht möglich. Beispielsweise könnte man in einer künftigen Arbeit untersuchen, ob sich für vergleichbare oberbayerische Landkreise wie Mühldorf a. Inn ähnliche Entwicklungen wie im Kreis Wasserburg konstatieren lassen oder ob es Unterschiede gab. Mindestens ebenso spannend wäre ein europäischer Vergleich. So könnte man die Mangelsituation im Landkreis Wasserburg a. Inn mit der Not agrarisch geprägter Gebiete in England oder Frankreich kontrastieren. Auf dem Gebiet der Nahrungsmittel waren nach dem Zweiten Weltkrieg schließlich nicht nur Deutschland, sondern sämtliche europäische Volkswirtschaften dramatisch unterversorgt.⁵⁸⁷

Der im November 2015 verstorbene Altbundeskanzler Helmut Schmidt war bis zum Ende seines Lebens Kettenraucher gewesen. Nur einmal, so berichtete Schmidt der Fernsehjournalistin Sandra Maischberger im April 2015, habe er mit dem Rauchen aufgehört: „Nach dem Krieg habe ich meine Rauchermarken gegen Kartoffeln eingetauscht. Ich hatte Hunger.“ Die Zigaretten hatte er nicht vermisst, denn „der Hunger war viel größer als das Bedürfnis nach Nikotin.“⁵⁸⁸

⁵⁸⁷ Astrid Ringe: *Konkurrenten in Europa. Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland. Deutsch-britische Wirtschaftsbeziehungen 1949-1957.* Stuttgart 1996, S. 56.

⁵⁸⁸ Thomas Scholl: „Alle sind gefährlich“, sagt Schmidt und raucht. In: *Die Welt* vom 29.4.2015. Online verfügbar unter: <http://www.welt.de/vermishtes/article140246652/Alle-sind-gefaehrlich-sagt-Schmidt-und-raucht.html> [4.1.2016]

Quellen

Ungedruckte Quellen

Archiv des Instituts für Zeitgeschichte (IfZ)

- RG 260 OMGUS, 10/78-2/5, Annual, Quarterly and Monthly Historical Reports of Det. E-283 Wasserburg a. Inn (mostly carbon copies); each with photos; Annual: 1945/46; Quarterly: Oct. - Dec. 1946; Monthly: Nov. 1945 (original)
- RG 260 OMGUS, 10/78-3/1, Annual, Quarterly and Monthly Historical Reports of Det. E-283 Wasserburg a. Inn (mostly originals), partly with photos; Annual: 1946/47; Quarterly: Jan. - Mar. 1947, Jul. - Sept. 1947; Monthly: Dec. 1945 - Nov. 1946 (missing: Jun. 1946)

Bayerisches Hauptstaatsarchiv (BayHStA)

- Landesernährungsamt Bayern, Abteilung B 26, Entschließungen des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft an die Landesernährungsämter, Abteilung B, und des Bayerischen Staatsministers für Wirtschaft, Landesernährungsamt Bayern, Abteilung B, an die Ernährungsämter B zur Lebensmittelversorgung 1945
- Landesernährungsamt Bayern, Abteilung B 27, Entschließungen des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft an die Landesernährungsämter, Abteilung B, und des Bayerischen Staatsministers für Wirtschaft, Landesernährungsamt Bayern, Abteilung B, an die Ernährungsämter B zur Lebensmittelversorgung 1945-1946
- Landesernährungsamt Bayern, Abteilung B 31, Ladenschluss und Lebensmittellager 1945
- Landesernährungsamt Bayern, Abteilung B 41, Lebensmittelversorgung 1944-1945
- Landesernährungsamt Bayern, Abteilung B 44, Lebensmittelversorgung 1944-1945
- Landesernährungsamt Bayern, Abteilung B 47, Lebensmittelversorgung von Krankenanstalten 1944-1946
- Landesernährungsamt Bayern, Abteilung B 51, Lebensmittelversorgung von Juden 1945
- Landesernährungsamt Bayern, Abteilung B 53, Verpflegung für Ausländer und ehemalige KZ-Häftlinge 1944-1945
- Landesernährungsamt Bayern, Abteilung B 54, Verpflegung für Ausländer und ehemalige KZ-Häftlinge 1945-1946
- Landesernährungsamt Bayern, Abteilung B 55, Lebensmittelzulagen 1944-1945
- Landesernährungsamt Bayern, Abteilung B 56, Lebensmittelversorgung der Bevölkerung 1945
- Landesernährungsamt Bayern, Abteilung B 58, Lebensmittelrationierung für die Zuteilungsperioden 51-70 und 81-90 1943-1946

Staatsarchiv München (StAM)

- Ernährungsämter B 337, Bekämpfung von Viehverschiebungen und Schwarzschlachtungen 1947
- Ernährungsämter B 340, Berichte über Prüfungen der Kartenstellen des Ernährungsamtes B Wasserburg 1945-1946
- Ernährungsämter B 341, Berichte über Prüfungen der Kartenstellen des Ernährungsamtes B Wasserburg 1946
- Ernährungsämter B 342, Berichte über Prüfungen der Kartenstellen des Ernährungsamtes B Wasserburg 1947-1949
- Ernährungsämter B 343, Zuteilung von Lebensmittelkarten an Kranke, Flüchtlingslager usw.; Ordnungsstrafen wegen Schwarzschlachtungen u.a. (alphabetisch nach Namen) 1945-1949
- Ernährungsämter B 344, Herstellung der Lebensmittelkarten; Zulagen für verschiedene Berufsgruppen 1945-1950
- Ernährungsämter B 346, Beschlagnahme von Lebensmitteln bei Hamsterern 1946-1949
- Ernährungsämter B 347, Ordnungsstrafen wegen Schwarzschlachtungen u.a. 1945-1949
- Ernährungsämter B 354, Währungsreform; Doppelempfang der zweiten Kopfgeldrate 1948-1949
- Ernährungsämter B 356, Währungsreform; Auszahlung des Kopfgeldes an die Bevölkerung durch die Kartenstellen; Doppelempfang 1948-1949
- Ernährungsämter B 357, Ermittlung, Erfassung und Verteilung von Lebensmittelbeständen (Nothilfegesetz) 1948
- Ernährungsämter B 362, Ordnungsstrafen wegen Verstoßes gegen die Verbrauchsregelungs-Strafverordnung (Hamstern von Lebensmitteln u.a.), alphabetisch nach Beschuldigten 1943-1946
- Ernährungsämter B 363, Ordnungsstrafen wegen Verstoßes gegen die Verbrauchsregelungs-Strafverordnung (Hamstern von Lebensmitteln u.a.), alphabetisch nach Beschuldigten 1947
- Ernährungsämter B 364, Ordnungsstrafen wegen Verstoßes gegen die Verbrauchsregelungs-Strafverordnung (Hamstern von Lebensmitteln u.a.), alphabetisch nach Beschuldigten 1948-1949
- Ernährungsämter B 365, Allgemeiner Schriftwechsel des EA B mit dem Landrat (Berichte über die Ernährungslage) und sonstigen Dienststellen 1945-1950

- Polizeipräsidium Oberbayern 607, Bekämpfung des Schwarzhandels (Generalakt) 1948
- Polizeipräsidium Oberbayern 608, Bekämpfung von Schwarzhandel und Schwarzmarkt (Generalakt) 1948
- Polizeipräsidium Oberbayern 611, Ergebnis der zur Bekämpfung des Schwarzhandels durchgeführten Kontrollen der Zufahrtswege zu den Bahnhöfen und Postanstalten 1947-1949

- Polizeipräsidium Oberbayern 612, Erfahrungsberichte der LP-Inspektionen über Kontrollen zur Verhinderung der unerlaubten Getreideausfuhr aus Bayern 1948
- Polizeipräsidium Oberbayern 613, Verstärkte Überwachung des Straßenverkehrs (sog. „Sperrriegelaktion“) zur Bekämpfung des Schwarzhandels 1947-1948
- Polizeipräsidium Oberbayern 614, Berichte des Polizeipräsidiums Oberbayern über die Bekämpfung des Schwarzen Marktes 1945
- Polizeipräsidium Oberbayern 615, Bekämpfung des Schwarzmarktes 1947-1948
- Polizeipräsidium Oberbayern 616, Bekämpfung des Schwarzmarktes 1947-1948
- Polizeipräsidium Oberbayern 631, Vorgehen gegen streunende Jugendliche und Minderjährige (Generalakt) 1947-1948
- Polizeipräsidium Oberbayern 851, Zusammenfassung und Auszüge der Monatsberichte der gesamtbayerischen Landwirtschaftsstellen über den Sicherheitszustand auf dem Lande (September und Oktober 1945) 1945
- Polizeipräsidium Oberbayern 2036, Kriminal-Nachrichtenblatt der Landpolizei im Regierungsbezirk Oberbayern 1945
- Polizeipräsidium Oberbayern 2037, Kriminal-Nachrichtenblatt der Landpolizei im Regierungsbezirk Oberbayern und Schwaben 1946
- Polizeipräsidium Oberbayern 2038, Kriminal-Nachrichtenblatt der Landpolizei von Bayern - Chefdienststelle Oberbayern und Schwaben 1947

- Wirtschaftsämter 154, Monatsberichte des Wirtschaftsamtes an das Regierungswirtschaftsamt München 1945-1946
- Wirtschaftsämter 157, Monatsberichte in englischer Sprache 1946

Stadtarchiv Wasserburg (StadtAWS)

- II347, Ablieferung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen an das Ernährungsamt A 1945-1947
- II362, Schlachtviehablieferung 1948
- II376, Unterstützung durch den Ortsfürsorgeverband 1936-1937, 1941, 1948-1951, 1954-1955
- II2677, Kinderspeisung 1947

- VII275, Verteilung von Hilfsgütern 1946-1949
- VII277, Errichtung eines Flüchtlingskindergartens bzw. Jugendheimes 1948-1960
- VII278, Rechnungsjahr 1947 des Arbeiterwohlfahrt Ortsvereins Wasserburg a. Inn 1946-1948
- VII279, Spendensammlung des Arbeiterwohlfahrt Ortsvereins Wasserburg a. Inn 1947-1962
- VII281, Spendensammlung für Heimkehrerhilfswerk des Arbeiterwohlfahrt Ortsvereins Wasserburg a. Inn 1947-1948
- VII282, Spendenverteilung des Arbeiterwohlfahrt Ortsvereins Wasserburg a. Inn 1947-1948

- VII283, Weihnachtsfeiern für Arme des Arbeiterwohlfahrt Ortsvereins
Wasserburg a. Inn 1946-1947

Gedruckte Quellen

- Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Statistisches Handbuch für Bayern.
München 1946.
- Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch für Bayern.
München 1947.
- Helbach, Ulrich (Bearb.): Akten deutscher Bischöfe seit 1945. Westliche
Besatzungszonen 1945-1947. Paderborn u.a. 2012.
- Samhaber, Ernst: Gesetz des Dschungels. In: Die Zeit Nr. 22/1946 vom 18.7.1946, S. 1.
- Schlange-Schöninggen, Hans (Hrsg.): Im Schatten des Hungers. Dokumentarisches zur
Ernährungspolitik und Ernährungswirtschaft in den Jahren 1945-1949, bearb. v.
Justus Rohrbach. Hamburg, Berlin 1955.
- Schmoll, Thomas: „Alle sind gefährlich“, sagt Schmidt und raucht. In: Die Welt vom
29.4.2015. Online verfügbar unter:
<http://www.welt.de/vermishtes/article140246652/Alle-sind-gefaehrlich-sagt-Schmidt-und-raucht.html> [4.1.2016].
- Troeger, Heinrich: Interregnum. Tagebuch des Generalsekretärs des Länderrates der
Bizone 1947-1949, hrsg. von W. Benz und C. Goschler. München 1985.

Literaturverzeichnis

- Aly, Götz: Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus. Frankfurt
a. Main ⁴2005.
- Ayaß, Wolfgang: „Asoziale“ im Nationalsozialismus. Stuttgart 1995.
- Balcar, Jaromír: Politik auf dem Land. Studien zur bayerischen Provinz 1945 bis 1972.
München 2004.
- Bauer, Franz J.: Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik in Bayern 1945-1950. Stuttgart
1982.
- Bendel, Rainer: Vertriebene - Katholische Kirche - Gesellschaft in Bayern 1945 bis
1975. München 2009.
- Berkowitz, Michael/Brown-Fleming, Suzanne: Perceptions of Jewish Displaced Persons
as Criminals in Early Postwar Germany: Lingerig Stereotypes and Self-
fulfilling Prophecies. In: Avinoam J. Patt/Michael Berkowitz (Hrsg.): “We are
here”: New Approaches to Jewish Displaced Persons in Postwar Germany.
Detroit 2010, S. 167-193.
- Bischof, Hans Ludwig: Gabersee zwischen Schließung und Wiederöffnung der Heil-
und Pflgeanstalt 1941 - 1953. In: Heimat am Inn 32 (2012), S. 53-77.

- Boelcke, Willi A.: Der Schwarzmarkt 1945-1948. Vom Überleben nach dem Kriege. Braunschweig 1986.
- Bohn, Robert: Reichskommissariat Norwegen. „Nationalsozialistische Neuordnung“ und Kriegswirtschaft. München 2000.
- Brackmann, Michael: Vom totalen Krieg zum Wirtschaftswunder: Die Vorgeschichte der westdeutschen Währungsreform 1948. Essen 1993.
- Burchardt, Lothar: Die Auswirkungen der Kriegswirtschaft auf die deutsche Zivilbevölkerung im Ersten und Zweiten Weltkrieg. In: Militärgeschichtliche Mitteilungen 15 (1974), S. 65-97.
- Buschmann, Nikolaus/Carl, Horst: Zugänge zur Erfahrungsgeschichte des Krieges. Forschung, Theorie, Fragestellung. In: Dies. (Hrsg.): Die Erfahrung des Krieges. Erfahrungsgeschichtliche Perspektiven von der Französischen Revolution bis zum Zweiten Weltkrieg. Paderborn u.a. 2001, S. 11-26.
- Conze, Eckart: Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart. München 2009.
- Doering-Manteuffel, Anselm: Die Erfahrungsgeschichte des Krieges und neue Herausforderungen. Thesen zur Verschränkung von Zeitgeschehen und historischer Problemwahrnehmung. In: Georg Schild/Anton Schindling (Hrsg.): Kriegserfahrungen - Krieg und Gesellschaft in der Neuzeit. Neue Horizonte der Forschung. Paderborn u.a. 2009, S. 273-288.
- Erker, Paul: Revolution des Dorfes? Ländliche Bevölkerung zwischen Flüchtlingszustrom und landwirtschaftlichem Strukturwandel. In: Martin Broszat/Klaus-Dietmar Henke/Hans Woller (Hrsg.): Vom Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland. München 1989, S. 367-425.
- Erker, Paul: Ernährungskrise und Nachkriegsgesellschaft. Bauern und Arbeiterschaft in Bayern 1943-1953. Stuttgart 1990.
- Erker, Paul: Solidarität und Selbsthilfe. Die Arbeiterschaft in der Ernährungskrise. In: Wolfgang Benz (Hrsg.): Neuanfang in Bayern 1945-1949. Politik und Gesellschaft in der Nachkriegszeit. München 1998, S. 82-102.
- Fitzpatrick, Sheila: Introduction to the Practices of Denunciation in Modern European History. In: The Journal of Modern History 68, 4 (1996), S. 747-767.
- Freick, Siegfried: Die Währungsreform 1948 in Westdeutschland. Weichenstellung für ein halbes Jahrhundert. Schkeuditz 2001.
- Freimüller, Tobias: Der versäumte Abschied von der Volksgemeinschaft. Psychoanalyse und „Vergangenheitsbewältigung“. In: Jürgen Danyel/Jan-Holger Kirsch/Martin Sabrow (Hrsg.): 50 Klassiker der Zeitgeschichte. Göttingen 2007, S. 102-105.
- Fuchs, Margot: „Zucker, wer hat? Öl, wer kauft?“. Ernährungslage und Schwarzmarkt in München 1945-1948. In: Friedrich Prinz (Hrsg.): Trümmerzeit in München. Kultur und Gesellschaft einer deutschen Großstadt im Aufbruch 1945-1949. München 1984, S. 312-319.
- Geiger, Martin: Wasserburg a. Inn. Ein geschichtlicher Abriß. In: Heimat am Inn: Beiträge zur Geschichte, Kunst und Kultur des Wasserburger Landes 1 (1980).

- Gelberg, Karl-Ulrich: Hans Ehard und das bayerische Preußenbild - Schlaglichter aus der Entstehungszeit des Grundgesetzes (1947-1949). In: Haus der Bayerischen Geschichte (Hrsg.): Bayern & Preußen & Bayerns Preußen. Schlaglichter auf eine historische Beziehung (Katalog zur Ausstellung in der Bayerischen Vertretung, Berlin, 13. Mai bis 20. Juni 1999 und zur Bayerischen Landesausstellung auf der Plassenburg, Kulmbach, 8. Juli bis 10. Oktober 1999). Augsburg 1999, S. 146-153.
- Gerlach, Christian: Krieg, Ernährung, Völkermord. Forschungen zur deutschen Vernichtungspolitik im Zweiten Weltkrieg. Hamburg 1998.
- Gries, Rainer: Die Rationen-Gesellschaft. Versorgungskampf und Vergleichsmentalität: Leipzig, München und Köln nach dem Kriege. Münster 1991.
- Grottrian, Etta: Geschichtswerkstätten und alternative Geschichtspraxis in den achtziger Jahren. In: Wolfgang Hardtwig/Alexander Schug (Hrsg.): History Sells! Angewandte Geschichte als Wissenschaft und Markt. Stuttgart 2009, S. 243-253.
- Haberl, Othmar Nikola/Niethammer, Lutz (Hrsg.): Der Marshall-Plan und die europäische Linke. Frankfurt a. Main 1986.
- Hamann, Philipp: Gemeindegebietsreform in Bayern. Entwicklungsgeschichte, Bilanz und Perspektiven. München 2005.
- Hartwig, Karin: „Wer sich in Gefahr begibt, kommt [nicht] darin um“, sondern macht eine Erfahrung! Erfahrungsgeschichte als Beitrag zu einer historischen Sozialwissenschaft der Interpretation. In: Berliner Geschichtswerkstatt (Hrsg.): Alltagskultur, Subjektivität und Geschichte. Zur Theorie und Praxis von Alltagsgeschichte. Münster 1994, S. 110-124.
- Henke, Klaus-Dietmar: Die amerikanische Besetzung Deutschlands. München 1995.
- Henke, Klaus-Dietmar: Der freundliche Feind: Amerikaner und Deutsche 1944/45. In: Heinrich Oberreuter/Jürgen Weber (Hrsg.): Freundliche Feinde? Die Alliierten und die Demokratiegründung in Deutschland. München, Landsberg am Lech 1996, S. 41-50.
- Hoffmann, Dierk: Nachkriegszeit. Deutschland 1945-1949. Darmstadt 2011.
- Ilgel, Volker: CARE-Paket & Co. Von der Liebesgabe zum Westpaket. Darmstadt 2008.
- Jacobmeyer, Wolfgang: Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945-1951. Göttingen 1985.
- Jerouschek, Günter/Marbolek, Inge/Röckelein, Hedwig (Hrsg.): Denunziation. Historische, juristische und psychologische Aspekte. Tübingen 1997.
- Kessel, Martina: Mentalitätengeschichte. In: Christoph Cornelißen (Hrsg.): Geschichtswissenschaften. Eine Einführung. Frankfurt a. Main ⁴2009, S. 235-246.
- Kirmayer, Josef: Wasserburg a. Inn. In: Erich Keyser/Heinz Stoob (Hrsg.): Bayerisches Städtebuch. Teil 2. Stuttgart u.a. 1974, S. 718-722.
- Klee, Katja: Im „Luftschuttkeller des Reiches“. Evakuierte in Bayern 1939-1953: Politik, soziale Lage, Erfahrungen. München 1999.
- Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955. 5., überarb. und erw. Aufl. Göttingen 1991.

- Kock, Peter Jakob/Treml, Manfred: Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Manfred Treml (Hrsg.): Geschichte des modernen Bayern. Königreich und Freistaat. München ³2006, S. 391-515.
- Kocka, Jürgen: Sozialgeschichte zwischen Strukturgeschichte und Erfahrungsgeschichte. In: Wolfgang Schieder/Volker Sellin (Hrsg.): Sozialgeschichte in Deutschland. Entwicklungen und Perspektiven im internationalen Zusammenhang. Band I: Die Sozialgeschichte innerhalb der Geschichtswissenschaft. Göttingen 1986, S. 67-88.
- Levi, Giovanni: On Microhistory. In: Peter Burke (Hrsg.): New Perspectives on Historical Writing. Cambridge ²2001, S. 97-119.
- Lüdtke, Alf: Alltag: Der blinde Fleck? In: Deutschland Archiv 39, 5 (2006), S. 894-901.
- Medick, Hans: Weben und Überleben in Laichingen 1650-1900. Lokalgeschichte als Allgemeine Geschichte. Göttingen 1996.
- Mitscherlich, Alexander und Margarete: Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens. München, Zürich ¹⁹1987.
- Mörchen, Stefan: „Echte Kriminelle“ und „zeitbedingte Rechtsbrecher“. Schwarzer Markt und Konstruktionen des Kriminellen in der Nachkriegszeit. In: Werkstatt Geschichte 42 (2006), S. 57-76.
- Neupert, Jutta: Vom Heimatvertriebenen zum Neubürger. Flüchtlingspolitik und Selbsthilfe auf dem Weg zur Integration. In: Wolfgang Benz (Hrsg.): Neuanfang in Bayern 1945-1949. Politik und Gesellschaft in der Nachkriegszeit. München 1998, S. 103-120.
- Protzner, Wolfgang: Vom Hungerwinter bis zum Beginn der „Freßwelle“. In: Ders. (Hrsg.): Vom Hungerwinter zum kulinarischen Schlaraffenland. Aspekte einer Kulturgeschichte des Essens in der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden 1987, S. 11-30.
- Ringe, Astrid: Konkurrenten in Europa. Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland. Deutsch-britische Wirtschaftsbeziehungen 1949-1957. Stuttgart 1996.
- Rothenberger, Karl-Heinz: Die Hungerjahre nach dem Zweiten Weltkrieg. Ernährungs- und Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz 1945-1950. Boppard 1980.
- Sauerland, Karol: DreiBig Silberlinge - das Phänomen Denunziation. Frankfurt a. Main u.a. 2012.
- Schneider, Christian: Die Unfähigkeit zu trauern: Diagnose oder Parole? In: Mittelweg 36 17, 4 (2008), S. 69-79.
- Schröder, Hans-Jürgen (Hrsg.): Marshallplan und westdeutscher Wiederaufstieg. Positionen - Kontroversen. Stuttgart 1990.
- Sommer, Karl-Ludwig: Die CARE-Pakete im Nachkriegsdeutschland - historische Grundlagen einer legendären Hilfsaktion. In: Arbeiterbewegung und Sozialgeschichte 19 (2007), S. 35-48.
- Spindler, Max (Begr.): Handbuch der bayerischen Geschichte. Vierter Band: Das neue Bayern. Von 1800 bis zur Gegenwart. Erster Teilband: Staat und Politik, neu herausgegeben von Alois Schmid. Zweite, völlig neu bearbeitete Auflage. München 2003.

- Steininger, Rolf: Deutsche Geschichte. Darstellung und Dokumente in vier Bänden, Band 1: 1945-1947. Frankfurt a. Main 2002.
- Stüber, Gabriele: Der Kampf gegen den Hunger 1945-1950. Die Ernährungslage in der britischen Zone Deutschlands, insbesondere in Schleswig-Holstein und Hamburg. Kiel, Neumünster 1984.
- Tooze, Adam: Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus. München 2007.
- Trittell, Günter J.: Hunger und Politik. Die Ernährungskrise in der Bizone (1945-1949). Frankfurt, New York 1990.
- Ulbricht, Otto: Mikrogeschichte: Versuch einer Vorstellung. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 45, 4 (1994), S. 347-367.
- von Engelhardt, Michael: Lebensgeschichte und Gesellschaftsgeschichte. Biographieverläufe von Heimatvertriebenen. München 2001.
- Weinreb, Alice: Matters of Taste: The politics of food in divided Germany, 1945-1971. In: Bulletin of the German Historical Institute, Washington, DC 48 (2011), S. 59-82.
- Weisz, Christoph (Hrsg.): OMGUS-Handbuch. Die amerikanische Militärregierung in Deutschland 1945-1949. München ²1995.
- Wildt, Michael: Der Traum vom Sattwerden. Hunger und Protest, Schwarzmarkt und Selbsthilfe in Hamburg 1945-1948. Hamburg 1986.
- Wildt, Michael: Abschied von der ‚Freßwelle‘ oder: die Pluralisierung des Geschmacks. Essen in der Bundesrepublik Deutschland der fünfziger Jahre. In: Alois Wierlacher (Hrsg.): Kulturthema Essen: Ansichten und Problemfelder. Berlin 1993, S. 211-225.
- Willenborg, Karl-Heinz: Bayerns Wirtschaft in den Nachkriegsjahren. Industrialisierungsschub als Kriegsfolge. In: Wolfgang Benz (Hrsg.): Neuanfang in Bayern 1945-1949. Politik und Gesellschaft in der Nachkriegszeit. München 1998, S. 121-142.
- Wirsching, Andreas: Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert. München ³2011.
- Wolfrum, Edgar: Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. Stuttgart 2006.
- Wollasch, Hans-Josef: Humanitäre Auslandshilfe für Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Darstellung und Dokumentation kirchlicher und nichtkirchlicher Hilfen. Freiburg im Breisgau 1976.
- Zierenberg, Malte: Stadt der Schieber. Der Berliner Schwarzmarkt 1939-1950. Göttingen 2008.